



PERSPEKTIVE MÜNCHEN | Analysen

# Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005

Soziale Entwicklung und Lebenssituation  
der Münchner Bürgerinnen und Bürger  
Langfassung



## **Impressum**

### **Herausgeberin:**

Landeshauptstadt München  
Referat für Stadtplanung und Bauordnung  
Stadtentwicklungsplanung HA I  
Blumenstr. 31-35  
80331 München  
Telefon: 089 233-22942  
Fax: 089 233-27151  
Internet: [www.muenchen.de](http://www.muenchen.de)

### **Inhaltliche Bearbeitung:**

SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München  
Werner Fröhlich

### **Fachliche Betreuung:**

Landeshauptstadt München  
Referat für Stadtplanung und Bauordnung Hal/2  
Dr. Ruth Mächler  
Telefon: 089 233-24056  
Fax: 089 233-26683  
e-mail: [ruth.maechler@muenchen.de](mailto:ruth.maechler@muenchen.de)

Sozialreferat-Zentrale  
Michaela-Christine Zeller  
Telefon: 089 233-25709  
Fax: 089 233-27877  
e-mail: [michaela.zeller@muenchen.de](mailto:michaela.zeller@muenchen.de)

Februar 2006

# Münchner Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005

Soziale Entwicklung und Lebenssituation der  
Münchner Bürgerinnen und Bürger  
- Langfassung -

München, im Februar 2006

Bearbeitet von:



Sozialwissenschaftliches  
Institut München  
Landwehrstraße 37  
D-80336 München  
Tel.: (089) 725 63 29  
Fax: (089) 55 77 95  
e-mail: [sim@sim-sozialforschung.de](mailto:sim@sim-sozialforschung.de)  
Internet: [www.sim-sozialforschung.de](http://www.sim-sozialforschung.de)

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	4
<b>Vorbemerkung des Referats für Stadtplanung und Bauordnung</b> .....	6
<b>Einleitung</b> .....	10
<b>1. Die Bevölkerungsentwicklung seit der BürgerInnenbefragung 2000</b> ..	13
1.1 Die quantitative Entwicklung der Bevölkerung .....	13
1.2 Strukturelle Veränderungen .....	14
1.2.1 Nationalität .....	14
1.2.2 Altersstruktur .....	14
1.2.3 Geschlechterproportion .....	15
1.2.4 Haushaltsgröße .....	15
<b>2. Wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte</b> .....	16
2.1 Struktur, Einkommen und sozialer Status der Haushalte .....	16
2.1.1 Bevölkerungsstruktur und Haushaltstypen .....	16
2.1.2 Die wirtschaftliche Lage der Haushalte: Einkommen und finanzielle Situation .....	22
2.1.3 Sozialer Status und Zukunftsprognose .....	32
2.2 Schulische Bildung, Ausbildung und berufliche Situation .....	41
2.2.1 Schulische Bildung .....	41
2.2.2 Erwerbstätigkeit .....	44
2.2.3 Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzsicherheit .....	47
2.2.3.1 Arbeitslosigkeit .....	47
2.2.3.2 Arbeitsplatzsicherheit .....	48
2.3 Wohnungsmerkmale und Mietkosten .....	49
2.3.1 Wohnstruktur und Ansässigkeit .....	50
2.3.1.1 Wohndauer .....	50
2.3.1.2 Wohnungsgröße und Wohnungsbelegung .....	55
2.3.1.3 Wohnungsbestand .....	58
2.3.2 Eigentumsverhältnisse und Wohnkosten .....	59
2.3.2.1 Eigentum und Mietwohnungen .....	59
2.3.2.2 Wohnkosten .....	62
2.3.2.3 Mietbelastungsquoten .....	64
2.3.2.4 Subjektive Bewertung des Mietniveaus .....	67
<b>3. Lebensqualität und Image der Stadt und der Stadtviertel</b> .....	69
3.1 Kontakte zwischen deutschen und nicht deutschen Nachbarn .....	69
3.2 Wohnumfeld und Störungen .....	74
3.2.1 Zufriedenheit mit der Wohnumgebung .....	74
3.2.2 Belästigungen im Wohnumfeld .....	78
3.3 Sicherheit und Image der Stadt .....	79
3.3.1 Sicherheit in der Stadt .....	79
3.3.2 Merkmalsprofil von München .....	81

3.4	Kommunale Themen und Probleme .....	88
3.4.1	Wirtschaft und Soziales .....	92
3.4.2	Kultur und Freizeit.....	95
3.4.3	Bildung und Kinderbetreuung .....	95
3.4.4	Umwelt und Naturschutz .....	96
3.4.5	Verkehr und Sicherheit.....	96
3.4.6	Vergleich der gewünschten Ausgaben der BürgerInnenbefragung 2005 mit der BürgerInnenbefragung 2000 .....	98
3.4.7	Die größten Probleme in München .....	99
3.4.8	Fazit .....	101
3.5	Informationsangebote der Stadtverwaltung und Mitwirkungs- möglichkeiten bei der Stadtpolitik .....	102
<b>4.</b>	<b>Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement.....</b>	<b>106</b>
4.1	Sozialprofil der ehrenamtlich Tätigen.....	106
4.2	Generelle Bereitschaft zur Übernahme bürgerschaftlicher Aufgaben.....	110
<b>5.</b>	<b>Weitere wichtige nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifische Unterschiede.....</b>	<b>117</b>
5.1	Nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifische Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Lage .....	117
5.1.1	Nationalitätsspezifische Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Lage .....	117
5.1.2	Geschlechtsspezifische Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Lage .....	132
5.1.3	Altersspezifische Unterschiede der wirtschaftlichen und sozialen Lage..	140
5.2	Nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifische Unterschiede in der Beurteilung der Lebensbedingungen und des Images der Stadt München.....	143
5.2.1	Nationalitätsspezifische Unterschiede in der Beurteilung der Lebensbedingungen und des Images der Stadt München.....	143
5.2.2	Geschlechtsspezifische Unterschiede in der Beurteilung der Lebensbedingungen und des Images der Stadt München.....	153
5.2.3	Altersspezifische Unterschiede in der Beurteilung der Lebensbedingungen und des Images der Stadt München.....	160

## Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser!

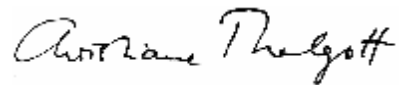
Städte leben: sie wachsen und schrumpfen, entwickeln und wandeln sich. Damit verändern sich auch die Lebensbedingungen der Menschen, die in ihnen leben.

Diese permanenten Veränderungsprozesse müssen von der Stadtentwicklungsplanung aufmerksam beobachtet werden, um Ziele und Strategien - etwa beim Wohnungsbau, bei der Verkehrsplanung, bei der Planung von Schulen und Kindergärten und anderen Aufgaben - entwickeln zu können. Der Rückgriff auf Daten der amtlichen Statistik reicht dabei nicht aus. Wir begreifen die Einwohnerinnen und Einwohner Münchens als Expertinnen und Experten, die wissen, wo in ihrer Stadt die Probleme liegen und was zukünftig benötigt wird.

Daher führen wir immer wieder Befragungen durch, um die Einschätzungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedensten Feldern der Stadtentwicklung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der Verwaltungsarbeit kennen zu lernen und Informationen über ihre Lebenssituation zu erhalten.

Ein weiteres Ziel ist es, Steuermittel sparsam und effizient einzusetzen: Um Einsparmöglichkeiten zu erkennen und Wesentliches von weniger Wichtigem unterscheiden zu können, sind Informationen über die Lebenssituation der Einwohnerschaft sowie die Kenntnis ihrer Einstellungen von großer Bedeutung. So sind auch die Ergebnisse der letzten Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen in die Arbeit vieler Referate der Stadtverwaltung eingeflossen und haben bei Entscheidungsprozessen Berücksichtigung gefunden.

Das Planungsreferat, das diese Studie gemeinsam mit dem Sozialreferat durchgeführt hat, kommt mit der Vorlage der Ergebnisse dem Informationsbedürfnis aus Politik und Öffentlichkeit, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft entgegen. Wir hoffen, dass sie zu einer intensiven und sachlichen Diskussion über die weitere Entwicklung unserer Stadt beiträgt.

A handwritten signature in black ink, reading "Christiane Thalgott". The script is cursive and fluid, with the first name and last name clearly distinguishable.

Prof. Christiane Thalgott  
Stadtbaurätin

## **Vorbemerkung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung**

### **Ziele und Durchführung der Untersuchung**

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung führte bereits im Jahr 2000 eine Bürgerinnen- und Bürgerbefragung in München durch, um die Einschätzungen und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger zu den verschiedensten Feldern der Stadtentwicklung, der kommunalen Daseinsvorsorge und der Verwaltungsarbeit zu erfahren. Die Ergebnisse dieser Studie haben die Arbeit der Stadtverwaltung bereichert und bei einer Vielzahl von Entscheidungsprozessen Berücksichtigung gefunden. Daher beschloss der Münchner Stadtrat für die Zukunft eine kontinuierliche Fortführung von Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen in München.

Ziel der vorliegenden Untersuchung war die Analyse und Bewertung der sozialen Lage und Lebenssituation der Wohnbevölkerung in München, sowie die Erhebung der Einstellungen und Bewertungen der Münchner Bürgerinnen und Bürger zu wichtigen kommunalen Themen und zu ihren Lebensverhältnissen.

Die Firma „Schäfenacker Marktforschung und Unternehmensberatung“ führte von April bis Juni 2005 3.059 telefonische Interviews nach Zufallsauswahl als Haushaltsbefragung durch.

Das „SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München“ wertete die Daten aus und erarbeitete in Absprache mit der Auftraggeberin die vorliegenden Ergebnisse.

Das Konzept für die kontinuierliche Fortführung von Bürgerinnen- und Bürgerbefragungen wurde in einer Arbeitsgruppe unter Federführung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung in Zusammenarbeit mit dem Sozialreferat, dem Direktorium – Statistisches Amt, dem Direktorium – Controlling/ Steuerungsunterstützung, dem Direktorium - Gleichstellungsstelle, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Baureferat, dem Schul- und Kultusreferat und dem Referat für Gesundheit und Umwelt abgestimmt und am 24.11.04 von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen.

### **Kurzüberblick und Bewertung der Ergebnisse aus Sicht der Stadtentwicklungsplanung**

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Bürgerbefragung 2005, dass die meisten Münchnerinnen und Münchner sich in ihrer Stadt wohl fühlen. So ist München aus der Sicht der Mehrheit der Befragten eine moderne, offene, saubere, internationale Wissenschafts- und Kulturmetropole mit guter Wirtschaftskraft und Sicherheit, deren Wert als Freizeit- und Sportstadt geschätzt wird. Hohe Zufriedenheitswerte



erreichen auch die verschiedenen Aspekte der unmittelbaren Wohnumgebung, insbesondere die Erreichbarkeit der Grün- und Freiflächen sowie die Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel -, die im Vergleich mit den entsprechenden Ergebnissen aus dem Jahr 2000 noch einmal deutlich und zwar für alle Aspekte zugenommen haben. Ähnliches gilt für das subjektive Sicherheitsgefühl, das bei den Befragten bezogen auf die eigene Wohnung, die eigene Wohngegend und die Innenstadt sehr hoch ist und sich im Vergleich zu 2000 noch weiter verbessern konnte.

Sehr zufrieden zeigen sich die Münchnerinnen und Münchner darüber hinaus mit den infrastrukturellen Bedingungen ihrer Stadt. Dies gilt insbesondere für das bereitgestellte Kulturangebot und die Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Die allgemein angespannte ökonomische Situation spiegelt sich in den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2005 wieder, wobei vor allem Alleinerziehende – hier insbesondere die allein erziehenden Frauen – und Personen aus Haushalten mit drei und mehr Kindern über ein deutlich unterdurchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen verfügen. Auch die Unzufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten hat im Vergleich mit den Daten von 2000 zugenommen. Zudem war etwas mehr als jeder zehnte berufstätige Befragte innerhalb der letzten fünf Jahre mindestens einmal arbeitslos.

Die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung macht damit deutlich, dass die Stärkung der sozialen Integrationskraft der Stadt weiterhin zu den Aufgaben mit hoher Dringlichkeit gehört. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Stadtgesellschaft den stattfindenden strukturellen Wandel und bevorstehenden demografischen Wandel konstruktiv bewältigen kann. Die Strategien und Grundsätze zur Bewältigung dieser Aufgabe werden in den Leitlinien „Soziale Kommunalpolitik“ und „Stärkung der Stadtteile durch Stadtteilentwicklung“ der PERSPEKTIVE MÜNCHEN dargestellt. In diesem Zusammenhang steht beispielsweise auch die Fortführung des „Bund-Länder-Programms Soziale Stadt“ in München. Durch integrierte und aktivierende Strategien in Verbindung mit baulich-investiven, sozialen und arbeitsmarktpolitischen Projekten sollen weitere Stadtteile gestärkt bzw. stabilisiert werden.

Ein hiermit in Zusammenhang stehendes Thema ist die Wohnsituation, vor allem die hohen Mietkosten. Ursächlich hierfür sind die noch bis 2002 gestiegenen Erstvermietungsrenten und der Anstieg der Nebenkosten (z.B. Energiekosten). Die höchsten Mietbelastungsquoten haben Einpersonenhaushalte und Alleinerziehende. Dabei lässt sich ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Mietbelastungsquote und dem Pro-Kopf-Einkommen feststellen. 83% der „ärmsten“ Haushalte haben Mietbelastungsquoten von 40% und mehr. Neben den Mietkosten stellen

auch die Belegungsdichten eine relevante Größe zur Beurteilung der Wohnsituation der Münchner Bevölkerung dar. Die weitaus meisten der Münchner Wohnungen sind normal belegt (75%). Weiterhin überbelegt sind jedoch die Wohnungen der Haushalte mit zwei und mehr Kindern.

Die Wohnungspolitik bleibt eine der zentralen Herausforderungen für die Stadt. Mit dem Programm Wohnen in München III wurden vom Stadtrat die Weichen für den geförderten Wohnungsbau gestellt. Konsequenterweise weitergeführt werden muss aber auch die Bestandssicherungspolitik (Wohnraumzweckentfremdungsverbot, Erhaltungssatzungen u.a.). Im Jahr 2006 wird das wohnungspolitische Handlungsprogramm Wohnen in München IV in den Stadtrat eingebracht werden, bei dem die Anliegen älterer Menschen und Familien stärkere Berücksichtigung finden sollen.

Das Verhältnis zwischen deutscher und nicht deutscher Bevölkerung, entwickelt sich der Untersuchung zufolge positiv: Fast die Hälfte der deutschen Befragten steht zu den nicht Deutschen in einem freundschaftlichen Kontakt.

Wichtige Aufgabenfelder, für die sich die Münchner ein größeres Engagement der Stadt wünschen, sind vor allem die Kinderbetreuungsangebote, die Schulen, der soziale Wohnungsbau und die Sauberkeit der Luft. Im Verhältnis zur BürgerInnenbefragung 2000 fordern die Befragten insbesondere mehr Geld für die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung sowie den Straßenunterhalt.

Mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik ist jede/r zweite MünchnerIn zufrieden. Ehrenamtlich tätig ist knapp jeder fünfte Befragte, wobei sich im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 das bürgerschaftliche Engagement immerhin um vier Prozentpunkte verbessert hat.

Die allgemeine wirtschaftliche und soziale Lage der Münchner Bevölkerung sowie ihre Zufriedenheit mit ihrer Wohnumgebung, den infrastrukturellen Gegebenheiten und der Stadtpolitik haben sich gegenüber 2000 nicht verschlechtert. Vielmehr ist zu beobachten, dass sich im Vergleich zu 2000 nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger viele Bereiche positiv entwickelt haben. Allerdings zeigen sich auch negative Entwicklungstendenzen in Problemfeldern, die bereits im Jahr 2000 bestanden. Dabei sind nach wie vor bestimmte Bevölkerungsgruppen wie alleinerziehende Frauen und kinderreiche Familien von der schlechten wirtschaftlichen Lage besonders betroffen und die Polarisierung zwischen arm und reich nimmt zu. Dies wird auch von der Bevölkerung subjektiv so empfunden: 70% der Befragten bezeichnen die sozialen Unterschiede in München als zu groß (Jahr 2000: 59%). Für weite Kreise der Münchner Bevölkerung kann dennoch von einer relativ guten wirtschaftlichen und sozialen Lage gesprochen werden.

Die Ergebnisse der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung bieten eine gute Grundlage sowohl für die Entwicklung von Zielen und Leitlinien für die weiteren Perspektiven der Stadt als auch für Maßnahmenvorschläge der einschlägigen Fachpolitiken. Letztlich dienen sie auch als Grundlage für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger.

Die kommunalen Handlungsspielräume gegenüber den beschriebenen Entwicklungen sind allerdings begrenzt. Sie werden durch die gegenwärtigen Haushaltsrestriktionen und die für die Kommunen äußerst problematischen Rahmensetzungen des Bundes und der Länder weiter eingeengt.

## Einleitung

In München leben rund 1,3 Mio. Menschen – eine bekannte statistische Größe. Aber leben diese Einwohner auch gerne hier, sind sie zufrieden mit dem Leben in der Großstadt und welche Probleme sind für sie vordringlich? Kommunale Umfragen machen es möglich, dass Stadtrat und –verwaltung von den Meinungen und Urteilen, Wünschen und Problemen der Bürgerinnen und Bürger erfahren. Ihre Meinung ist gefragt und wichtig, weil es gilt, Kommunalpolitik bedarfsgerecht sowie bürgerinnen- und bürgernah zu gestalten und die Stadt bürgerInnenfreundlich zu verwalten.

Die Schäfenacker Marktforschung & Unternehmensberatung (Durchführung der Interviews) und das „SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München“ (Auswertung und Berichterlegung) wurden deshalb von der Landeshauptstadt München beauftragt, eine BürgerInnenbefragung unter dem Arbeitstitel „Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 – Soziale Entwicklung und Lebenssituation der Münchner Bürgerinnen und Bürger“ durchzuführen. Ziel der Erhebung war es, wichtige Entwicklungsbedingungen der sozialen Lage und Lebenssituation der Wohnbevölkerung in München sowie Einstellungen und Bewertungen zu wichtigen kommunalen Themen zu erfassen. Die **inhaltlichen Schwerpunkte** dieser Befragung waren die wirtschaftliche und soziale Lage der Münchner Haushalte und das Image der Stadt München. Gefragt wurde des Weiteren nach der Bedeutung spezifischer Aufgabenbereiche der Stadt München sowie nach ehrenamtlichen bzw. bürgerschaftlichen Tätigkeiten. Eine wichtige Vorgabe der Befragung 2005 war die Vergleichbarkeit mit der Befragung aus dem Jahr 2000. Sowohl bei der Fragestellung als auch bei den Antwortkategorien sind die Inhalte aus der Befragung 2000 mit notwendigen Anpassungen, wie z.B. Änderungen der Rahmenverhältnisse im Bereich der sozialen Sicherung auf Grund der Einführung des SGB II („Hartz-IV“) übernommen worden.

Die Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 war wie die Befragung 2000 als **gesamstädtische Haushaltsbefragung** konzipiert, die im Gegensatz zur damaligen Befragung jedoch nicht mündlich und schriftlich, sondern als **telefonische Umfrage** durchgeführt wurde. Für die deutschen Haushalte wurde eine **Zufallsstichprobe** aus allen Telefonanschlüssen der Stadt München gezogen.<sup>1</sup> Dabei diente die Eintragung in das öffentliche Telefonverzeichnis als Basis. Offensichtliche Firmenanschlüsse wurden herausgefiltert. Als Grundlage für die anschließend vorgesehene Quotierung der Interviews nach Geschlecht, Nationalität und Alter wurde in Absprache mit der Auftraggeberin der Statistische Jahresbericht der Landeshauptstadt München 2004 (Stand 31.12.2003) heran gezogen. Für die Durchführung der Interviews mit den nicht deutschen BürgerInnen, bei denen man sich aus Vergleichs-

---

<sup>1</sup> Hier ist darauf hinzuweisen, dass sowohl auf Grund des anderen Stichprobenverfahrens als auch der bei der Befragung 2005 eingesetzten anderen Befragungsmethode der direkte Vergleich der Ergebnisse der Befragung 2000 mit der aktuellen Befragung nur vorsichtig interpretiert werden sollte.

gründen mit der letzten Befragung aus dem Jahr 2000 auf die fünf am häufigsten vertretenen Nationalitäten in München (serbische, kroatische, türkische, italienische und griechische Haushalte) beschränkte, wurde seitens der Auftraggeberin eine Stichprobe aus den Daten der Einwohnermeldestatistik gezogen und anschließend die entsprechenden Telefonnummern ermittelt.

Die Interviews wurden zwischen **Mitte April und Ende Juni 2005** geführt. Um eine mögliche Verzerrung der Stichprobe durch systematische Ausfälle zu vermeiden, wurde in den zwei Wochen der Pfingstferien nicht befragt. Insgesamt wurden für die Befragung 8.631 Haushalte kontaktiert. Dementsprechend hatte rund jeder neunzigste der 790.953 Münchner Haushalte die Chance, seine Meinung bei der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 zu äußern. Letztendlich standen 3.059 auswertbare Fragebögen zur Verfügung. Die **Ausschöpfungsquote** für die Befragung betrug somit rund **35%** und ist für Befragungen dieser Art durchaus als zufrieden stellend zu bewerten. 86% der 3.059 befragten Haushalte waren deutsche und 14% nicht deutsche Haushalte. Es ist zu beachten, dass diejenigen Befragten, die eine Frage nicht beantwortet haben bzw. nicht beantworten konnten, in den Tabellendarstellungen und Grafiken in der Regel nicht berücksichtigt sind, so dass die Gesamtzahl von 3.059 nicht immer erreicht wird. **Aufgrund der Anzahl der befragten Haushalte und ihrer Verteilung nach Geschlecht, Nationalität und Alter liegen repräsentative Ergebnisse vor (Tabelle 0.1).**

**Tabelle 0.1: Sozialstrukturelle Merkmale in Grundgesamtheit (Soll) und Stichprobe (Ist)**

<b>Nationalität</b>	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Deutsch	2.626	87,5	2.644	86,4
Griechisch	63	2,1	71	2,3
Italienisch	58	1,9	61	2,0
Kroatisch	68	2,3	82	2,7
Serbisch	68	2,3	75	2,5
Türkisch	117	3,9	126	4,1
<i>Insgesamt</i>	<i>3.000</i>	<i>100,0</i>	<i>3.059</i>	<i>100,0</i>
<b>Geschlecht (nur Deutsche)</b>	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Männlich	1.213	46,2	1.223	46,3
Weiblich	1.413	53,8	1.421	53,7
<i>Insgesamt</i>	<i>2.626</i>	<i>100,0</i>	<i>2.644</i>	<i>100,0</i>
<b>Altersklassen (nur Deutsche)</b>	Soll		Ist	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
18 - 24 Jahre	200	7,6	199	7,5
25 - 34 Jahre	451	17,1	448	17,0
35 - 44 Jahre	548	20,9	551	20,8
45 - 64 Jahre	818	31,2	828	31,3
65 Jahre und älter	609	23,2	618	23,4
<i>Insgesamt</i>	<i>2.626</i>	<i>100,0</i>	<i>2.644</i>	<i>100,0</i>

(Quelle: Schäfenacker Marktforschung und Unternehmensberatung (2005): Feldbericht zur Münchener Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005, S. 4)

## 1. Die Bevölkerungsentwicklung seit der BürgerInnenbefragung 2000

Vorab ist es für die Einordnung und Interpretation der dargestellten Ergebnisse wichtig, die soziostrukturellen Entwicklungstendenzen seit der BürgerInnenbefragung 2000 zu skizzieren. Zudem sollen an dieser Stelle wichtige Merkmale, die in der Befragung 2000 erhoben wurden, anhand der Daten der amtlichen Statistik verglichen werden.

Die Analyse der Entwicklung der Bevölkerung wird in der Regel nach folgenden Gesichtspunkten vorgenommen:

- Die Entwicklung der Einwohnerzahl kann als Indikator für die Dynamik in einer Kommune herangezogen werden
- Die Altersstruktur der Bevölkerung stellt in ihren Veränderungen einen wesentlichen Aspekt für viele Planungsbereiche dar
- Die ethnische Differenzierung dient der Prüfung von wichtigen Veränderungs-raten der Bevölkerungszusammensetzung
- Als Indikator für die räumliche Dynamik kann die Mobilität der Bevölkerung herangezogen werden
  - Um-, Weg- und Zuzüge als „Richtungsindikatoren“
  - Verschiedene Mobilitätstypen (Alter, Nationalität usw.) als „Strukturindikatoren“
- Ein weiteres wichtiges Merkmal ist die Veränderung der Größe und Zusammensetzung von privaten Haushalten, wobei hier lediglich ein Vergleich der Haushaltsgrößen möglich ist.

Im Folgenden steht zunächst der quantitative Aspekt der Bevölkerungsentwicklung im Vordergrund, dem sich die Untersuchung der strukturellen Entwicklung in einem zweiten Abschnitt anschließt.

### 1.1 Die quantitative Entwicklung der Bevölkerung

Die **Einwohnerzahl** Münchens hat sich seit der **BürgerInnenbefragung 2000** nur geringfügig verändert, sie ist von 1.247.934 Einwohnern 2000 auf 1.273.186 im Jahr 2004 gestiegen, was einer relativen Veränderung von etwa 2% entspricht. Dieser Bevölkerungsanstieg wurde hauptsächlich von den nicht deutschen MitbürgerInnen getragen. Während nach der Befragung 2000 die deutsche Bevölkerung Münchens um 1% von 965.786 auf 979.800 zunahm, stieg die Zahl der nicht deutschen Einwohner im gleichen Zeitraum von 282.148 auf 293.386, was einer relativen Zunahme von etwa 4% entspricht.

## 1.2 Strukturelle Veränderungen

### 1.2.1 Nationalität

Die Zunahme der Münchner Bevölkerung seit der BürgerInnenbefragung 2000 ist, wie bereits erwähnt, größtenteils auf den **Anstieg der nicht deutschen Bevölkerung** zurückzuführen. Der Anteil der nicht deutschen Münchner Bevölkerung ist dementsprechend um rund 4% (11.238 Personen) gestiegen, während der Anteil der deutschen Bewohner um lediglich gut 1% (14.014 Personen) zugenommen hat.

### 1.2.2 Altersstruktur

Hinsichtlich der **Altersstruktur** der Münchner Bevölkerung lassen sich folgende **Entwicklungen** beobachten (*Tabelle 1.1*):

- (1) Der Anteil der jüngeren Personen bis 25 Jahre ist etwa gleich geblieben. Er betrug im Jahr 2000 23,4% und im Jahr 2004 23,6%. Der Anteil der 18- bis 59-Jährigen an der Gesamtbevölkerung ist dagegen leicht zurück gegangen (2000: 63,1%; 2004: 61,5%).
- (2) Ältere Menschen über 60 Jahre waren daher 2004 mit einem Anteil von 24,1% an der Gesamtbevölkerung etwas stärker vertreten als im Jahr 2000 (23,0%).

**Tabelle 1.1: Altersstruktur der Münchner Bevölkerung: 2000 und 2004**

<b>Altersgruppen von ... bis ... Jahre</b>	<b>in % 2000</b>	<b>in % 2004</b>
unter 18	14,2	14,5
18-25	9,2	9,1
26-30	8,4	8,1
31-35	10,3	9,0
36-40	8,8	9,6
41-45	7,1	7,9
46-59	19,3	17,8
60 und älter	23,0	24,1

Quelle: [http://www.muenchen.infor/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen\\_2000/jt010102.pdf](http://www.muenchen.infor/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2000/jt010102.pdf) und  
[http://www.muenchen.infor/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen\\_2004/p-jt050102.pdf](http://www.muenchen.infor/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2004/p-jt050102.pdf)



### 1.2.3 Geschlechterproportion

Im Jahr 2000 waren gut 51% der Münchner Bevölkerung weiblich, woran sich auch nach der BürgerInnenbefragung nichts geändert hat. Bei den nicht Deutschen gibt es mehr Männer als Frauen; die Frauen machen hier 46% der Bevölkerung aus.

### 1.2.4 Haushaltsgröße

In München **dominieren** deutlich die **Einpersonenhaushalte**. Ihr Anteil betrug 2000 53,7% und stieg bis zum Jahr 2004 auf 55,6%. Die Zahl der Zweipersonenhaushalte hat sich etwas verringert, ihr Anteil sank von 25% auf 23%. Die Dreipersonenhaushalte sowie die Zahl der Haushalte mit fünf und mehr Personen haben sich im Vergleich zum Jahr 2000 kaum verändert, die Vierpersonenhaushalte sind sogar mit 7% konstant geblieben.

## 2. Wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte

Vergleicht man die Befragten und die Haushalte hinsichtlich wichtiger Merkmale mit den Informationen der amtlichen Statistik, so kann man – unter Berücksichtigung geringerer Abweichungen wie etwa bei der Haushaltsgröße – insgesamt festhalten, dass die **Studie für die Gesamtstadt repräsentativ** ist.

Einige der bereits aufgezeigten und der nachfolgend dargestellten Entwicklungstendenzen sind insbesondere für die stadtentwicklungspolitisch relevanten Bereiche Wohnen und Infrastruktur von Bedeutung. Dies vor allem vor dem Hintergrund der erkennbaren Konsequenzen der Entwicklungen der letzten Jahre (Wohnungsmarkt und zunehmende Mobilität) sowie der den öffentlichen Haushalten zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen.

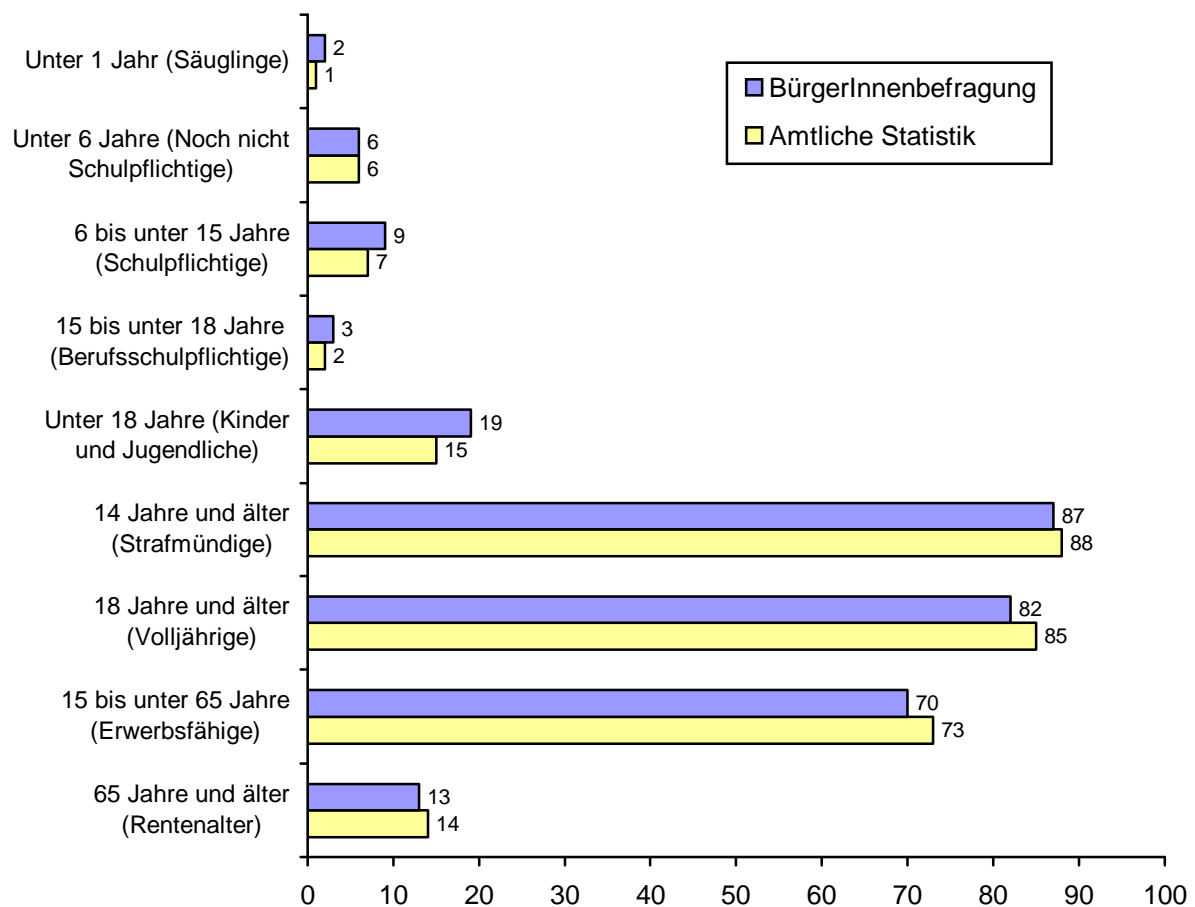
### 2.1 Struktur, Einkommen und sozialer Status der Haushalte

#### 2.1.1 Bevölkerungsstruktur und Haushaltstypen

An der BürgerInnenbefragung 2005 beteiligten sich 3.059 Münchner Haushalte mit insgesamt 6.964 Personen. Durchschnittlich lebten also etwa zwei Personen in einem befragten Haushalt. Das Durchschnittsalter aller 6.964 erfassten Personen lag bei rund 40 Jahren. Ein Viertel der Haushaltsmitglieder war unter 24 Jahre alt, weitere 25% sind zwischen 58 Jahren und 97 Jahren alt gewesen. Die jüngsten Haushaltsmitglieder waren im ersten Lebensjahr, die älteste in einem befragten Haushalt lebende Person war 97 Jahre.

Ein Vergleich der **Altersstruktur** der in der BürgerInnenInnenbefragung erfassten Haushaltsmitglieder mit derjenigen der Münchner Gesamtbevölkerung zu Beginn des Jahres 2005 zeigt nur sehr geringe Abweichungen in den wichtigsten Altersgruppen (*Abbildung 2.1*).

**Abbildung 2.1: Altersstruktur nach besonderen Altersgruppen: BürgerInnenbefragung und amtliche Statistik  
(Angaben in Prozent; Haushaltsmitglieder, N = 6.964)**



Quelle: [http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen\\_2004/p-jt050108.pdf](http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2004/p-jt050108.pdf) und eigene Berechnungen S.I.M.

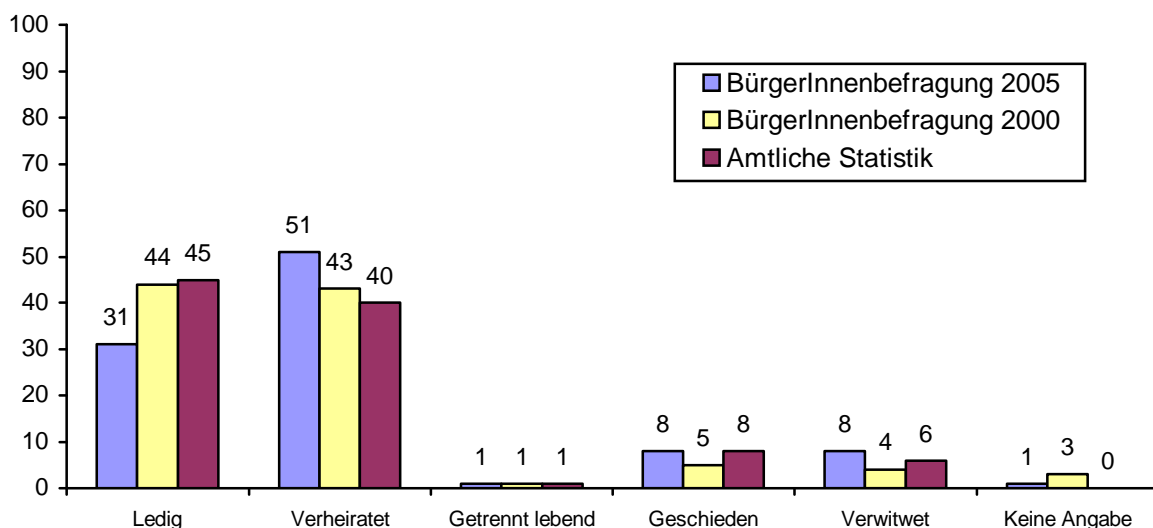
Die befragten Personen waren im Schnitt rund 48 Jahre alt. Ein Viertel davon war bis zu 34 Jahre alt; 25% waren zwischen 60 Jahren und 97 Jahren. Die jüngsten befragten Personen waren 18 Jahre, der älteste Befragte war 97 Jahre.

Männliche und weibliche Haushaltsmitglieder, die durch die BürgerInnenbefragung erfasst wurden, unterschieden sich hinsichtlich ihres Alters signifikant. Die weiblichen Mitglieder der Haushalte waren im Schnitt etwa 1 ½ Jahre älter als die männlichen Haushaltsmitglieder, deren Durchschnittsalter rund 39 Jahre betrug.

86% der 3.059 befragten Haushalte waren laut eigenen Angaben **deutsche und 14% nicht deutsche Haushalte** (hier: türkische, griechische, italienische, serbische und kroatische Haushalte).

Zum Zeitpunkt der BürgerInnenbefragung waren 31% der 3.059 befragten Personen ledig, 51% waren verheiratet, 9% lebten getrennt oder waren geschieden und 8% waren verwitwet. Für 1% der Befragten lag keine Angabe zum Familienstand vor. Sowohl im Vergleich zur 2000er Befragung als auch in Relation zur amtlichen Statistik ergeben sich bezüglich des Familienstandes der befragten Personen signifikante Unterschiede, insbesondere bei den Ledigen und Verheirateten (*Abbildung 2.2*).<sup>2</sup>

**Abbildung 2.2: Familienstand: BürgerInnenbefragung 2005 und 2000 sowie amtliche Statistik (Angaben in Prozent)**

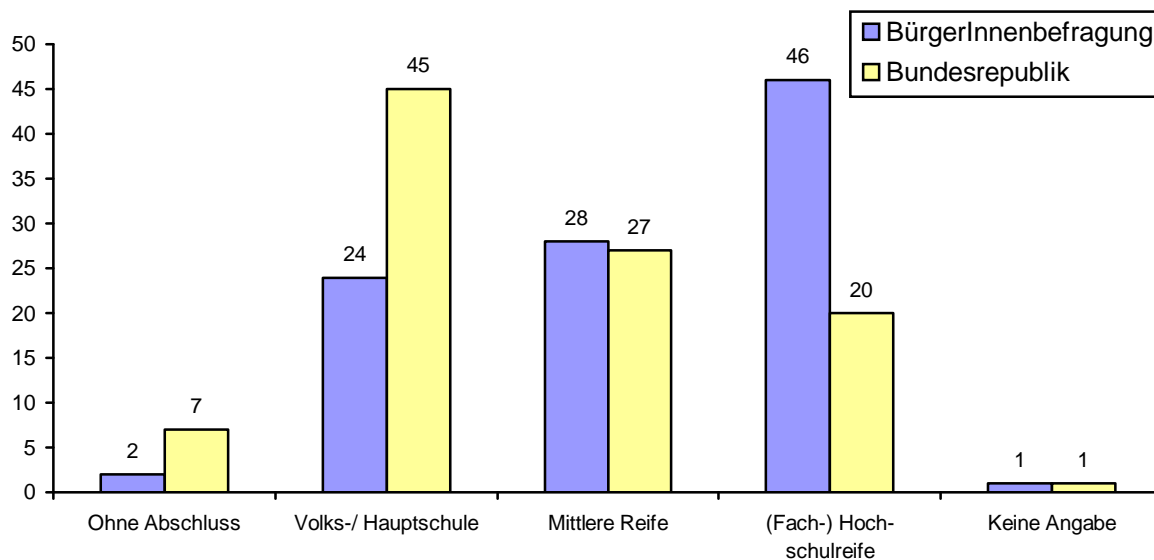


Quelle: [http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen\\_2004/p-it050107.pdf](http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2004/p-it050107.pdf) und eigene Berechnungen

Die TeilnehmerInnen an der Münchner BürgerInnenbefragung 2005 sind relativ hoch gebildet: 46% verfügen über die Fachhochschul- bzw. Hochschulreife. Im Vergleich zu anderen Großstädten und zum Bundesdurchschnitt ist das ein hoher Anteil an Höhergebildeten. Da für München in der amtlichen Statistik hierzu keine Zahlen vorliegen, kann in diesem Fall nur der Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden (*Abbildung 2.3*). Hier zeigt sich die Bedeutung Münchens als Standort für qualifizierte Tätigkeiten in den innovativen Bereichen von Forschung, Wissenschaft, Technik / Informationstechnologie und Wirtschaft.

<sup>2</sup> Dieser Unterschied erklärt sich zum Teil aus dem geringen Anteil von Einpersonenhaushalten in der Stichprobe. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 finden sich nochmals deutlich weniger Einpersonenhaushalte in der Stichprobe. Hier ist jedoch bereits darauf hinzuweisen, dass die Daten der BürgerInnenbefragung 2000 gezeigt haben, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in München um etwa zehn Prozentpunkte überschätzt wird. Auch für die Befragung 2005 ist daher davon auszugehen, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte nicht bei rund 56% liegt, wie die amtliche Statistik ausweist, sondern faktisch wohl eher ca. 45% beträgt, so dass die niedrigere Ausschöpfungsquote bei den Einpersonenhaushalten etwas weniger problematisch ist, wie zunächst zu vermuten.

**Abbildung 2.3: Bildungsabschlüsse: BürgerInnenbefragung 2005 und Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland 2004 (Angaben in Prozent)**

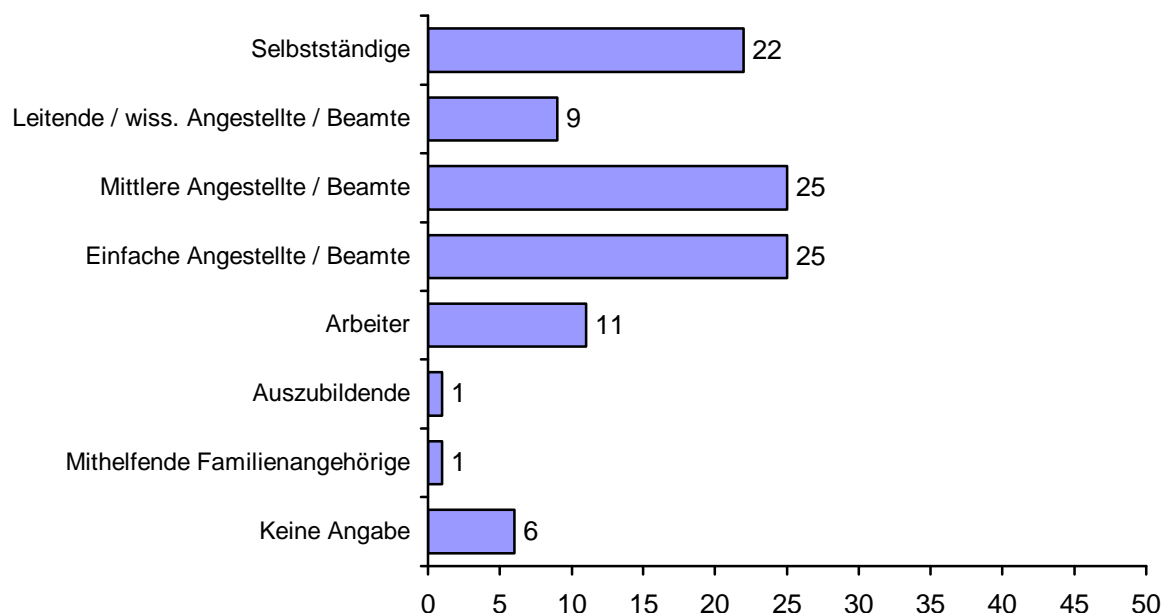


Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2004 und eigene Berechnungen

Von allen 3.059 Befragten ist rund die Hälfte erwerbstätig und damit ähnlich viele wie bei der BürgerInnenbefragung 2000: 7% arbeiten unter 20 Stunden pro Woche (2000: 5%), 9% zwischen 20 und 35 Stunden (2000: 8%) und 36% sind ganztags mit über 35 Stunden pro Woche beschäftigt (2000: 37%). Im Vergleich zur letzten BürgerInnenbefragung im Jahr 2000 haben sich damit nur leichte Veränderungen im Umfang der Erwerbstätigkeit ergeben. Etwas über 4% der befragten Personen waren zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos. Der Status der anderen BefragungsteilnehmerInnen verteilt sich wie folgt: 28% waren Rentner, 7% Schüler oder Studenten, 7% Hausfrauen oder –männer und 3% waren anderweitig nicht oder nur nebenher erwerbstätig. Die restlichen 2% machten keine Angabe zu ihrem Erwerbsstatus.

Die größten Gruppen unter den Erwerbstätigen sind Angestellte und Beamte sowie Selbstständige (*Abbildung 2.4*). Von den 1.702 erwerbstätigen Personen sind etwa 61% als Angestellte oder Beamte tätig: 9% sind leitende oder wissenschaftliche Angestellte/Beamte, 25% der Erwerbstätigen sind mittlere Angestellte oder Beamte und 25% sind als einfache Angestellte oder Beamte beschäftigt. Etwa 22% der erwerbstätigen Befragten sind selbstständig: 18% arbeiten selbstständig ohne Beschäftigte, 3% sind als Selbstständige mit 1 bis 9 Beschäftigten tätig und 1% sind Selbstständige mit zehn und mehr Beschäftigten.

**Abbildung 2.4: Gegenwärtige berufliche Stellung der Haushaltsmitglieder (Angaben in Prozent; N = 1.702)**



Nimmt man nun die Haushalte als Untersuchungseinheiten genauer in den Blick, dann kann man dies unter zwei strukturierenden Merkmalen tun: Die Gliederung der Haushalte orientiert sich in der Regel an Haushaltsgröße und Haushaltstyp. Ein für die Gesamtuntersuchung wichtiges Strukturmerkmal war die Verteilung der Haushalte in der Grundgesamtheit, in der Stichprobe und im Rücklauf. Betrachten wir die Verteilung der Anteile der **Haushalte nach ihrer Größe** in der Grundgesamtheit und bei den befragten Haushalten, so zeigt sich, dass die Einpersonenhaushalte unter den befragten Haushalten (*Tabelle 2.1*) unterrepräsentiert sind, während die beiden anderen Haushaltsklassen jeweils überrepräsentiert sind. Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Daten der BürgerInnenbefragung 2000 gezeigt haben, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in München um etwa zehn Prozentpunkte überschätzt wird. Auch für die Befragung 2005 ist daher davon auszugehen, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte nicht bei rund 56% liegt, wie die amtliche Statistik ausweist, sondern faktisch wohl eher ca. 45% beträgt, so dass die niedrigere Ausschöpfungsquote bei den Einpersonenhaushalten etwas weniger problematisch ist, als zunächst vermutet.

**Tabelle 2.1: Die Struktur der befragten Haushalte in Grundgesamtheit und Stichprobe (Haushaltsgröße; Angaben in Prozent)**

	Grundgesamtheit (amtliche Statistik)	Ausschöpfung: Befragte Haushalte
Einpersonenhaushalte	56	28
Zweipersonenhaushalte	23	39
Drei- und Mehrpersonenhaushalte	21	33
Anzahl der Haushalte (Basis)	790.953	3.059

Die Gliederung der **Haushalte nach Typen** orientiert sich an der Haushaltsdatei des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München. Die der Auswertung zugrunde liegenden Haushaltstypen gibt *Tabelle 2.2* wieder. Erwähnenswert ist hier der im Vergleich zur Münchner Bevölkerung hohe Anteil von Haushalten mit Kindern (BürgerInnenbefragung: 24%; Stadt München: ca. 16%).<sup>3</sup> Bei den 24% Haushalten mit Kindern sind die Haushalte mit einem Kind am stärksten vertreten. Rund jeder zwölfte Haushalt mit Kindern besteht aus Alleinerziehenden. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 finden sich vor allem nochmals deutlich weniger Einpersonenhaushalte in der Stichprobe.<sup>4</sup>

**Tabelle 2.2: Die Struktur der befragten Haushalte (Haushaltstypen)**

		2005		2000
		Anzahl	Prozent	Prozent
<b>Haushalte ohne Kinder</b>	Einpersonenhaushalte	870	28	35
	Zweipersonenhaushalte	1.119	37	34
	Drei- und Mehrpersonenhaushalte	313	10	6
	<i>Haushalte ohne Kinder insgesamt</i>	<i>2.302</i>	<i>75</i>	<i>75</i>
<b>Haushalte mit Kindern</b>	Haushalte mit einem Kind	314	10	10
	Haushalte mit zwei Kindern	269	9	8
	Haushalte mit drei und mehr Kindern	76	3	3
	Alleinerziehende	67	2	3
	<i>Haushalte mit Kindern insgesamt</i>	<i>726</i>	<i>24</i>	<i>24</i>
<b>Keine Angabe</b>		31	1	1
<b>Haushalte insgesamt</b>		3.059	100,0	100,0

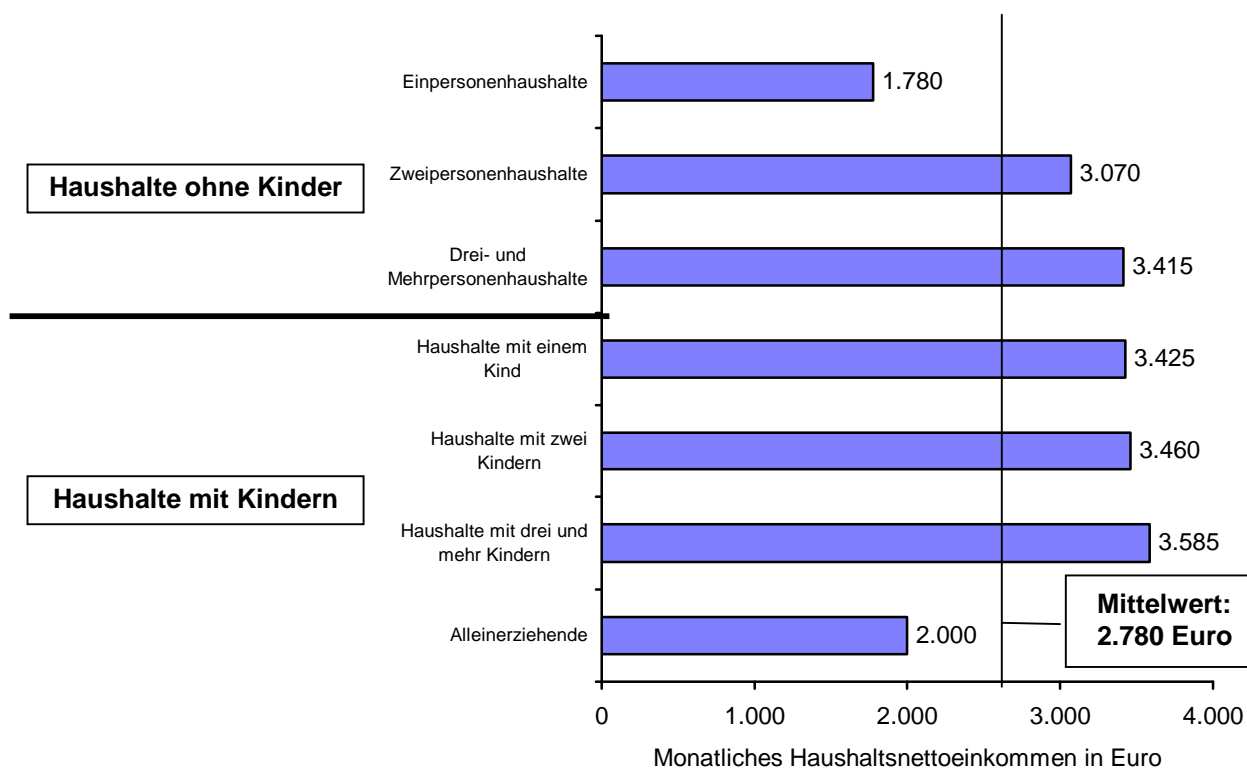
<sup>3</sup> Quelle: [http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen\\_2004/p-jt050105.pdf](http://www.muenchen.info/sta/m-stat/themen/bevoelkerung/jahreszahlen/jahreszahlen_2004/p-jt050105.pdf)

<sup>4</sup> Hier ist jedoch nochmals darauf hinzuweisen, dass die Daten der BürgerInnenbefragung 2000 gezeigt haben, dass der Anteil der Einpersonenhaushalte in München um etwa zehn Prozentpunkte überschätzt wird (*siehe auch Seite 20*).

## 2.1.2 Die wirtschaftliche Lage der Haushalte: Einkommen und finanzielle Situation

Die wirtschaftliche Lage der Haushalte wurde in der BürgerInnenbefragung zunächst objektiv anhand des **Haushaltsnettoeinkommens (HHNE)** erfasst. Insgesamt machten etwa 25% aller befragten Haushalte keine Angaben zu ihrem Haushaltsnettoeinkommen, das sind fast doppelt so viele wie noch im Jahr 2000 (14%). Alle weiteren Aussagen beziehen sich auf die 2.273 Haushalte, die Einkommensangaben gemacht haben.<sup>5</sup> Es ergibt sich ein durchschnittliches monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 2.780 Euro, wobei die Hälfte aller Haushalte über ein monatliches Nettoeinkommen verfügt, das zwischen 1.500 Euro und 3.500 Euro liegt; die Streuung der Haushaltsnettoeinkommen ist insgesamt relativ gering.

**Abbildung 2.5: Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstypen (Angaben in Euro; N = 2.273)**

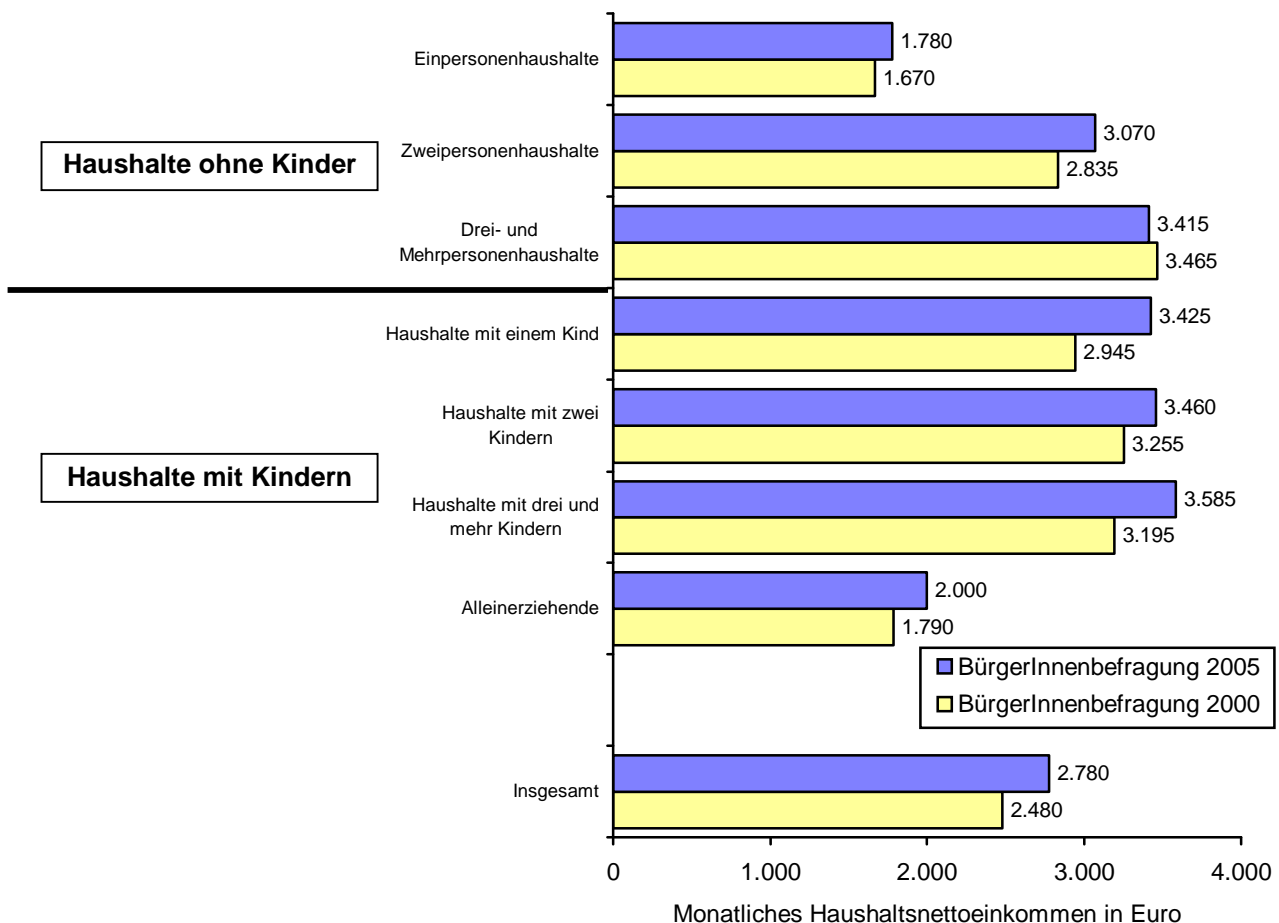


<sup>5</sup> Nachdem für die Befragung 2005 lediglich klassierte Einkommen vorlagen, wurden zur Berechnung der durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen die jeweiligen Klassenmitten in die Berechnung einbezogen. Die Klassenmitte der obersten Einkommensklasse wurde auf 8.750 Euro festgelegt. Als teilweise problematisch erwies sich die Tatsache, dass bei der telefonischen Befragung 2005 vom durchführenden Institut zum Teil nicht die gleichen Einkommensklassen verwendet wurden wie vom „SIM - Sozialwissenschaftliches Institut München“ bei der Befragung 2000.



Im Vergleich zum Jahr 2000 sind mit Ausnahme der Erwachsenenhaushalte mit drei und mehr Personen (50 Euro weniger als im Jahr 2000) die Haushaltsnettoeinkommen aller Haushaltstypen höher. Die Zuwächse reichen dabei von 110 Euro bei den Einpersonenhaushalten bis zu 480 Euro bei den Haushalten mit einem Kind.

**Abbildung 2.6: Haushaltsnettoeinkommen und Haushaltstypen; BürgerInnenbefragung 2000 und 2005 (Angaben in Euro; 2000: N = 3.002; 2005: N = 2.273)**

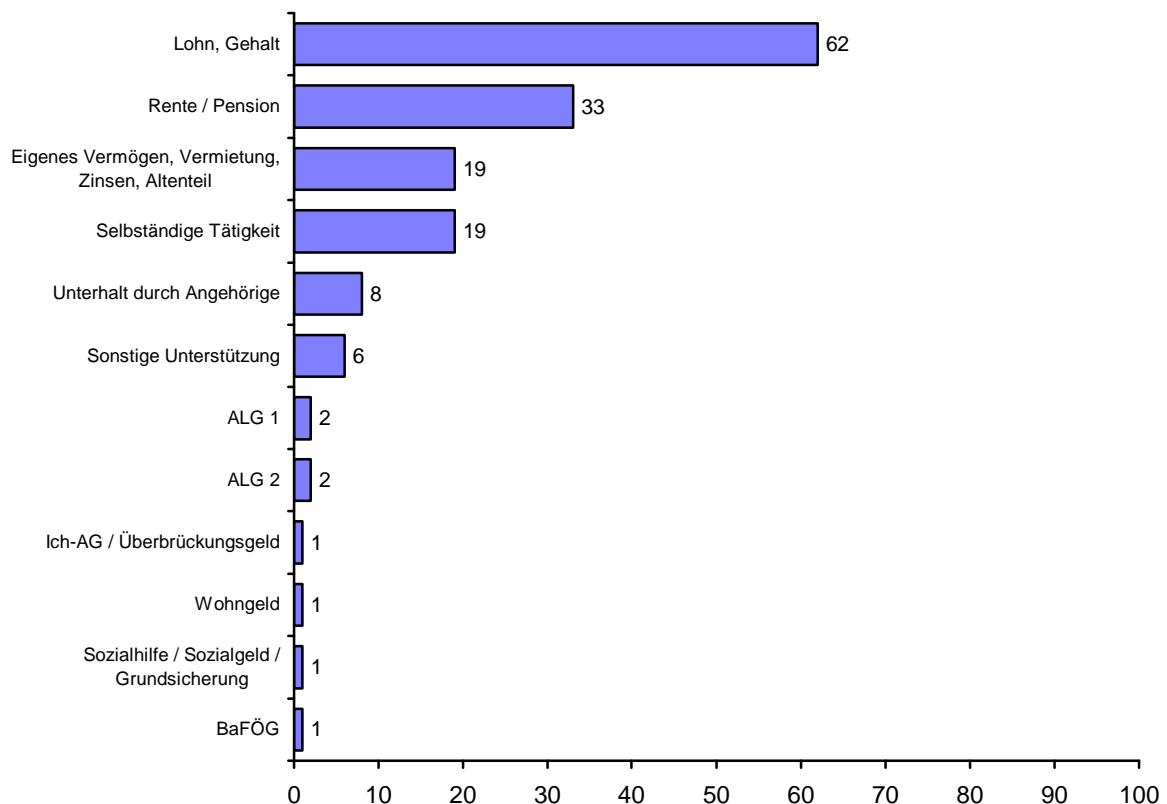


Entscheidend für den Umfang des Haushaltsnettoeinkommens ist, wie viele Personen daran beteiligt sind, dieses Einkommen zu erwirtschaften (unabhängig davon, um welche Art des Einkommens es sich dabei handelt). Das Nettoeinkommen eines Haushalts ist darüber hinaus nicht nur von der Anzahl der Personen abhängig, die es erwirtschaften, sondern auch von der Art der Berufstätigkeit. Es überrascht daher nicht, dass die Einkommen in den qualifizierten Berufstätigkeiten stark über dem Durchschnitt liegen (*Abbildung 5.3, Seite 121*).

Das den Haushalten zur Verfügung stehende monatliche Nettoeinkommen kann sich aus unterschiedlichen Quellen speisen. Neben den durch Erwerbstätigkeit erwirtschafteten Einkommen sind auch Einkommensarten relevant, die nicht durch Er-

werbstätigkeit entstehen. In erster Linie ist hier natürlich an Renten- und Pensionszahlungen zu denken, aber auch an bestimmte Transferleistungen, die für Haushalte einkommenswirksam werden. Es ist daher interessant, die Struktur der Einkommen der Haushalte genauer darzustellen (*Abbildung 2.7*). Den größten Beitrag zum Einkommen leisten verständlicherweise die durch Erwerbstätigkeit bedingten Einkommensarten: Fast zwei Drittel der Haushalte beziehen Löhne und Gehälter und 19% der Einkommen resultieren aus einer selbstständigen Tätigkeit. Neben diesen Einkommensarten sind vor allem noch Renten und Pensionen mit zusammen 33% von Bedeutung. Bemerkenswert ist auch, dass bei fast jedem fünften Haushalt Erträge aus eigenem Vermögen zum Einkommen beitragen.

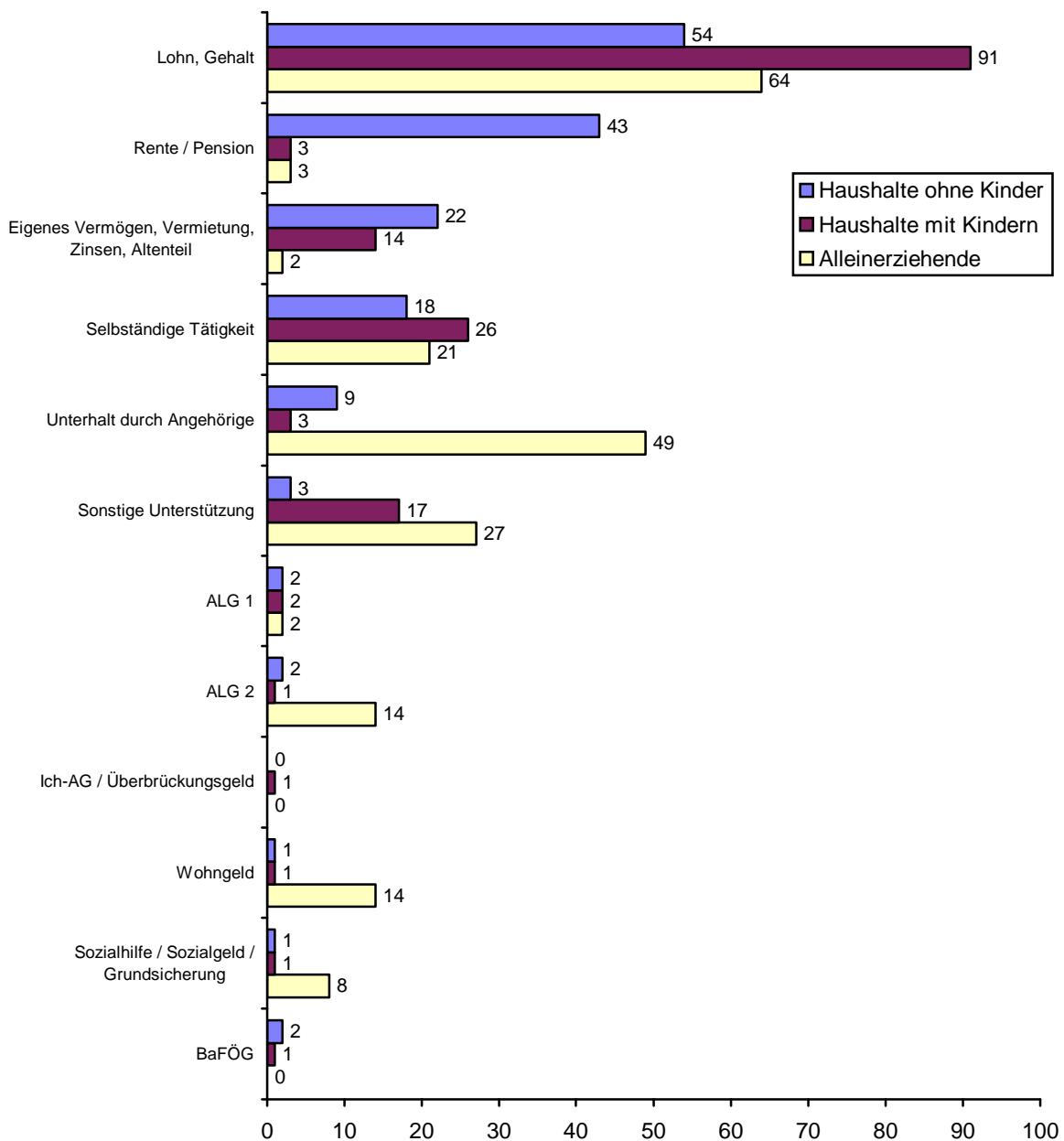
**Abbildung 2.7: Zusammensetzung der Haushaltseinkommen (Angaben in Prozent; Mehrfachantworten möglich)**



55% der Haushalte beziehen nur eine Einkommensart, jeder dritte Haushalt bezieht zwei unterschiedliche Arten von Einkommen, bei 9% tragen drei verschiedene Einkommensarten und bei 2% sogar vier und mehr zum gesamten Haushaltseinkommen bei. Insgesamt 30 der 3.059 befragten Haushalte (1%) haben keine Angaben zu ihren Einkommensarten gemacht. Auch die Anzahl der bezogenen Einkommen steht natürlich positiv mit der Größe des Haushalts bzw. mit der Anzahl der im Haushalt Erwerbstätigen in Beziehung.

Die Einkommensstruktur der Haushalte ist sehr unterschiedlich. Betrachtet man hier Haushalte ohne Kinder, Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende differenziert, so zeigen sich, unabhängig von der oben dargestellten Rangfolge, wichtige Unterschiede in der Erwirtschaftung der Einkommen (*Abbildung 2.8*):

**Abbildung 2.8: Zusammensetzung der Haushaltseinkommen und Haushaltstypen; hier: Wichtigste Unterschiede (Angaben in Prozent; Mehrfachantworten möglich; N = 3.434)**



Da das Haushaltsnettoeinkommen nur einen bedingten Aussagewert hat, wenn es nicht in Beziehung zur Haushaltsgröße gesetzt wird, wurde als sozialer Indikator, der genaueren Aufschluss über die wirtschaftliche Lage der Haushalte liefert, das **Pro-Kopf-Einkommen (= Pro-Kopf-Einkommen)** berechnet. Das hier zu Grunde geleg-

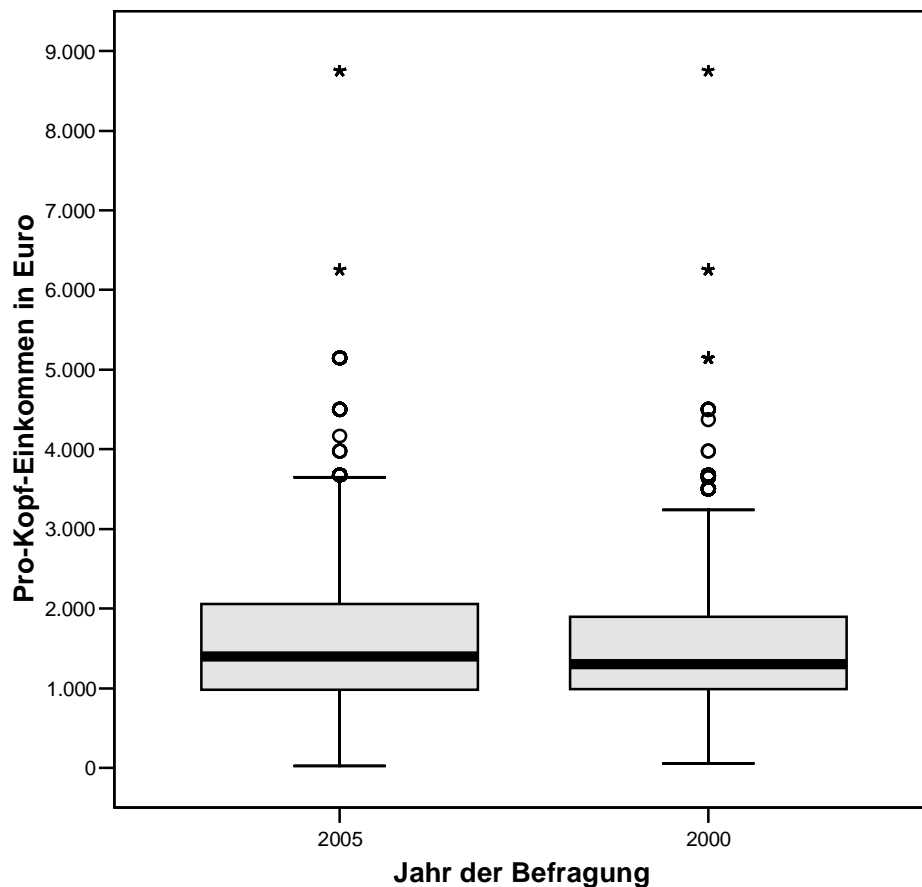
te so genannte **Äquivalenzeinkommen** gewichtet das Haushaltsnettoeinkommen nach Haushaltsgröße, wobei nicht alle Haushaltsmitglieder mit 100% in die Berechnung eingehen.<sup>6</sup> Im Schnitt beträgt es 1.630 Euro und liegt damit um genau 100 Euro höher als im Jahr 2000.

Ein Viertel der Haushalte verfügt pro Kopf über weniger als 980 Euro, weitere 25% haben ein Pro-Kopf-Einkommen von 2.060 Euro und mehr. Die Hälfte aller Haushalte hat also ein verfügbares Einkommen, das zwischen 980 Euro und 2.060 Euro pro Kopf liegt. Insgesamt ist die Streuung des Pro-Kopf-Einkommen relativ gering. Hier muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Streuung der Pro-Kopf-Einkommen gegenüber dem Jahr 2000 noch einmal etwas zugenommen hat (*Abbildung 2.9*); es ist also eine weitere Polarisierung zu beobachten.

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu ZUMA/GESIS: Digitales Informationssystem „Soziale Indikatoren“. Um die Einkommenssituation von Haushalten unterschiedlicher Größe und die Haushaltszusammensetzung vergleichbar zu machen, werden erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen jeweils in sogenannte bedarfsgewichtete „Äquivalenzeinkommen“ umgerechnet, weil sie bessere Indikatoren zur Messung von Wohlstandspositionen sind als „reine“ Haushaltsnettoeinkommen. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass durch gemeinsames Wirtschaften mit mehreren Haushaltsmitgliedern der Bedarf nicht proportional mit der Anzahl der Personen steigt. Zur Umrechnung werden entsprechende Bedarfsgewichte verwendet, die der Operationalisierung durch die OECD entsprechen. Mit dieser sog. „älteren OECD-Skala“ wird jeder ersten Person im Haushalt ein Bedarfsgewicht von 1.0, jedem weiteren Jugendlichen und Erwachsenen ein Gewicht von 0.7 sowie jedem Kind bis zum Alter von 14 Jahren ein Bedarfsgewicht von 0.5 zugeordnet.

Abbildung 2.9: Boxplot: Pro-Kopf-Einkommen und Jahr der Befragung<sup>7</sup>



Während das Haushaltsnettoeinkommen in den letzten fünf Jahren um 12% zugenommen hat,<sup>8</sup> erhöhte sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen im gleichen Zeitraum nur um etwas über 6%, was allerdings auch mit dem geringeren Anteil der Einpersonenhaushalte in der Stichprobe zusammenhängt. Legt man die Entwicklung des Verbraucherpreisindex in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde, der ausgehend von der Basis 2000 (=100) auf 110,7 im Jahr 2004 gestiegen ist, so hat die Zunahme der Haushaltsnettoeinkommen gerade diesen Zuwachs ausgeglichen. Mit anderen Worten: Auch die Münchner Haushalte konnten sich in den letzten fünf Jahren keine zusätzliche Kaufkraft erwirtschaften.

<sup>7</sup> Der Boxplot besteht aus einer Box, die vom ersten und dritten Quartil begrenzt wird und deren innere Linie den Median repräsentiert. Ferner werden mit den Querstrichen unter und über der Box der kleinste und der größte Wert markiert, sofern sie keine Ausreißer oder Extremwerte sind. Werte, die um mehr als drei Kastenlängen außerhalb liegen (sog. Extremwerte), werden im Boxplot mit einem Stern markiert. Werte, die um mehr als anderthalb Kastenlängen außerhalb liegen (sog. Ausreißer), werden mit einem Kreis gekennzeichnet.

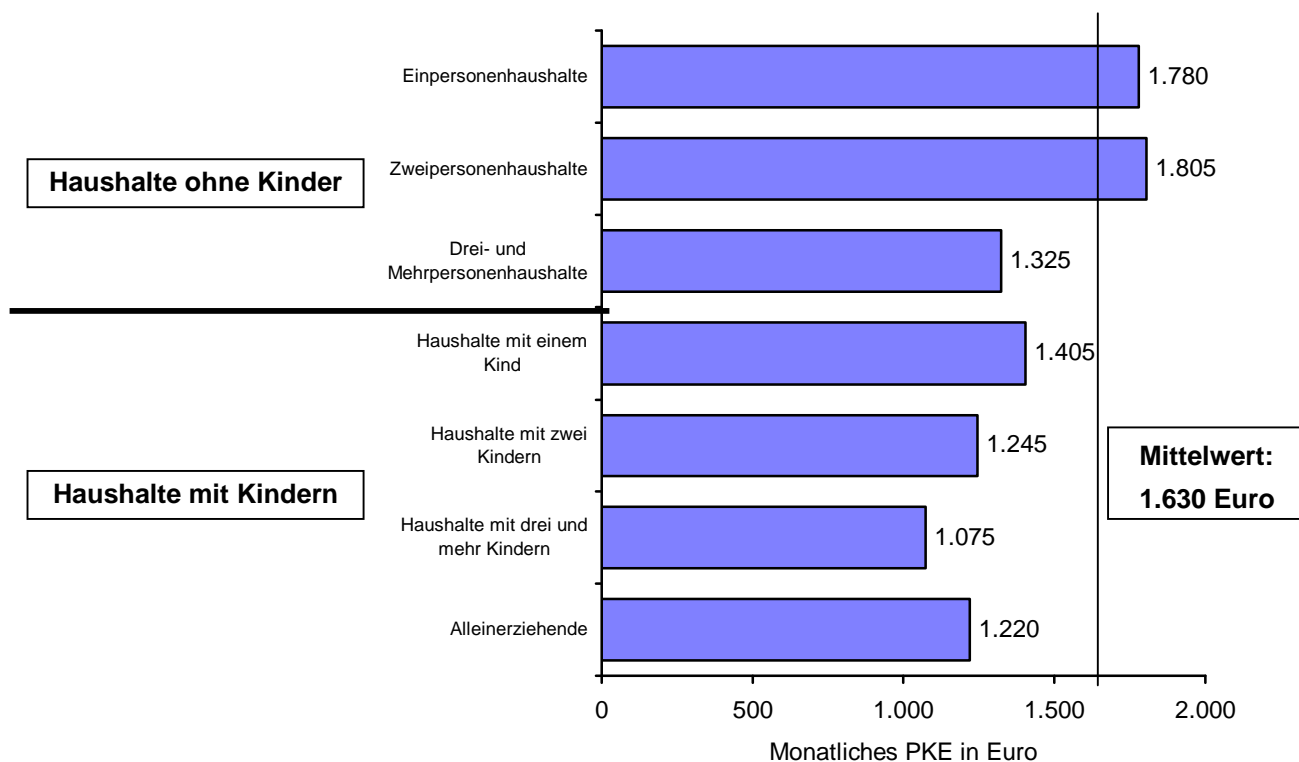
<sup>8</sup> Dabei veränderte sich das Haushaltsnettoeinkommen der einzelnen Haushaltstypen wie folgt: Einpersonenhaushalte: + 7%; Zweipersonenhaushalte: + 8%; Drei- und Mehrpersonenhaushalte: - 2%; Haushalte mit einem Kind: + 16%; Haushalte mit zwei Kindern: + 12%; Haushalte mit drei und mehr Kindern: + 12%; Alleinerziehende: + 12%.

Das Pro-Kopf-Einkommen soll im Folgenden für alle Haushalte betrachtet werden, da sich hier zwischen deutschen und nicht deutschen Haushalten im Allgemeinen kaum Unterschiede zeigen. Lediglich das Niveau der nicht deutschen Haushalte ist jeweils geringer als das der deutschen.

Es ergeben sich eindeutige Abhängigkeiten des Pro-Kopf-Einkommens von der Haushaltsgröße und –struktur (*Abbildung 2.10*):

- Haushalte ohne Kinder verfügen (mit Ausnahme der Haushalte mit drei und mehr Erwachsenen) über ein höheres Pro-Kopf-Einkommen als solche mit Kindern.
- Innerhalb der Haushalte mit Kindern ist der Unterschied in den Pro-Kopf-Einkommen ausgeprägter als bei den Erwachsenen-Haushalten.

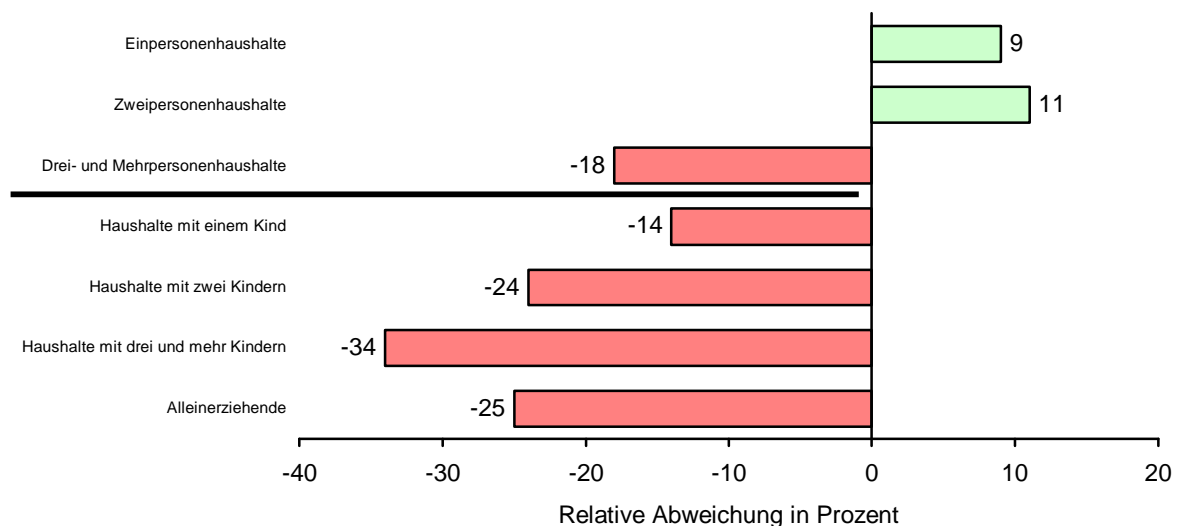
**Abbildung 2.10: Pro-Kopf-Einkommen und Haushaltstypen**  
(Angaben in Euro; N = 2.252)



Diese Tendenzen werden besonders deutlich, wenn man die relativen Abweichungen der Pro-Kopf-Einkommen vom Mittelwert betrachtet (*Abbildung 2.11*): Danach geht es den Zweipersonenhaushalten mit +11% über dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen (1.630 Euro) am besten, gefolgt von den Einpersonenhaushalten mit +9% über dem Mittelwert des Pro-Kopf-Einkommens, während die großen Erwachsenenhaushalte mit drei und mehr Personen mit -18% bereits deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Mit zunehmender Kinderzahl nehmen die Pro-Kopf-Einkommen bei den Haushalten mit Kindern proportional immer weiter ab. Die Pro-

Kopf-Einkommen der Haushalte mit drei und mehr Kindern liegen schließlich mit -34% sehr deutlich unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen. Die Schere zwischen den Ein- und Zweipersonenhaushalten und allen anderen Haushalten öffnete sich im Verlauf der letzten Jahre seit der BürgerInnenbefragung 2000 also weiter: **Ein- und Zweipersonenhaushalte sind somit relativ betrachtet besser gestellt als zu Beginn des neuen Jahrzehnts.** Erwähnenswert ist zudem, dass die Alleinerziehenden über ein Pro-Kopf-Einkommen verfügen, das niedriger ist als das der Haushalte mit einem Kind, obwohl sie überwiegend ebenfalls nur ein Kind haben. Hier zeigt sich die prekäre Situation der Alleinerziehenden in München. Hervorzuheben ist die besonders schwierige Lage der weiblichen Alleinerziehenden, deren Pro-Kopf-Einkommen 29% unter dem Durchschnitt liegt, während die männlichen Alleinerziehenden über ein Pro-Kopf-Einkommen verfügen, das „nur“ 5% unter dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen liegt. Ein Vergleich mit den haushalts-spezifischen Mittelwerten des Pro-Kopf-Einkommens verdeutlicht des Weiteren, dass nicht nur ein starkes Einkommensgefälle zu Ungunsten der größeren Haushalte besteht, sondern dass es auch innerhalb der Haushaltstypen **starke Polarisierungstendenzen zwischen „arm und reich“** gibt.<sup>9</sup>

**Abbildung 2.11: Pro-Kopf-Einkommen und Haushaltstypen  
(Relative Abweichung vom Mittelwert; N = 2.252)**



Ähnlich wie beim HHNE geben diese Durchschnittswerte zwar erste Einblicke in das Niveau der finanziellen Ressourcen und damit in die wirtschaftliche Situation der Haushalte. Zusätzliche Erkenntnisse über das Einkommensgefälle lassen sich je-

<sup>9</sup> Diese zunehmende Polarisierung zeigt auch der Boxplot (Abbildung 2.9, Seite 27). Hier ist deutlich erkennbar, dass die Einkommen im Jahr 2005 sowohl innerhalb der Box als auch nach oben hin weiter streuen als noch im Jahr 2000.

doch nur gewinnen, wenn man die Verteilung der Pro-Kopf-Einkommen näher betrachtet (*Tabelle 2.3*).

**Tabelle 2.3: Pro-Kopf-Einkommen und Haushaltstyp  
(Angaben in Prozent; N = 2.252)**

	Pro-Kopf-Einkommen in Euro							
	bis 500 €	501 bis 750 €	751 bis 1000 €	1001 bis 1250 €	1251 bis 1500 €	1501 bis 1750 €	1751 bis 2250 €	mehr als 2250 €
<b>Haushalte ohne Kinder:</b>								
Einpersonenhaushalte	3	9	12	10	20	9	15	23
Zweipersonenhaushalte	4	3	14	15	7	18	19	21
Drei- und Mehrpersonenhaushalte	6	12	21	18	20	0	13	11
<b>Haushalte mit Kindern:</b>								
Haushalte mit einem Kind	5	10	17	20	11	18	10	10
Haushalte mit zwei Kindern	2	16	23	19	15	12	0	13
Haushalte mit drei und mehr Kindern	7	26	15	26	12	3	6	5
Alleinerziehende	8	13	34	9	11	8	9	8
<b>Haushalte insgesamt</b>	<b>4</b>	<b>8</b>	<b>16</b>	<b>15</b>	<b>13</b>	<b>12</b>	<b>14</b>	<b>18</b>

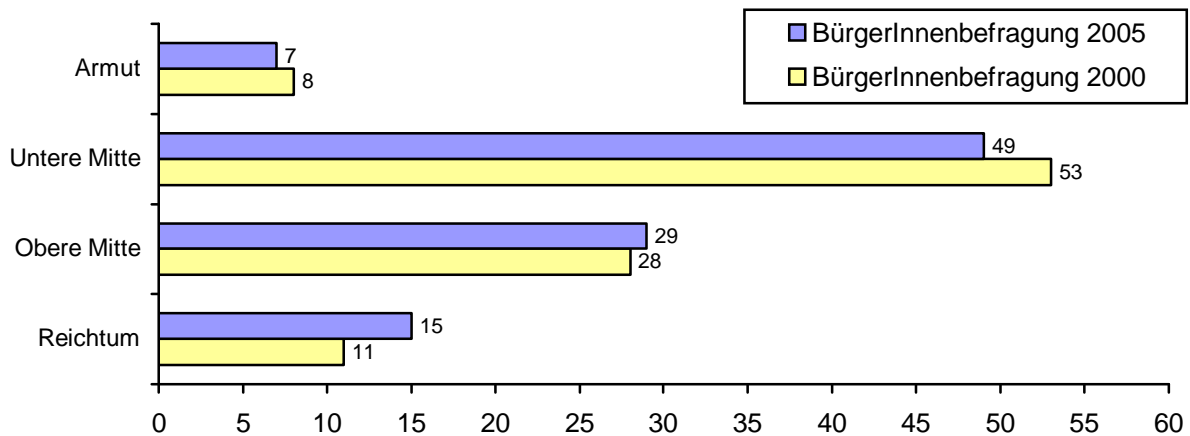
Betrachtet man die Einkommensverteilung insgesamt, so ergibt sich für München aus den Daten der BürgerInnenbefragung 2005 folgende Verteilung auf Einkommenspositionen (*Abbildung 2.12*):<sup>10</sup> Die beiden Einkommensextreme – arme Haushalte (7%) und reiche Haushalte (15%) – machen zusammen mehr als ein Fünftel aus. Die „Mitte“ wird von deren unteren Bereich (49%) dominiert, auf das obere Segment entfallen nur 29%. Gleichzeitig wird deutlich, dass der Anteil der reichen Haushalte im Vergleich zum Jahr 2000 nochmals um vier Prozentpunkte zugenommen hat. Vergleicht man diese Relationen mit denen bundesweiter Erhebungen, wie dem SOEP (Sozioökonomisches Panel), so fällt auf, dass sich die Münchner Situation wesentlich von diesen unterscheidet. Für die Bundesrepublik gilt eine Relation zwischen arm und reich von 1,8 : 1<sup>11</sup> während sich das Verhältnis in München als 1 : 2,1 darstellt, also in umgekehrter Richtung – mehr reiche als arme Haushalte.

<sup>10</sup> Arme Haushalte: < 50% des Äquivalenzeinkommens in Westdeutschland (2004: 1.245 Euro; vgl. hierzu Statistisches Bundesamt (Hg.) (2005): Datenreport 2004. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.); reiche Haushalte: > 200% des westdeutschen Äquivalenzeinkommens; untere Mitte: 51% bis 124% des westdeutschen Äquivalenzeinkommens und obere Mitte: 125% bis 199% des westdeutschen Äquivalenzeinkommens.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu Becker, I. u.a. (2004): Verteilung der Einkommen 1999 – 2003. Frankfurt/Main:



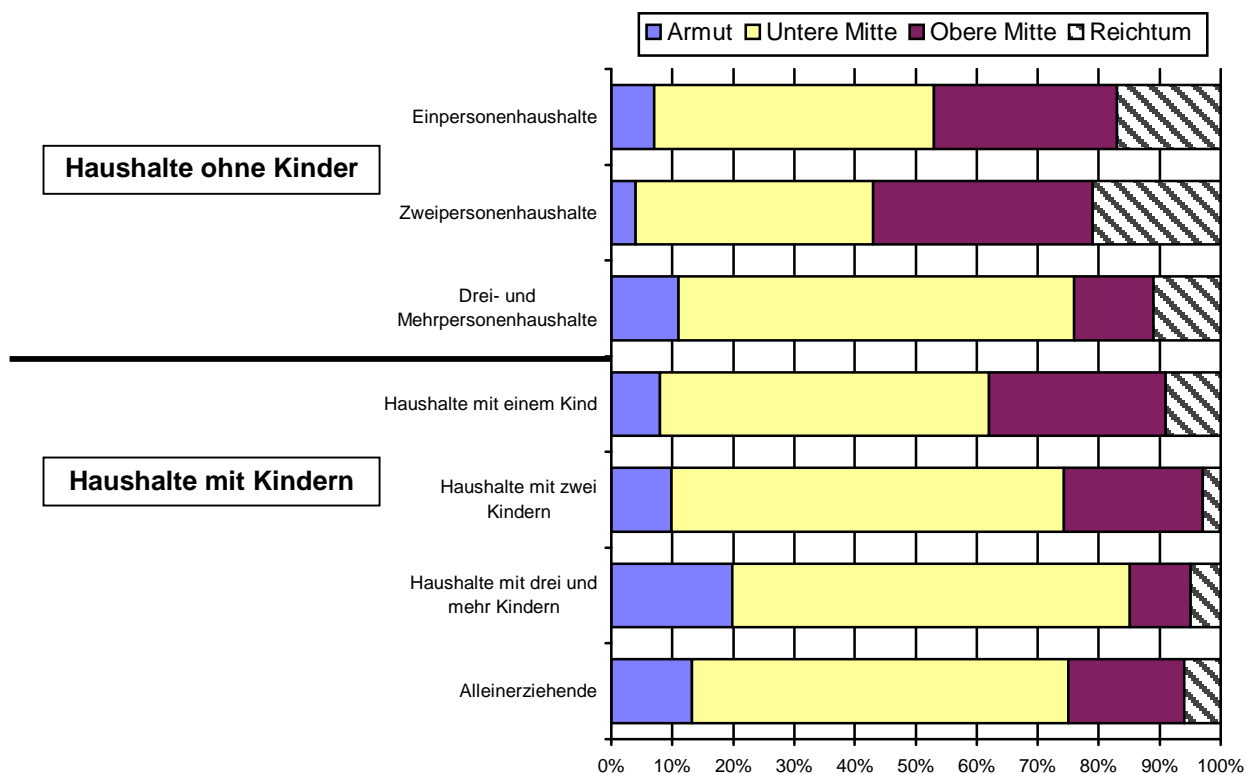
**Abbildung 2.12: Relative Einkommensposition: BürgerInnenbefragung 2005 und BürgerInnenbefragung 2000 im Vergleich (Angaben in Prozent)**



Betrachtet man die relativen Einkommenspositionen differenzierter nach Haushaltstypen (*Abbildung 2.13*), so zeigen sich auch in München Effekte, die die Armutsforschung generell beschreibt: Kinder erhöhen in unserer Gesellschaft das Armutsrisiko und Reichtum ist überdurchschnittlich häufig bei Ein- und Zweipersonenhaushalten anzutreffen. Wie der zweite Armutsbericht der Bundesregierung zeigt, ist vor allem das Armutsrisiko von Familien und Alleinerziehenden immer noch überdurchschnittlich hoch.<sup>12</sup> Auch in München stellt sich diese Entwicklung, wie die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2005 zeigen, ähnlich dar.

<sup>12</sup> Vgl. hierzu Bundesregierung (2004): Lebenslagen in Deutschland. Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sowie Bundesministerium für Gesundheit: Armuts- und Reichtumsbericht ([http://www.bmg.bund.de/cln\\_041/nn\\_599776/sid\\_35750C2088703E05F410792EBFA....html](http://www.bmg.bund.de/cln_041/nn_599776/sid_35750C2088703E05F410792EBFA....html))

**Abbildung 2.13: Relative Einkommensposition und Haushaltstypen**



Abschließend ist festzuhalten, dass die Daten der Münchner BürgerInnenbefragung 2005 viele gute Grundlagen bieten, um das Armutspotenzial in München zu berechnen. Aus den vorliegenden Daten könnten vor allem die in allen internationalen Kontexten (EVS; OECD usw.) verwendeten Armutsquoten für „relative Armut“ ermittelt werden, die als Basis für die Berechnung des Armutspotenzials dienen. Derzeit wird (in Fortschreibung des Armutsberichts 2000) ein „neuer“ Armutsbericht für die Landeshauptstadt München erarbeitet. Für die Darstellung des in München vorhandenen Armutspotenzials soll es deshalb hier genügen, auf die zu erwartenden Ergebnisse dieses Armutsberichts zu verweisen.

### 2.1.3 Sozialer Status und Zukunftsprognose

Im Anschluss stellt sich nun die Frage, wie die objektiven Einkommensverhältnisse mit der subjektiven Wahrnehmung sozialer Unterschiede in München zusammenhängen.

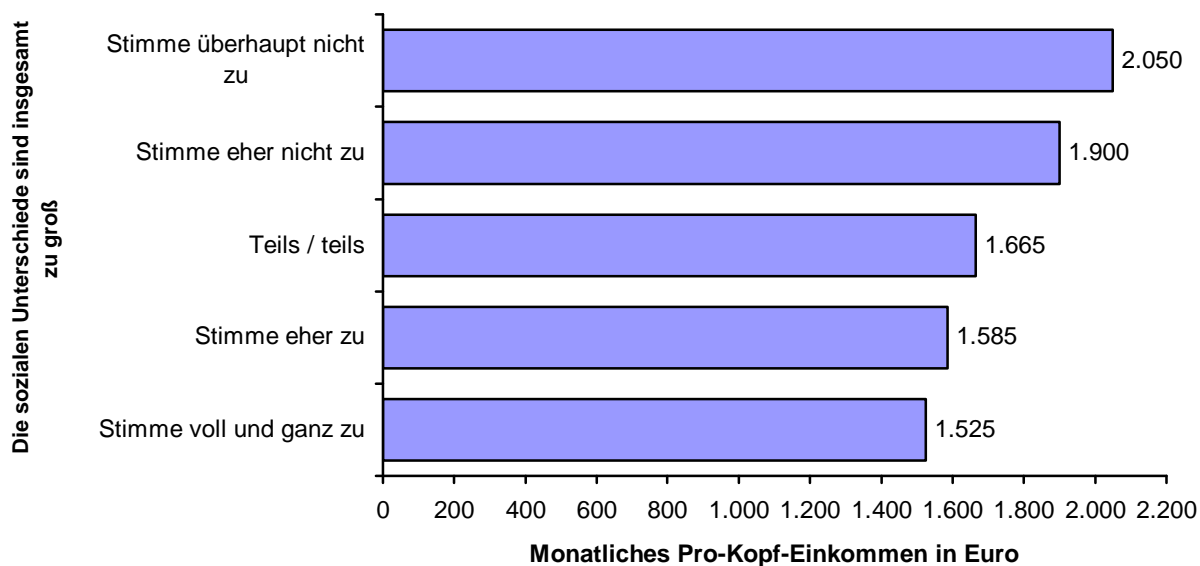
Diesem Thema wurde in der Erhebung durch eine Frage nachgegangen, welche die Einschätzung der vermuteten sozialen Unterschiede in München erfassen sollte; sie lautete: „Stimmen Sie der Aussage zu, dass die sozialen Unterschiede in München insgesamt zu groß sind?“. Zur Beantwortung stand eine numerische Skala zur Verfügung, die vom Wert 1 „stimme voll und ganz zu“ bis zum Wert 5 „stimme überhaupt

nicht zu“ reichte. **70% der Befragten erachten die sozialen Unterschiede in München insgesamt als zu groß.** Etwa ein Fünftel der Befragten stimmt dagegen nicht damit überein, dass die sozialen Unterschiede zu groß seien: 13% stimmen der Aussage eher nicht zu und 5% stimmen ihr überhaupt nicht zu. Die übrigen 12% der befragten Münchnerinnen und Münchner sind indifferent, was die Einschätzung der sozialen Unterschiede in ihrer Stadt angeht.

Betrachtet man nur diejenigen Ausprägungen, welche die sozialen Unterschiede in München insgesamt als zu groß einschätzen („stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“), so ergibt sich, dass die subjektive Wahrnehmung sozialer Ungleichheit in engem Zusammenhang mit dem objektiven Merkmal des Pro-Kopf-Einkommens steht: Erst ein Pro-Kopf-Einkommen von über 1.500 Euro führt zu über dem Durchschnitt liegenden Anteilen einer Ablehnung der Aussage bzw. zu einer unter dem Durchschnitt liegenden Zustimmung zur Aussage, dass die sozialen Unterschiede in München zu groß seien.

Deutlich wird dieser Zusammenhang zwischen der subjektiven Einschätzung sozialer Unterschiede und der objektiven Einkommenssituation, wenn man die durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in die Betrachtung mit einbezieht (*Abbildung 2.14*): Je eher der Aussage, diese Unterschiede seien insgesamt zu groß, nicht zugestimmt wird, desto höher ist auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte. In Haushalten mit einem relativ betrachtet höheren verfügbaren Einkommen werden soziale Unterschiede durchaus anders wahrgenommen als in solchen mit geringeren ökonomischen Mitteln.

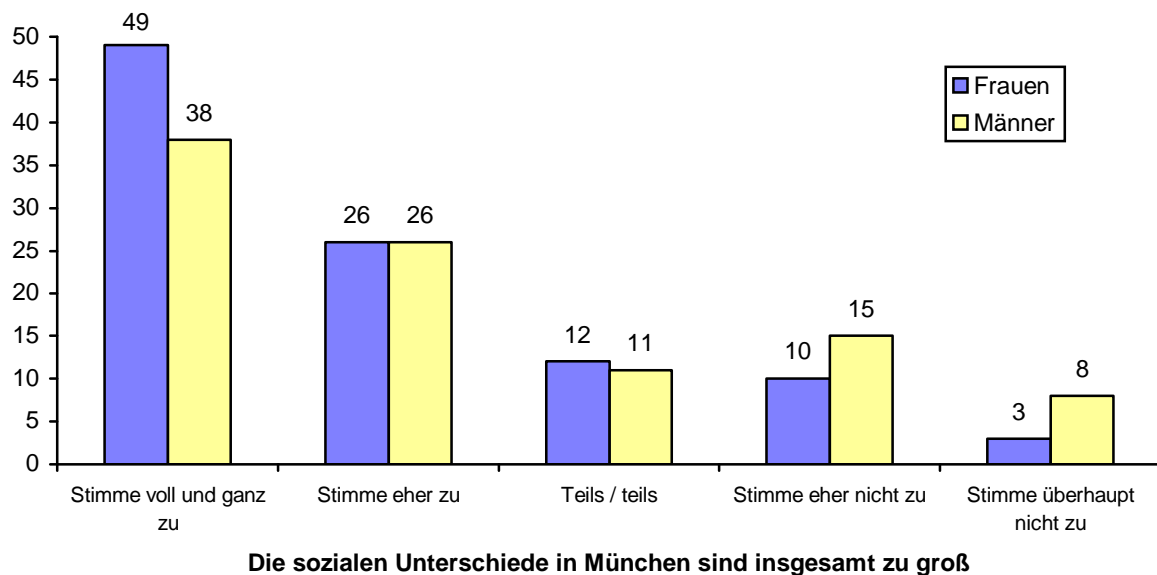
**Abbildung 2.14: Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen in Euro und Beurteilung der sozialen Unterschiede in München**



Es stellt sich nun die Frage, ob Frauen aufgrund ihrer objektiv schlechteren Einkommensverhältnisse (siehe Kapitel 5.1.2) die **sozialen Unterschiede** in München subjektiv anders wahrnehmen. Hier zeigt sich deutlich, dass **Frauen sehr viel öfter als Männer der Meinung sind, die sozialen Unterschiede in München seien zu groß** (Abbildung 2.15).<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Hier ist darauf hinzuweisen, dass auch ein nicht unbeträchtlicher Anteil von Frauen aus reichen Haushalten dieser Aussage voll und ganz zustimmt (43%). Dieser Anteil ist noch annähernd genauso hoch wie derjenige der Männer aus armen Haushalten, die dieser Aussage voll und ganz zustimmen (44%).

**Abbildung 2.15: Einschätzung der sozialen Unterschiede und Geschlecht (Angaben in Prozent)**



Untersucht man die subjektive Wahrnehmung sozialer Unterschiede in München im Zusammenhang mit der Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, so zeigt sich, dass beide Dimensionen positiv miteinander in Beziehung stehen: Haushalte, die ihre derzeitige Situation als sehr schlecht oder schlecht bezeichnen, sind häufiger der Meinung, die sozialen Unterschiede in München seien insgesamt zu groß und umgekehrt. Dieser Zusammenhang zeigte sich bereits in der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2000 und wird damit erneut bestätigt.

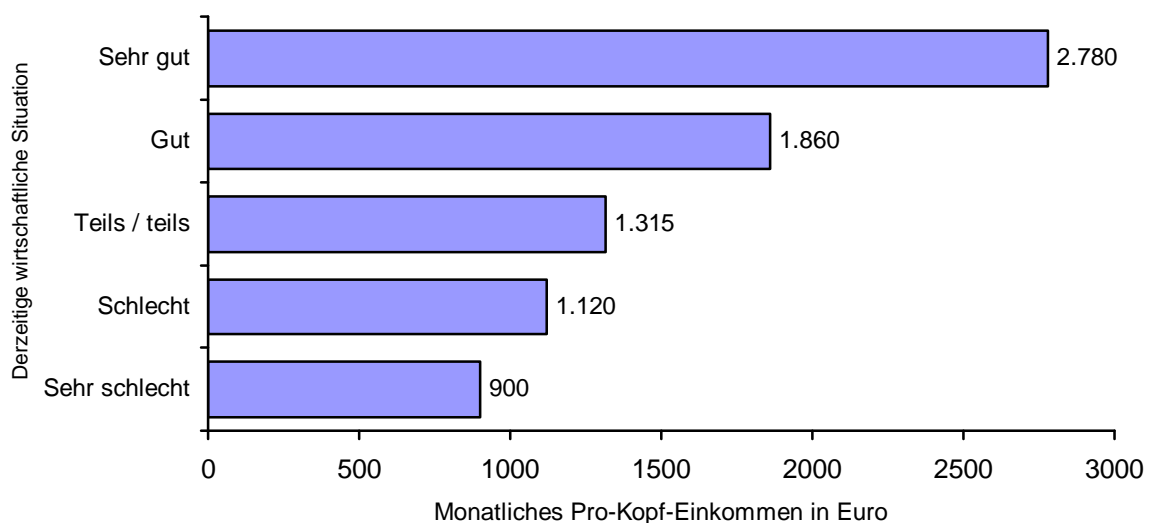
Eine abschließende Frage ist, wie die anhand der Einkommensdaten beschriebene wirtschaftliche Lage von den Haushalten selbst bewertet und eingeschätzt wird. Zur Beantwortung dieser Frage werden wiederum nur die Haushalte in die Analyse einbezogen, die auch Angaben zum Haushaltseinkommen gemacht haben (86%).

Die erste Frage in diesem Zusammenhang lautete: (1) „Wie beurteilen Sie heute die wirtschaftliche Lage Ihres Haushalts?“ Um hier Veränderungsprozesse nachzeichnen und abbilden zu können, wurde diese gegenwärtige Beurteilung sowohl durch eine retrospektive Einschätzung (2) als auch eine prospektive Bewertung (3) ergänzt. Diese beiden Fragen lauteten: (2) „Und im Vergleich zu heute – wie war die wirtschaftliche Lage Ihres Haushalts vor einem Jahr?“ bzw. (3) „Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage Ihres Haushalts in einem Jahr sein?“. Im Folgenden werden zunächst die Ergebnisse der Einschätzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation der Haushalte referiert. Bei Frage (1) stand den Befragten eine numerische Skala von 1 bis 6 zur Verfügung, wobei der Wert 1 mit „sehr schlecht“, der Wert 5 mit „sehr gut“ und der Wert 6 mit „das kann ich nicht beurteilen“ definiert wa-

ren. Lässt man die 33 Haushalte unberücksichtigt, die hierzu keine Angabe machten bzw. ihre Lage nicht beurteilen konnten, dann signalisiert der Mittelwert von 3,4 (2000: 3,6) für alle Haushalte eine durchschnittliche Zufriedenheit. 55% der Haushalte bezeichnen ihre gegenwärtige wirtschaftliche Situation als „gut“ oder „sehr gut“, während 14% unzufrieden sind und ihre Lage als „schlecht“ oder sogar „sehr schlecht“ bezeichnen. Fast jeder dritte Münchner Haushalt bewertet seine wirtschaftliche Situation durchschnittlich („teils / teils“). Während im Vergleich mit der Befragung 2000 der Anteil derjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation durchschnittlich bewerteten, unverändert blieb, nahm der Anteil der Unzufriedenen um fünf Prozentpunkte zu.

Der Zusammenhang der subjektiven ökonomischen Zufriedenheit mit dem objektiven Merkmal des zur Verfügung stehenden Pro-Kopf-Einkommens zeigt sich in *Abbildung 2.16*: Je besser die eigene Situation beurteilt wird, desto höher ist auch das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Haushalte.

**Abbildung 2.16: Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen in Euro und Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Situation**



Die wirtschaftliche Lage von Haushalten kann sich aufgrund bestimmter struktureller Aspekte (Arbeitslosigkeit usw.) innerhalb kurzer Zeitabstände auch entscheidend verändern. Um entsprechende Veränderungsprozesse nachzeichnen und abbilden zu können, wurde auch eine retrospektive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte abgefragt. Diese Frage lautete: (2) „Und im Vergleich zu heute – wie war die wirtschaftliche Lage Ihres Haushalts vor einem Jahr?“. Es stand wiederum eine numerische Skala von 1 bis 6 zur Verfügung, wobei der Wert 1 mit „wesentlich schlechter“, der Wert 5 mit „wesentlich besser“ und der Wert 6 erneut mit „das kann ich nicht beurteilen“ definiert waren. Lässt man die 39 Haushalte unberücksichtigt, die keine Angabe zu ihrer wirtschaftlichen Lage vor einem Jahr machten

bzw. sie nicht beurteilen konnten, dann signalisiert der Mittelwert von 3,2 für alle Haushalte, dass sich die wirtschaftliche Situation der Haushalte kaum verändert hat. Dementsprechend beurteilen 64% der Haushalte ihre vergangene wirtschaftliche Situation im Vergleich mit ihrer heutigen als unverändert. Insgesamt 12% sagen, ihre Lage sei vor einem Jahr schlechter gewesen (wesentlich schlechter: 2%; etwas schlechter: 10%), aber immerhin fast jeder vierte Haushalt findet, sie sei besser gewesen (wesentlich besser: 3%; etwas besser: 21%). **Insgesamt hat sich die wirtschaftliche Situation der Münchner Haushalte damit aus ihrer Sicht zwar verschlechtert<sup>14</sup>, kann aber weiterhin als relativ stabil bezeichnet werden.** Im Vergleich mit der 2000er Befragung fällt vor allem auf, dass der Anteil derjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation vor einem Jahr (also vergangenheitsbezogen) besser beurteilten, um 10 Prozentpunkte deutlich zugenommen hat.

Betrachtet man nun die subjektive Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage vor einem Jahr im Zusammenhang mit dem objektiven Merkmal des gegenwärtigen Pro-Kopf-Einkommens, so zeigt sich, dass vor allem Haushalte mit einem Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 1.750 Euro angaben, im Vergleich zur derzeitigen Situation vor einem Jahr besser gestellt gewesen zu sein. Die retrospektive Beurteilung der ökonomischen Situation des Haushalts steht zudem in negativem Zusammenhang mit der Einschätzung ihrer derzeitigen wirtschaftlichen Lage: Haushalte, die ihre jetzige Situation als gut oder sehr gut bezeichnen, sagen ihre Situation sei vor einem Jahr wesentlich oder etwas schlechter gewesen und umgekehrt.

Neben der retrospektiven Einschätzung sollte auch die **ökonomische Zukunftsperspektive** der Haushalte erfasst werden. Die Frage zur Beurteilung der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Haushaltes lautete: (3) „Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage Ihres Haushalts in einem Jahr sein?“. Bei Frage (3) stand den Befragten die gleiche numerische Skala wie bei Frage (2) zur Verfügung. Lässt man auch hier die 194 Haushalte unberücksichtigt, die dazu keine Angabe machen konnten oder wollten, dann signalisiert der Mittelwert von 2,9, dass die Haushalte eine Veränderung ihrer ökonomischen Situation in einem geringen Ausmaß erwarten. So glauben 57% der Haushalte, dass ihre wirtschaftliche Lage in einem Jahr ähnlich wie heute sein wird. Insgesamt sagen zwar 18%, ihre Situation sei in einem Jahr wahrscheinlich besser (wesentlich besser: 2%; etwas besser: 16%), aber ein größerer Teil von 25% ist doch pessimistisch und glaubt, die wirtschaftliche Lage des Haushalts werde zukünftig schlechter sein (wesentlich schlechter: 3%; etwas schlechter: 22%). Auch die zukünftige ökonomische Situation der Haushalte zeichnet sich nach deren Einschätzung zwar als relativ stabil ab, es ist jedoch zu erwäh-

---

<sup>14</sup> Dies zeigt sich vor allem daran, dass im Vergleich mit der 2000er Befragung der Anteil derjenigen, die ihre wirtschaftliche Situation vor einem Jahre (also vergangenheitsbezogen) besser beurteilten, ihre derzeitige Situation also im Vergleich schlechter sehen, um 10 Prozentpunkte deutlich zugenommen hat.

nen, dass ein nicht geringer Teil pessimistisch in die Zukunft blickt und eine Verschlechterung der eigenen ökonomischen Situation erwartet.



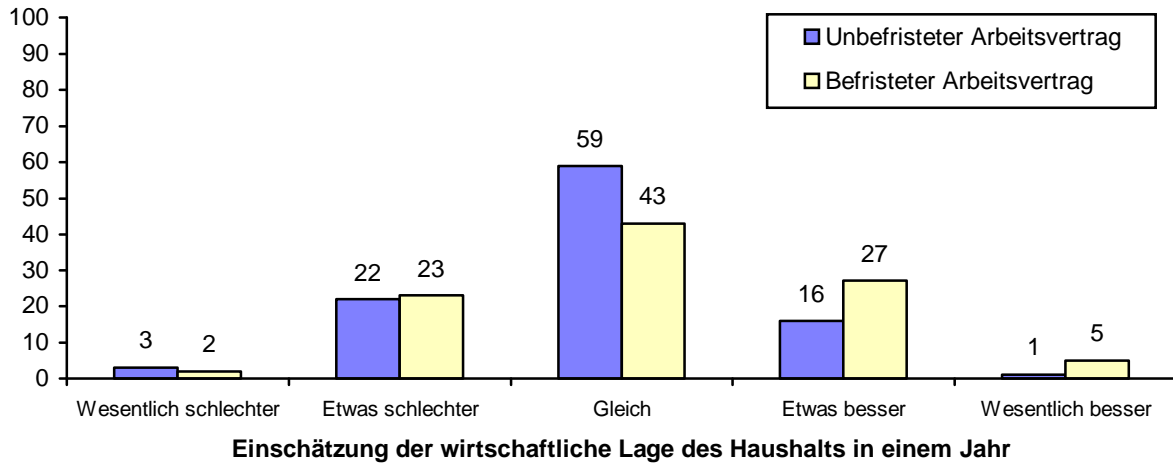
Die optimistischen Haushalte sind – wie schon im Jahr 2000 - vorwiegend solche, die derzeit lediglich über ein Pro-Kopf-Einkommen von bis zu 1.000 Euro verfügen (wesentlich besser: 4%; etwas besser: 21%). Bei allen anderen Haushalten mit höheren Einkommen ist dieser Optimismus nicht so weit ausgeprägt. Im Gegensatz zur Befragung 2000, in der die prospektive Beurteilung nicht mit der Bewertung der derzeitigen wirtschaftlichen Situation des Haushalts in Beziehung stand, zeigt sich hier ebenfalls ein negativer Zusammenhang mit der Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage: Haushalte, die ihre jetzige Situation als gut oder sehr gut bezeichnen, sehen ihre Situation in einem Jahr wesentlich oder etwas schlechter und umgekehrt. Hier zeigt sich die unsichere Perspektive vieler Haushalte, die auf Grund der arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Entwicklungen prekärer geworden zu sein scheint, als sie sich für viele Haushalte noch im Jahr 2000 darstellte.

Die Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen zukünftigen wirtschaftlichen Lage hängt von vielen Faktoren ab, wobei die Existenzsicherung in modernen Industriegesellschaften in großem Maße von der Möglichkeit bestimmt wird, Erwerbseinkommen zu erwirtschaften, also einen Arbeitsplatz zu haben. Die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2000 zeigten diese Abhängigkeit der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage von der subjektiven Wahrnehmung der Arbeitsplatzsicherheit eindeutig auf: Je sicherer die Befragten ihre Arbeitsplätze einschätzen, desto besser beurteilten sie die zukünftige ökonomische Situation des Haushalts. Die Befragung des Jahres 2005 bestätigt dieses Ergebnis und damit diesen Zusammenhang nicht. (*Abbildung 2.17*). Von den Befragten, die meinen, ihr Arbeitsplatz sei sicher<sup>15</sup>, schätzen „nur“ 17% die zukünftige wirtschaftliche Situation des Haushalts als besser ein, während es bei denjenigen, die „eher unsichere“ (weil befristete) Arbeitsplätze haben, immerhin 32% und damit fast doppelt so viele sind. Hier zeigt sich die Hoffnung in eine positivere gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die gerade bei den weniger abgesicherten ArbeitsplatzinhaberInnen die Zuversicht weckt, dass sich ihre gegenwärtig eher unsichere Situation auf Grund dieser erwarteten Entwicklung verbessern wird.

---

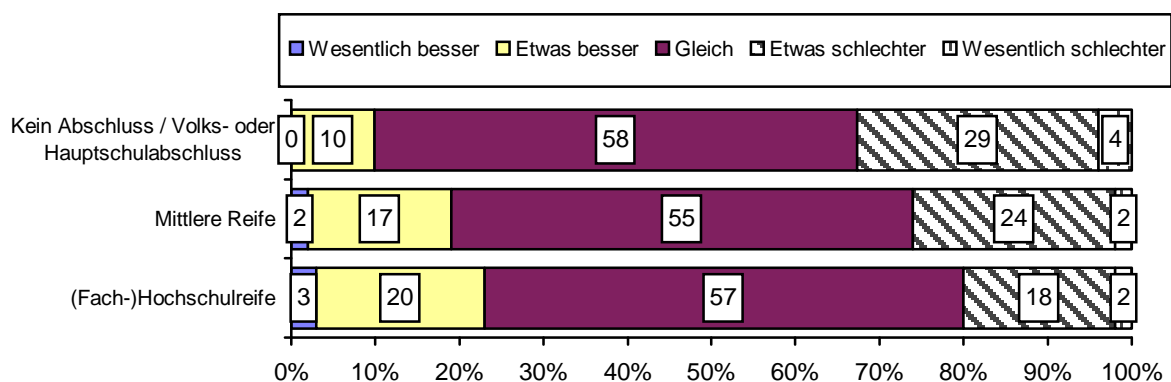
<sup>15</sup> Nachdem bei der diesjährigen Befragung nicht direkt nach einer Einschätzung der Arbeitsplatzsicherheit gefragt wurde, wurde hier die Tatsache, ob die Befragten über einen „befristeten“ oder „unbefristeten“ Arbeitsvertrag verfügen als Annäherung für die Sicherheit des Arbeitsplatzes zur Analyse herangezogen.

**Abbildung 2.17: Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage des Haushalts und Befristung des Arbeitsplatzes (Angaben in Prozent)**



Für die Lebenslage von Individuen nimmt die **Bildung**, die innerhalb von Familien sowie in schulischen und beruflichen Institutionen vermittelt wird, eine zentrale Stellung ein. Sie bestimmt nicht nur Wertmuster, gesellschaftliche Orientierungen und Alltagskompetenzen, sondern prägt entscheidend soziale Chancen im Lebenslauf des Einzelnen. Damit steht Bildung auch im Zusammenhang mit Armut. Da höher Gebildete in der Regel über größere soziale und ökonomische Chancen verfügen, dürfte sich die Bildung der Befragten auch auf die Einschätzung der zukünftigen materiellen Situation auswirken. Die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung bestätigen diesen Zusammenhang, der sich bereits bei der 2000er Befragung gezeigt hat, wobei darauf hinzuweisen ist, dass im Vergleich zum Jahr 2000 innerhalb aller Gruppen der Pessimismus zugenommen hat (*Abbildung 2.18*): **Je höher gebildet die befragten Personen sind, desto besser schätzen sie die zukünftige wirtschaftliche Lage des eigenen Haushalts ein.**

**Abbildung 2.18: Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage des Haushalts und Bildung (N = 1.484)**



Abschließend sollte festgehalten werden, dass die Befragten im Jahr 2005 pessimistischer in die Zukunft sehen als noch im Jahr 2000 (*Tabelle 2.4*), dass diese pessimistischere Einstellung alle Bevölkerungsgruppen betrifft, jedoch zwischen den Gruppen schwankt und von den bekannten die derzeitigen Lebensumstände definierenden Merkmalen der Befragten abhängig ist.

**Tabelle 2.4: Einschätzung der wirtschaftlichen Lage durch die Haushalte  
BürgerInnenbefragung 2000 und 2005 im Vergleich  
(Angaben in Prozent; Veränderungen in Prozentpunkten)**

	<b>Wie beurteilen Sie aktuell die wirtschaftliche Lage Ihres HH?</b>		
	2005	2000	Veränderung in Prozentpunkten
(Sehr) schlecht	14	9	+ 5
(Sehr) gut	55	60	- 5

	<b>Im Vergleich zu heute: Wie war die wirtschaftliche Lage Ihres HH vor einem Jahr?<sup>16</sup></b>		
	2005	2000	Veränderung in Prozentpunkten
(Etwas, wesentlich) schlechter	11	15	- 4
(Etwas, wesentlich) besser	25	14	+ 11

	<b>Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage Ihres HH in einem Jahr sein?</b>		
	2005	2000	Veränderung in Prozentpunkten
(Etwas, wesentlich) schlechter	25	16	+ 9
(Etwas, wesentlich) besser	18	23	- 5

<sup>16</sup> Hier ist zu beachten, dass die Bewertungen „schlechter“ positiv sind und die Einschätzungen „besser“ negativ, also anders gepolt als bei den anderen beiden Fragen

## **2.2. Schulische Bildung, Ausbildung und berufliche Situation**

Die berufliche Situation spielt für die wirtschaftliche und soziale Lage der Haushalte eine große Rolle. Verdeutlicht wird dies dadurch, dass in der sozialwissenschaftlichen Forschung der letzten Jahre diese Lebensbereiche auch in Zusammenhang mit der Definition und Erklärung von Armut eine zunehmend wichtige Rolle spielen. So haben sich neben der vorwiegend einkommensorientierten Armutsdefinition multidimensionale Ansätze herauskristallisiert, welche die (Unter-) Versorgung in zentralen Lebensbereichen (Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen usw.) in den Mittelpunkt stellen (sog. Lebenslagenkonzept).<sup>17</sup> Insbesondere auch vor diesem Hintergrund sollen die Ausbildungs- sowie die berufliche Situation der befragten Haushalte dargestellt werden.

### **2.2.1 Schulische Bildung**

Dem Thema „Bildung“ kommt in der modernen Informations- und Wissensgesellschaft eine besondere Bedeutung zu, insofern bestimmte Qualifikationen und die Fähigkeit zu einer permanenten Wissens- und Kompetenzerweiterung zur Grundvoraussetzung dafür werden, dass die technologischen Entwicklungen und neuen Möglichkeiten im Kommunikationsbereich überhaupt adäquat eingesetzt werden können. Vor allem der Arbeitsmarkt verlangt zunehmend nach höher Qualifizierten und speziell ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. In diesem Sinne hängen insbesondere die Standortqualität und das Entwicklungspotenzial einer Großstadt in hohem Maße vom Bildungsgrad der BürgerInnen ab.

Über die BürgerInnenbefragung 2005 wurde der derzeitige Bildungsstand ermittelt und die gegenwärtige berufliche Stellung erfasst. Zusätzlich war es von Interesse zu erfahren, wie die Befragten selbst die strukturellen Rahmenbedingungen des Lebensbereichs „Arbeit und Beruf“ in München einschätzen.

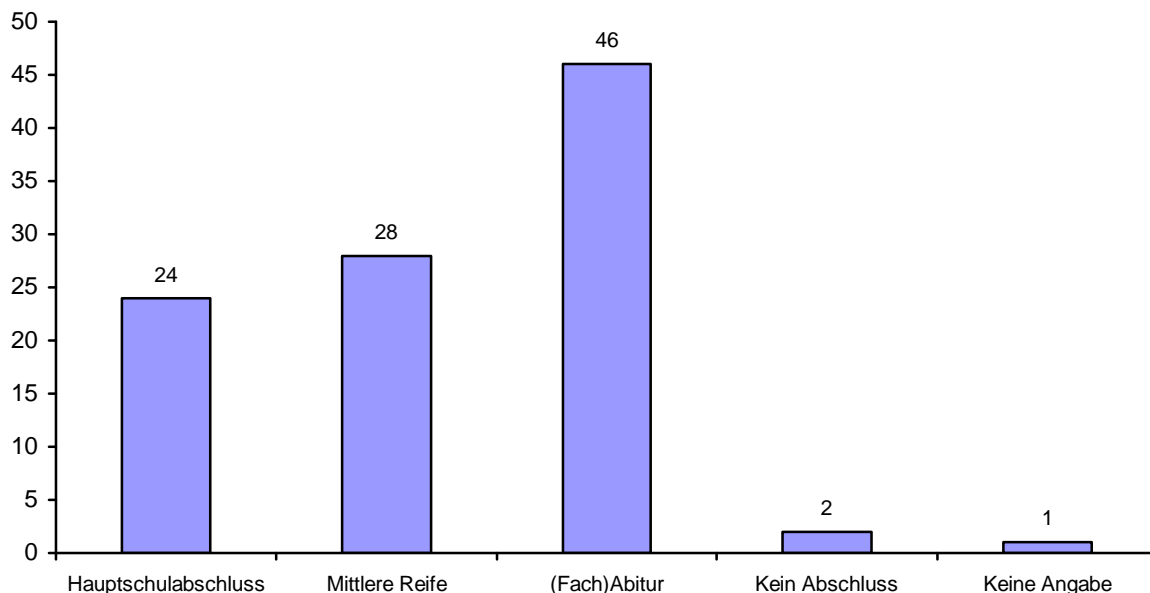
Es soll zunächst die Verteilung des allgemeinbildenden Schulabschlusses betrachtet werden: Ähnlich wie bereits bei der Befragung im Jahr 2000 (47%), verfügen fast die Hälfte der erfassten Personen über ein (Fach)-Abitur (46%).<sup>18</sup> Dies ist ein im Vergleich zu anderen Großstädten und zum Bundesdurchschnitt (ca. 20%) sehr hoher Anteil an Höhergebildeten.

---

<sup>17</sup> Zum Lebenslagenkonzept vgl. Fuchs, St. et al. (1995): Lebenslagen und Armut. Institut für Soziologie der LMU München. Unveröff. Manuskript bzw. Glatzer, W. und W. Hübing (1990): Lebenslagen und Armut, in: Döring, D. u.a. (Hg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt/Main: Suhrkamp, S. 31-55.

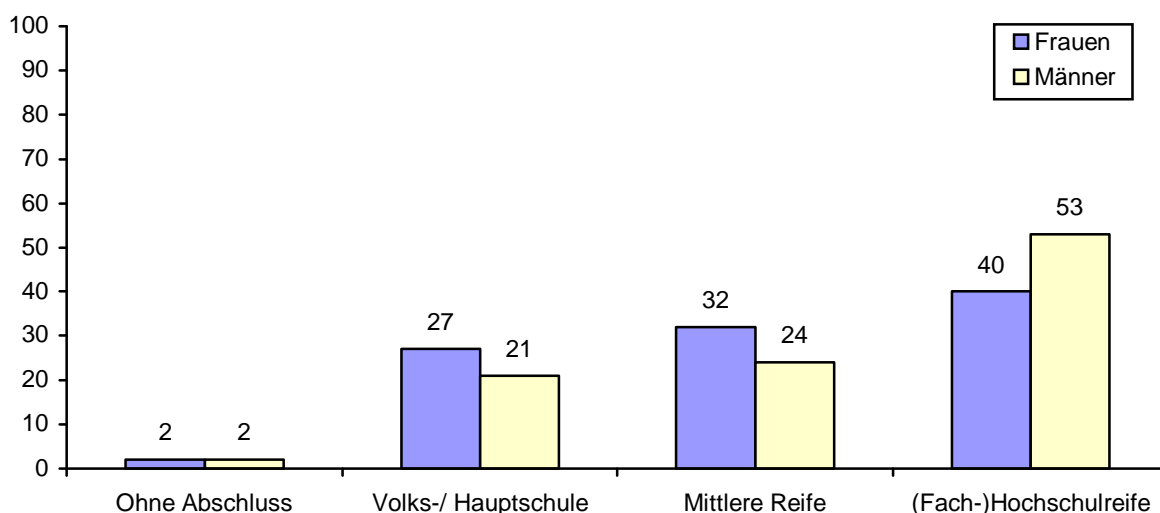
<sup>18</sup> Hierunter sind neben dem gymnasialen Abschluss alle formalen Abschlüsse subsumiert, die zu einer Studienberechtigung an einer (Fach)Hochschule führen.

**Abbildung 2.19: Allgemeinbildender Schulabschluss (Angaben in Prozent)**



Das Bildungsniveau unterscheidet sich zwischen Frauen und Männern signifikant: Die befragten Männer verfügen über eine höhere **Schulbildung** als die weiblichen Befragten (*Abbildung 2.20*).

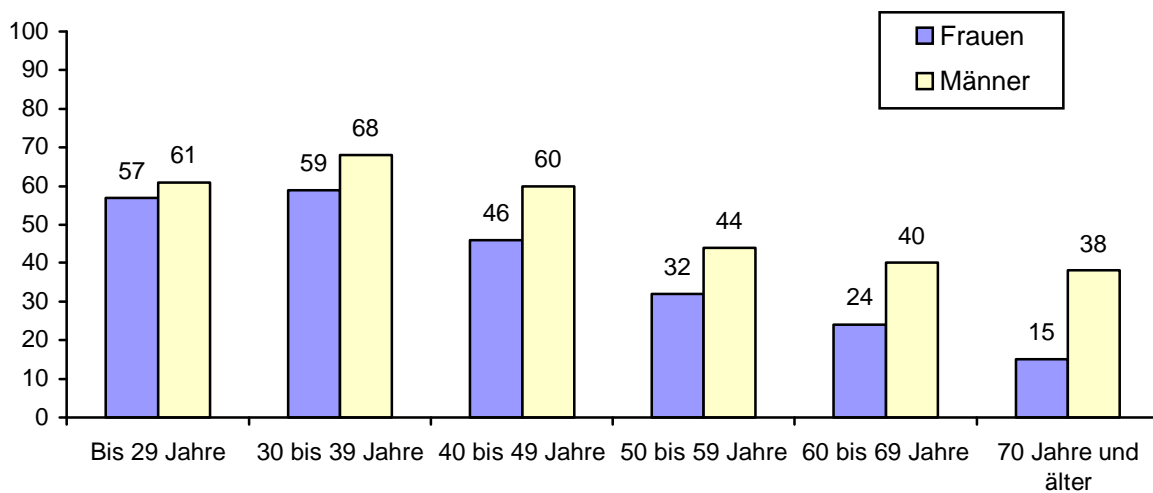
**Abbildung 2.20: Bildungsabschlüsse und Geschlecht (Angaben in Prozent)**



Es sollte hier jedoch darauf hingewiesen werden, dass sich ältere und jüngere Frauen hinsichtlich ihrer schulischen Bildung deutlich unterscheiden. Erst mit der Bildungsexpansion haben sich seit den siebziger Jahren die Bildungs- und Ausbildungschancen von Frauen deutlich verbessert. Dies zeigten bereits die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2000, die in der Befragung des Jahres 2005 nochmals bestätigt wurden. Betrachtet man nur die höheren Bildungsabschlüsse (Fachhochschul- oder Hochschulreife), wird deutlich, dass Frauen bis 49 Jahre in einem größere-

ren und damit insgesamt überdurchschnittlichem Maße über solche Abschlüsse verfügen als die älteren Frauen. Des Weiteren zeigt sich, dass in den Altersgruppen bis 39 Jahre zwischen Frauen und Männern nur geringe Unterschiede in der schulischen Bildung bestehen (*Abbildung 2.21*).

**Abbildung 2.21: Befragte mit (Fach-)Hochschulreife und Alter sowie Geschlecht (Angaben in Prozent)**



Eindeutige Abhängigkeiten zeigt der Vergleich zwischen Ausbildungsstatus und Einkommen der Befragten (*Tabelle 2.5*): So verdienen die Befragten durchschnittlich umso mehr, je höher ihr Ausbildungsabschluss ist. Das höchste Haushaltsnettoeinkommen mit durchschnittlich 3.255 EUR haben dementsprechend Befragte, die über ein (Fach-)Abitur verfügen. Befragte ohne Abschluss besitzen demgegenüber nur ein durchschnittliches Haushaltseinkommen von 1.480 EUR.

**Tabelle 2.5: Ausbildungsstatus und Einkommen (Mittelwerte in Euro; N = 2.266)**

	Durchschnittliches HHNE	Durchschnittliches PRO-KOPF-EINKOMMEN	Basis (N)
Kein Abschluss	1.480	810	14
Volks-/Hauptschulabschluss	2.080	1.255	514
Mittlere Reife	2.580	1.540	651
(Fach-)Abitur	3.255	1.885	1.075
Insgesamt	2.780	1.630	2.266

Neben schulischer und beruflicher Bildung spielt in modernen Industriegesellschaften die laufende **Aus-, Fort- und Weiterbildung** eine große Rolle. Zum einen ist sie wichtig für die Befragten selbst, um auf den zunehmend internationalisierten Arbeitsmärkten zu bestehen und zum anderen sind aus der Sicht der Stadt München qualifizierte Arbeitskräfte ein Vorteil im Standortwettbewerb. Die Befragten konnten dazu Angaben machen, wie zufrieden sie mit der Versorgung mit Schulen sind und in welchem Ausmaß sie Investitionen für den lokalen Bildungsbereich (Schulen und Volkshochschulen) als notwendig erachten.

Von den 2.058 Befragten, die dazu Angaben machen konnten oder wollten, waren 85% mit dem schulischen Versorgungsgrad in München zufrieden bzw. sehr zufrieden.<sup>19</sup> Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass München von einem Großteil der Befragten als Schulstadt betrachtet wird: 60% der befragten Personen schreiben München diese Eigenschaft zu (*Abbildung 3.10, Seite 84*).

Trotz dieses hohen Zufriedenheitsniveaus mit der Versorgung (*siehe Kapitel 3.4*), gaben die meisten Befragten (76%) an, dass im Bereich „Schule“ die Ausgaben der Stadt erhöht werden sollten, um die Leistungen hier zu verbessern. Dieser hohe, im Vergleich zu 2000 nochmals um 10 Prozentpunkte gestiegene Wert, deutet erneut darauf hin, dass lebenslagenorientierte Aspekte durchaus eine Rolle spielen. Die öffentlich geführte Diskussion um die Ergebnisse der PISA-Studie sowie die Wichtigkeit von Gesichtspunkten wie Bildung als wichtige Ressource der heranwachsenden Generation sowie zur Sicherung von Einkommen und gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten ist also auch gesamtgesellschaftlich verankert. 24% der Befragten würden auch im Bereich "Volkshochschule und andere Bildungsstätten" die Ausgaben erhöhen, wobei hier jedoch mit 72% die meisten angaben, dass sie keine Änderungen der Ausgaben möchten. Gegenüber dem Bereich „Schule“ ist hier also die Bereitschaft zu weiteren Ausgaben deutlich geringer ausgeprägt.

## 2.2.2 Erwerbstätigkeit

Von allen 3.059 Befragten sind rund die Hälfte erwerbstätig und damit ähnlich viele wie bei der BürgerInnenbefragung 2000: 7% arbeiten unter 20 Stunden pro Woche (2000: 5%), 9% zwischen 20 und 35 Stunden (2000: 8%) und 36% sind ganztags mit über 35 Stunden pro Woche beschäftigt (2000: 37%). Im Vergleich zur letzten BürgerInnenbefragung im Jahr 2000 haben sich damit nur leichte Veränderungen im Umfang der Erwerbstätigkeit ergeben.

---

<sup>19</sup> Nur 6% äußerten sich unzufrieden bzw. sehr unzufrieden.

Die meisten Erwerbstätigen sind dabei als einfache bzw. mittlere Angestellte bzw. Beamte tätig, gefolgt von den Selbstständigen (*Abbildung 2.4, Seite 20*). Im Vergleich zur Befragung des Jahres 2000 hat sich an dieser generellen Verteilung nichts verändert. Zwischen den einzelnen Gruppen haben sich jedoch zum Teil deutliche Verschiebungen ergeben. Hervorzuheben ist insbesondere, dass im Jahr 2005 deutlich mehr einfache Angestellte und Beamte (28% gegenüber 17%) sowie an- und ungelernte ArbeiterInnen (9% gegenüber 4%) unter den Befragten waren als im Jahr 2000. Demgegenüber sind die Anteile der leitenden/wissenschaftlichen Angestellten bzw. Beamten des höheren Dienstes (9% gegenüber 20%) sowie der mittleren Angestellten und Beamten (28% gegenüber 33%) im Vergleich zur Befragung des Jahres 2000 teilweise deutlich niedriger.<sup>20</sup>

Um mehr über die Einschätzung der strukturellen Rahmenbedingungen der Stadt München zu erfahren, wurden die Befragten gebeten, ihre Zufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten anzugeben. Die allgemeine arbeitsmarktpolitische Lage hat hier sicher dazu beigetragen, dass die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in München von einem sehr viel höheren Anteil von Befragten nicht mehr so positiv bewertet werden wie noch im Jahr 2000. Insgesamt sind zwar immer noch knapp 60% damit zufrieden bzw. sehr zufrieden, aber der Anteil der Unzufriedenen hat von 2000 auf 2005 um 16 Prozentpunkte auf inzwischen 21% zugenommen und sich damit vervierfacht.

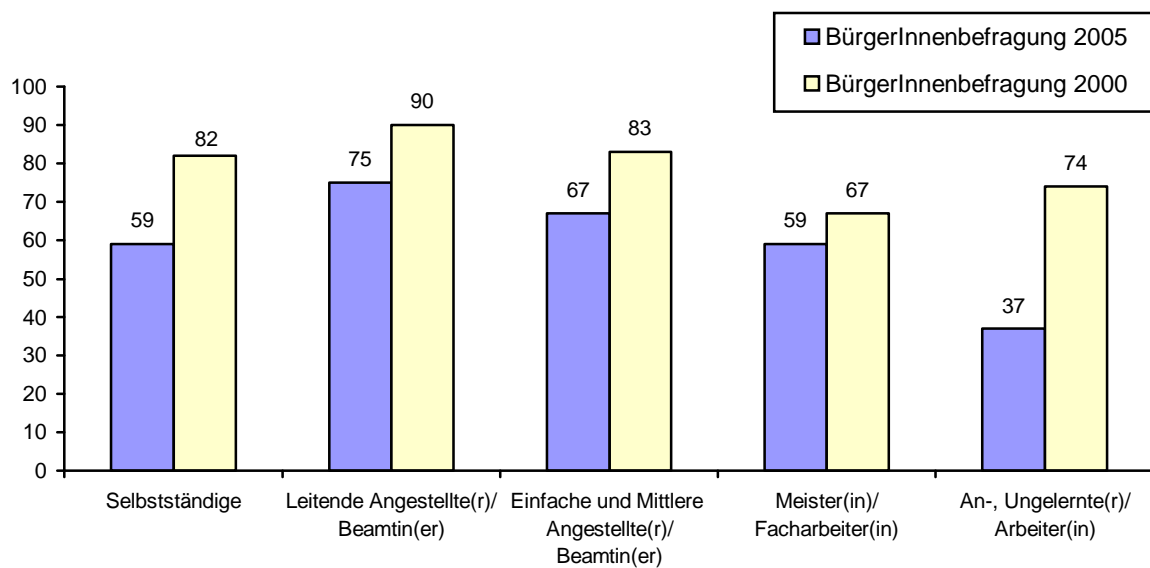
Die Zufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in Abhängigkeit von der beruflichen Stellung der Befragten zeigt (*Abbildung 2.22*), dass die leitenden Angestellten bzw. Beamten mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten am zufriedensten sind (90%). Am wenigsten zufrieden mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sind demgegenüber die Meister und Facharbeiter (67%) sowie die an- und ungelerten Arbeiter (74%).

---

<sup>20</sup> Hier mögen Stichprobeneffekte eine gewisse Rolle spielen; vgl. Anmerkung 1.



**Abbildung 2.22: Zufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in München und berufliche Stellung  
(Nur Kategorien „(Sehr) Zufrieden“; Angaben in Prozent)<sup>21</sup>**



<sup>21</sup> Aufgrund der geringen Fallzahlen wurden die beiden Kategorien "Mithelfende(r) Familienangehörige(r)" und "Auszubildende(r)" zwar in die Analyse miteinbezogen, aber nicht getrennt aufgeführt. Für die Berechnungen wurden die Kategorien "Sehr zufrieden" und "Zufrieden" zur Kategorie "Zufrieden" zusammengefasst. Die Kategorie "Weiß nicht" wurde aus der Analyse ausgeschlossen.

## 2.2.3 Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzsicherheit

In wirtschaftlich instabilen Phasen mit starken Konjunkturschwankungen kommt der Arbeitsplatzsicherheit eine wichtige Rolle zu. Die Qualität des Arbeitsplatzes hängt somit nicht nur von der Art der Tätigkeit und den Aufstiegs- und Verdienstmöglichkeiten ab. Nicht zuletzt ist es die Sicherheit des Arbeitsplatzes selbst, die den Beschäftigten dauerhafte soziale und ökonomische Sicherheit garantiert und ihr Leben planbar und gestaltbar macht.

### 2.2.3.1 Arbeitslosigkeit

Das Thema „Arbeitslosigkeit“ beherrscht seit Jahren die innenpolitische Diskussion und ist daher auch eine wichtige Komponente bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung. Betrachtet man den Umfang der Arbeitslosigkeit, wie er sich in der BürgerInnenbefragung 2005 darstellt, so zeigt sich, dass 13% der berufstätigen Befragten in den letzten fünf Jahren mindestens einmal arbeitslos waren (2000: 11%). Im Durchschnitt lag die Dauer der Arbeitslosigkeit bei elf Monaten (2000: acht Monate), wobei die meisten Arbeitslosen bis zu sechs Monate lang keine Arbeit hatten, also eher kurzzeitig arbeitslos waren. Demgegenüber war aber ein Viertel der befragten Erwerbstätigen zwölf Monate und länger arbeitslos, waren also sog. „Langzeitarbeitslose“. Dieser Anteil betrug bei der Befragung 2000 lediglich 13%, das heißt der Anteil der Langzeitarbeitslosen hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre annähernd verdoppelt.

Zwischen Arbeitslosigkeit<sup>22</sup> und beruflicher Stellung der Befragten zeigen sich signifikante Zusammenhänge. Am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind die an- und ungelernten sowie gelernten ArbeiterInnen und FacharbeiterInnen (19%) sowie die Selbstständigen ohne Beschäftigte (17%). Hier kommt hinzu, dass die Gruppe der an- und ungelernten sowie gelernten ArbeiterInnen und FacharbeiterInnen auch die längsten Arbeitslosendauern aufweist; im Durchschnitt waren diese Beschäftigten ca. 21 Monate arbeitslos. Mit 5% ist die Arbeitslosigkeit tendenziell bei den Selbstständigen mit 1 bis 9 Beschäftigten am geringsten, wobei diese Befragten im Schnitt rund 8 Monate arbeitslos waren, also auch deutlich weniger lange als die ArbeiterInnen.

Hinsichtlich des Bildungsniveaus zeigen sich hingegen keine Unterschiede in der Betroffenheit von Arbeitslosigkeit, obwohl die Analyse der qualifikationsspezifischen Arbeitslosigkeit seit Jahren den gleichen Befund liefert: Niedrige Qualifikation - hohes Arbeitsmarktrisiko, hohe Qualifikation – niedriges Risiko. In München waren im

---

<sup>22</sup> Unter "Arbeitslosigkeit" wird im Folgenden immer eine Arbeitslosigkeit innerhalb der letzten fünf Jahre verstanden.

Vergleich zwar etwas mehr Befragte, die keinen schulischen Abschluss oder einen Hauptschulabschluss haben, in den letzten fünf Jahren von Arbeitslosigkeit betroffen (15% im Vergleich zu Mittlere Reife: 12% und (Fach-)Hochschulreife: 13%), wobei dieser Unterschied jedoch statistisch nicht signifikant ist. Dieses Ergebnis spiegelt also die allgemeinen Befunde nur eingeschränkt wider.<sup>23</sup>

### 2.2.3.2 Arbeitsplatzsicherheit

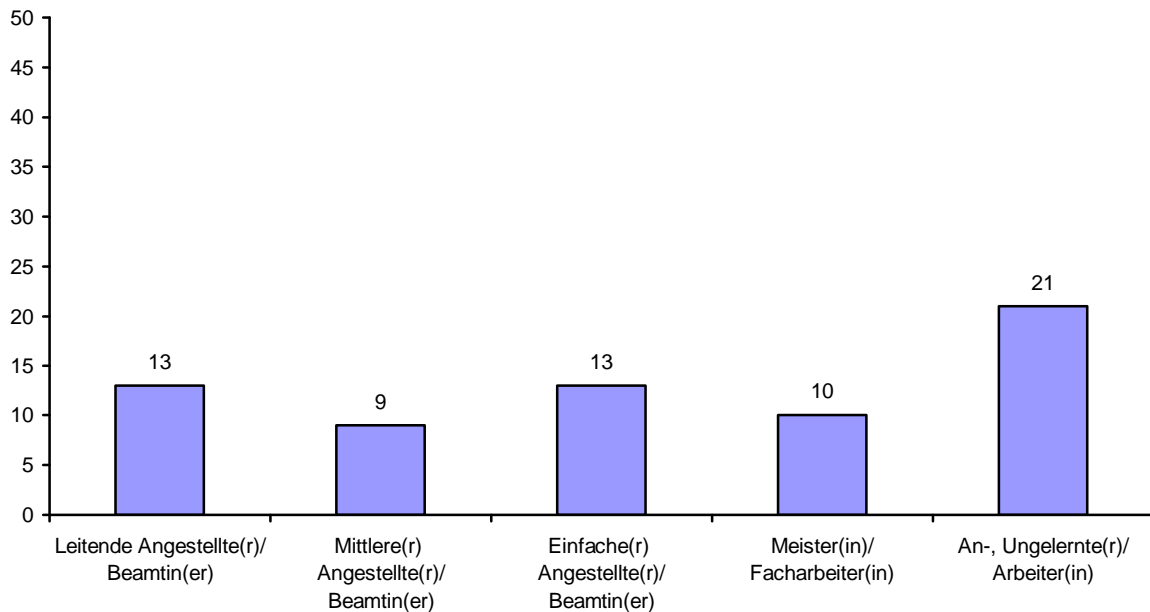
Ein wichtiger Indikator für die Sicherheit des Arbeitsplatzes ist der unbefristete Arbeitsvertrag, über den 86% der Berufstätigen verfügen (N = 1.231) und damit ein gleich hoher Anteil wie im Jahr 2000. Die Sicherheit der Arbeitsplätze der Münchner Beschäftigten ist also unverändert hoch. Im Gegensatz zur BürgerInnenbefragung 2000 zeigen sich hier auch schwach signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede: Männer verfügen in einem etwas größeren Ausmaß über einen unbefristeten Arbeitsvertrag als Frauen (89% gegenüber 84%).

Untersucht man den Zusammenhang zwischen der Befristung des Arbeitsverhältnisses, also der Arbeitsplatzsicherheit und der beruflichen Stellung der abhängig Beschäftigten, so zeigt sich (*Abbildung 2.23*), dass die Arbeitsplätze der an- und ungelernen ArbeiterInnen im Vergleich am wenigsten als sicher, da befristet, einzustufen sind.

---

<sup>23</sup> Zu den Ergebnissen qualifikationsspezifischer Arbeitslosigkeit vgl. etwa Reinberg, A. und M. Hummel (2005): Höhere Bildung schützt auch in der Krise vor Arbeitslosigkeit. Nürnberg: IAB (IAB-Kurzbericht Nr. 9 vom 13.6.2005). Der geringe Unterschied qualifikationsspezifischer Arbeitslosigkeit in der BürgerInnenbefragung hängt u. E. mit der Erfassung von Arbeitslosigkeit zusammen („Waren Sie in den letzten fünf Jahren arbeitslos?“). Innerhalb eines so großen Zeitraums kann – insbesondere in volkswirtschaftlich schwierigen Situationen - Arbeitslosigkeit jederzeit auftreten. Wichtig ist deshalb noch eine Betrachtung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit. Hier zeigen sich dann signifikante qualifikationsspezifische Unterschiede: Kein Abschluss / Hauptschulabschluss: 22 Monate; Mittlere Reife: 14,5 Monate und (Fach-)Hochschulreife: 11 Monate.

**Abbildung 2.23: Befristung des Arbeitsverhältnisses und berufliche Stellung (Nur abhängig Beschäftigte; nur befristete Arbeitsverträge; Angaben in Prozent; N = 1.229)<sup>24</sup>**



Insgesamt zeigen die Ergebnisse die Bedeutung der Arbeit und des Berufs für die gesellschaftliche Teilhabe auf und bestätigen damit die öffentlich diskutierte Bedeutung dieser Dimensionen für die Lebenslage von Haushalten. Letztendlich sind diese Dimensionen auch in Zusammenhang mit dem neuen, lebenslagenorientierten Begriff von Armut<sup>25</sup> zu sehen und sollten daher nicht vernachlässigt werden.

### 2.3. Wohnungsmerkmale und Mietkosten

Nachdem sich die Lage auf dem Wohnungsmarkt in München weiterhin als sehr angespannt darstellt, sollte die BürgerInnenbefragung 2005 unter anderem Aufschluss über wichtige Aspekte der Münchner Wohnstruktur geben. Im Vordergrund standen dabei folgende Fragen: Wie stark sind die Münchner Haushalte derzeit durch die Miet- und Wohnungskosten belastet? Welche Belegungsdichten weisen die Münchner Wohnungen auf? Wie werden nachbarschaftliche Kontakte bewertet? Des Wei-

<sup>24</sup> Aufgrund zu geringer Fallzahlen ( $N \leq 10$ ) werden die "Mithelfenden Familienangehörigen" und die "Auszubildenden" nicht dargestellt.

<sup>25</sup> Unter Lebenslage wird in der modernen sozialpolitischen Diskussion der Spielraum verstanden, den ein Mensch zur Befriedigung der Gesamtheit seiner materiellen und immateriellen Interessen besitzt. Damit setzt sich die Lebenslage aus einer Vielzahl von Merkmalen zusammen. Im Gegensatz zum Ressourcenansatz, der das (Nicht-)Vorhandensein von ökonomischen (insbesondere in Form verfügbaren Einkommens) für wesentlich hält, sieht der Lebenslagenansatz die tatsächliche Versorgungssituation in ausgewählten Lebensbereichen als entscheidend an. Armut bezeichnet dann die Unterversorgung in zentralen Bereichen der Lebenslage. Als zentral erachtete Lebenslagendimensionen werden häufig die Finanzsituation, Wohnen, (Erwerbs-)Arbeit, Gesundheit, Bildung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben angeführt. Vgl. hierzu auch Landeshauptstadt München – Sozialreferat (2002): Münchner Armutsbericht 2000. München, S. 16ff.

teren gibt die Befragung Auskunft über die subjektive Einschätzung der Münchner BürgerInnen zu ihrer momentanen Wohnsituation.

Um Entwicklungstendenzen der letzten Jahre auf dem Münchner Wohnungsmarkt zu beschreiben, wurden insbesondere die Ergebnisse der Münchner BürgerInnenbefragung 2000 sowie der Datenreport 2004 des Statistischen Bundesamts mit den entsprechenden Vergleichsdaten herangezogen.

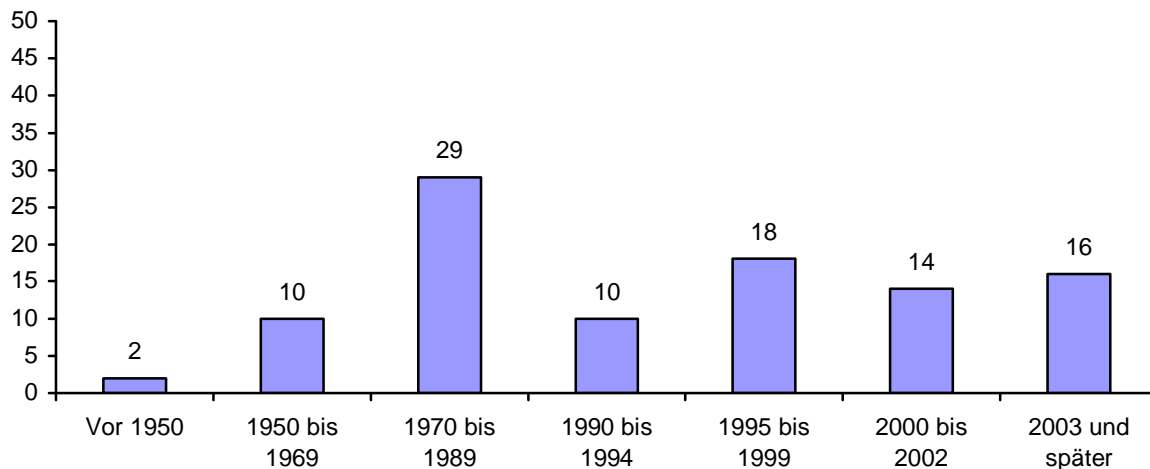
## **2.3.1 Wohnstruktur und Ansässigkeit**

### **2.3.1.1 Wohndauer**

Ein wichtiger Indikator für die Entwicklung der Wohnstruktur einer Stadt ist die Wohndauer, also die Zeit in Jahren, seit der die BürgerInnen in ihrer derzeitigen Wohnung leben. Eine durchschnittlich kurze Wohndauer steht für hohe Mobilität und Flexibilität in der Bevölkerung und deutet eher auf eine jüngere Bevölkerungsstruktur hin, da junge Leute tendenziell öfter umziehen (etwa aufgrund beruflicher Anlässe und/oder einer geringeren sozialen bzw. familiären Gebundenheit).

Für die Wohndauer der Münchner BürgerInnen gilt insgesamt, dass die meisten Haushalte in ihrer jeweiligen Wohnung eher kurz ansässig sind (*Abbildung 2.24*). Lediglich 2% aller befragten Haushalte haben ihre derzeitige Wohnung (schon) vor 1950 bezogen und 11% sind zwischen 1950 und 1969 eingezogen, leben also seit mehr als 35 Jahren in der gleichen Wohnung. Demgegenüber leben 48% aller befragten Haushalte erst seit 1995, also seit 10 Jahren, in ihrer derzeitigen Wohnung, wobei fast ein Drittel dieser rund 1.500 Haushalte erst vor relativ kurzer Zeit (Einzugsjahr 2003 und später) die Wohnung bezogen hat. Im Vergleich zur Befragung 2000 zeigen sich hier strukturell kaum Unterschiede. Lediglich die Anteile der kürzlich bezogenen Wohnungen (jeweils die letzten drei Jahre vor der jeweiligen Befragung) unterscheiden sich deutlich: Waren im Jahr 2000 noch ein Viertel aller Befragten erst maximal drei Jahre in ihrer derzeitigen Wohnung, so ist dieser Anteil im Jahr 2005 um neun Prozentpunkte auf 16% gesunken.

**Abbildung 2.24: Einzug in die derzeitige Wohnung (Angaben in Prozent)**



Die durchschnittliche Wohndauer der 3.045 Befragten, die zum Einzugsjahr Angaben machten, beträgt rund 16 Jahre, wobei zum einen die Streuung der Wohndauer relativ groß ist, zum anderen wesentlich mehr Haushalte mit (sehr) kurzen Wohndauern festzustellen sind als solche mit sehr langen Ansässigkeiten: 50% aller Haushalte leben weniger als 11 Jahre in ihrer jetzigen Wohnung und ein Sechstel der Befragten lebt erst bis zu 2 Jahren in der Wohnung, während 25% der Haushalte dagegen schon 25 Jahre und länger in der derzeitigen Wohnung ansässig sind.

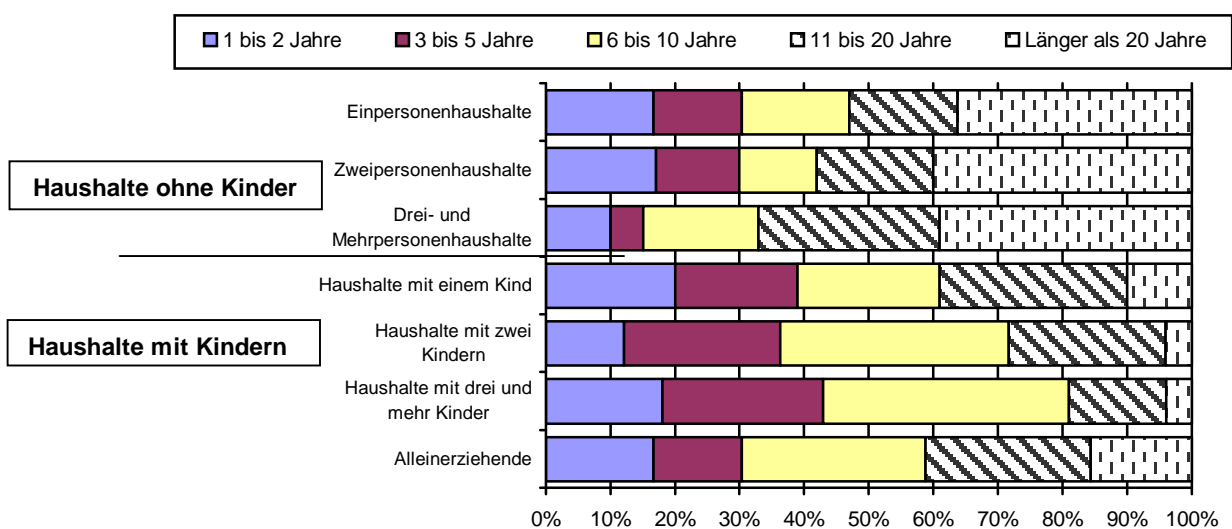
Diese Verteilung der Wohndauer (vor allem der relativ hohe Anteil derer, die erst seit zwei Jahren in ihrer Wohnung leben) lässt auf eine **hohe Mobilität der Münchner Bevölkerung** schließen. Es ist jedoch anzumerken, dass diese sehr hohe Mobilitätsrate aus dem Jahr 2000 zwischenzeitlich nicht mehr so hoch ausgeprägt ist, wie der rückläufige Anteil derjenigen, die erst seit zwei Jahren in der Wohnung lebenden Befragten zeigt. Es stellt sich nichtsdestotrotz die Frage: Unterscheidet sich die Wohndauer der Münchner Bevölkerung hinsichtlich wichtiger soziodemographischer Merkmale der Befragten, gibt es also Unterschiede in der Ansässigkeit und damit Hinweise auf unterschiedliche Mobilitäten einzelner Bevölkerungsgruppen?<sup>26</sup>

Interessant sind ganz allgemein die haushaltsspezifischen Unterschiede: Generell weisen hier die Erwachsenenhaushalte wesentlich höhere Anteile länger Ansässiger auf (37% bis 40% sind vor 1985 in ihre Wohnung gezogen) als die Haushalte mit Kindern (einschl. Alleinerziehender), von denen jeweils nur etwa 4% bis 16% genau so lange in der derzeitigen Wohnung leben. Dem entsprechend sind die Haushalte mit Kindern überdurchschnittlich unter denen mit kurzer Wohndauer vertreten (*Abbildung 2.25*). Generell zeichnen sich die Erwachsenenhaushalte also durch wesentlich höhere Anteile länger Ansässiger aus als die Haushalte mit Kindern, wobei im

<sup>26</sup> Weiteren Aufschluss kann hier die Wanderungsmotivuntersuchung der Landeshauptstadt München geben, die im Auftrag des Statistischen Amtes der Landeshauptstadt München im Jahr 2001 durchgeführt wurde.

Vergleich vor allem die Haushalte mit drei und mehr Kindern besonders kurze Wohndauern aufweisen. Hier ist darauf hinzuweisen, dass die Wohndauern von einem Alterseffekt überlagert werden. Betrachtet man nur die Einpersonenhaushalte, so zeigt sich, dass 50% der bis zu 29 Jahre alten Befragten erst seit 1 bis 2 Jahren in der derzeitigen Wohnung leben, während dieser Anteil über die Altersgruppen hinweg stetig abnimmt. Von den 70 Jahre und älteren weisen dagegen nur noch 2% die gleichen kurzen Wohndauern auf. Umgekehrt leben 75% dieser Altersgruppe seit mehr als zwanzig Jahren in ihrer derzeitigen Wohnung, während es in der Gruppe der bis zu 29-Jährigen nur 3% sind.

**Abbildung 2.25: Wohndauer in Jahren und Haushaltstyp (N = 3.430)**



Diese Ergebnisse korrespondieren mit einem weiteren Befund, den Umzugsabsichten der befragten Haushalte. Fast jeder dritte Haushalt mit Kindern verfügt laut eigener Einschätzung schon jetzt über zu wenig Wohnraum und benötigt in absehbarer Zeit eine größere Wohnung, während die Erwachsenenhaushalte zum Großteil ausreichend Wohnraum besitzen. Der Umzugsdruck scheint allerdings in den letzten Jahren abgenommen zu haben. Im Vergleich zum Jahr 2000 gingen die geäußerten Umzugswünsche von 24% im Jahr 2000 um zehn Prozentpunkte auf 14% im Jahr 2005 zurück. Im Gegensatz zur BürgerInnenbefragung 2000 wurde bei der Befragung 2005 nicht erfasst, wohin die Haushalte ziehen werden, wenn sie diesbezügliche Absichten äußern. Zu der **räumlichen Verteilung** der geplanten Umzüge sei deshalb auf die von der Landeshauptstadt München im Jahr 2001 durchgeführte Wanderungsmotivuntersuchung verwiesen.

In Anbetracht der anhaltenden Diskussion um den Münchner Wohnungsmarkt war es dagegen von Interesse, auch bei der BürgerInnenbefragung 2005 die möglichen Gründe geplanter Um- und Wegzüge zu erfassen. Die häufigsten Gründe für Umzugserwägungen (*Tabelle 2.6*) sind eine zu kleine Wohnung, private Gründe sowie zu hohe Mietkosten. Des Weiteren wurden oft berufliche Gründe und der Erwerb von

Wohneigentum genannt. Damit werden ähnliche Gründe genannt, die bereits 2000 die wichtigste Rolle spielten. Eine deutlich geringere Bedeutung haben dagegen die im Jahr 2000 ebenfalls noch recht häufig genannte Verkehrsbelastung (2005: 2%; 2000: 12%) sowie der schlechte Wohnungs- bzw. Gebäudezustand (2005: 2%; 2000: 11%). Für die verschiedenen Haushaltstypen stehen dabei unterschiedliche Umzugsmotive im Vordergrund (*Tabelle 2.6*):

- Befragte aus Erwachsenen-Haushalten führen im Vergleich häufiger an, wegen privater oder beruflicher Gründe umziehen zu wollen.
- Für die Befragten aus Haushalten mit Kindern stehen in Relation dagegen die zu kleine Wohnung und der Erwerb von Eigentum im Vordergrund. Die Miete der Wohnung („zu teuer“), die im Jahr 2000 ebenfalls eine gewisse Tragweite für die Entscheidung der Haushalte mit Kindern hatte, spielt heute bei beiden Haushaltstypen dagegen eine ähnliche Rolle.



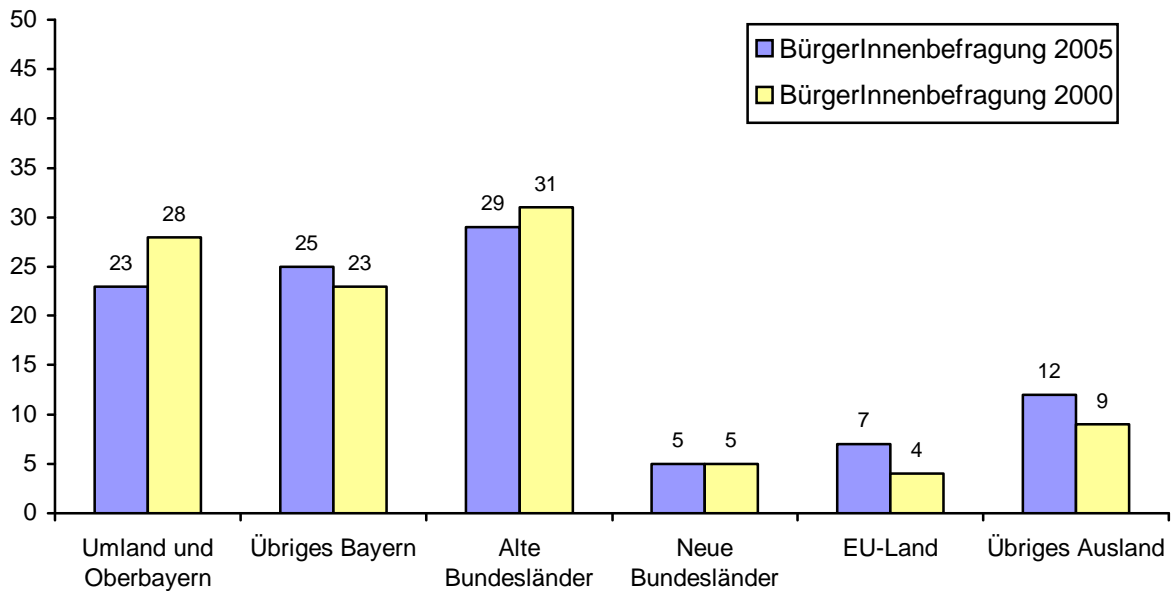
**Tabelle 2.6: Umzugsgründe und Haushaltstypen bzw. Nationalität  
(Mehrfachantworten möglich; Angaben in Prozent, N = 408)**

Umgzugsgründe	Haushaltstypen			Nationalität		Insgesamt
	Haushalte ohne Kinder	Allein-erziehende <sup>27</sup>	Haushalte mit Kindern	Deutsche	Nicht deutsche	
Wohnung ist zu klein	22	50	39	31	13	<b>28</b>
Private Gründe	27	10	19	24	26	<b>25</b>
Wohnung zu teuer	18	0	16	16	23	<b>17</b>
Schlechte Luft, zu laut, zu dicht bebaut	2	10	2	3	0	<b>3</b>
Berufliche Gründe	13	0	9	13	4	<b>11</b>
Erwerb von Eigentum	5	0	9	6	6	<b>6</b>
Zu viel Verkehr	2	0	1	2	0	<b>2</b>
Schlechter / niedriger Standard der Wohnung	2	0	2	2	3	<b>2</b>
Zusammensetzung der Nachbarschaft	1	20	1	2	1	<b>2</b>
Zu wenig Grün-/Freiflächen in der Umgebung	0	0	1	0	1	<b>1</b>
Kündigung	3	0	2	3	1	<b>3</b>
Zu wenig Spielplätze in der Umgebung	0	0	0	0	1	<b>0</b>
Unsichere Wohngegend	2	10	0	2	0	<b>2</b>
Wohnung für Ältere/Behinderte nicht geeignet	1	0	0	1	1	<b>1</b>
Fehlende Anbindung an ÖPNV	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Verkleinerung des Haushaltes	1	0	0	1	1	<b>1</b>
Vergrößerung des Haushaltes	4	10	11	4	16	<b>6</b>
Umzug in ein Heim	2	10	1	2	1	<b>2</b>
Fühle mich nicht sicher	0	0	0	0	0	<b>0</b>
Wohnung ist zu groß	6	0	2	4	9	<b>5</b>
Basis (N)	286	10	110	338	70	408

Mobilität ergibt sich aus den Zu- und Wegzügen. Betrachtet man die **Zuzüge** nach München, so ist zunächst festzuhalten, dass 22% (2000: 25%) der Befragten bereits seit ihrer Geburt in München leben. Von den nach München Zugezogenen kommen 23% aus dem direkten Umland von München sowie aus Oberbayern. Diese Zuzüge sind im Vergleich zu 2000 um fünf Prozentpunkte niedriger.

<sup>27</sup> Hier ist zu berücksichtigen, dass bei den Alleinerziehenden nur eine Fallzahl von 10 in die Auswertung einging.

**Abbildung 2.26: Zuzug nach München (Nur Zugezogene; Angaben in Prozent)**



Deutsche Haushalte leben im Schnitt seit 17 Jahren in ihrer derzeitigen Wohnung, nicht deutsche dagegen erst seit knapp 12 Jahren. Im Vergleich zur Münchner BürgerInnenbefragung 2000 ist hier zwar eine Zunahme in der absoluten Dauer festzustellen, die Relation zwischen deutschen und nicht deutschen Haushalten bleibt jedoch annähernd unverändert.

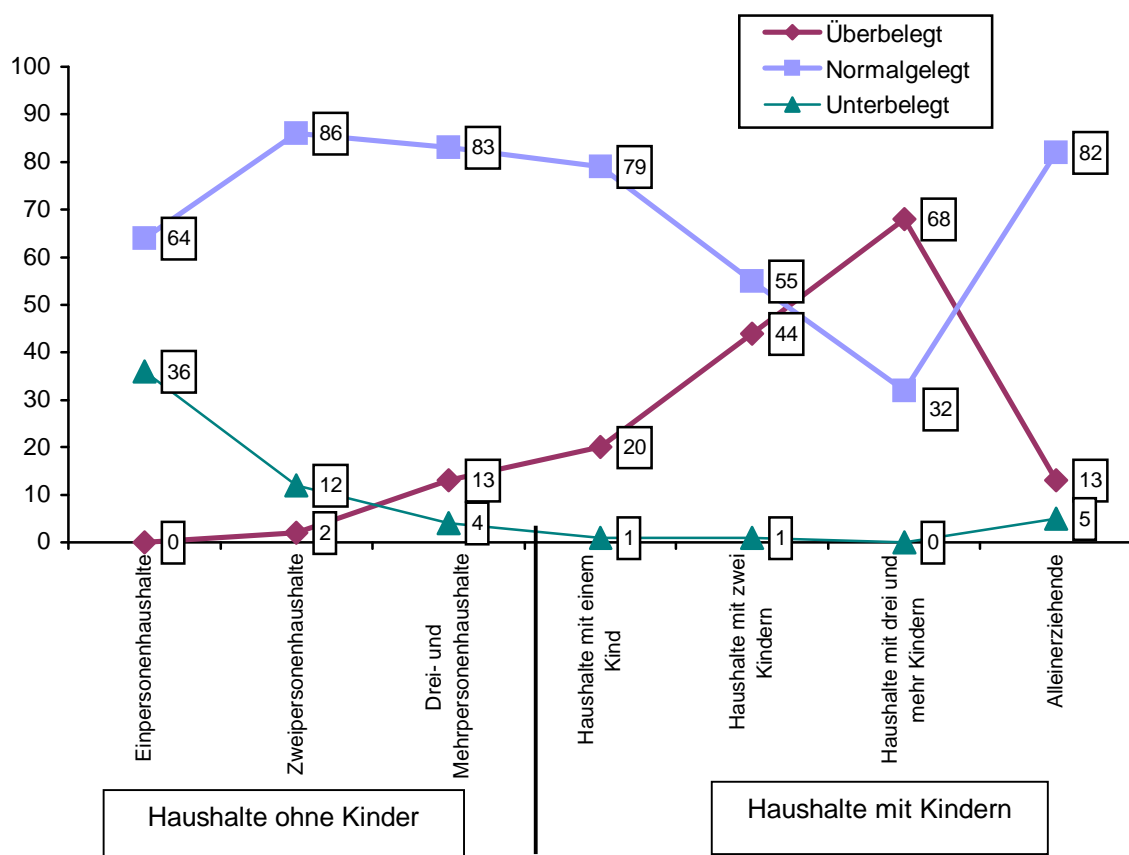
### 2.3.1.2 Wohnungsgröße und Wohnungsbelegung

Zur Ermittlung der Wohnungsgröße und -belegung wurden sowohl die Anzahl der **Wohnräume** (Räume über 6 qm, ohne Küche/Kochnische, Bad, Toilette und Flur) als auch die Fläche der Wohnung in Quadratmetern erhoben. Bei der Flächenangabe wurden Küche, Bad, Toilette, Flur sowie untervermietete oder gewerblich genutzte Räume mit berücksichtigt. Des Weiteren wurde die Haushaltsgröße in die Analyse mit einbezogen.

Ein Großteil der Wohnungen der Befragten besteht wie schon im Jahr 2000 aus zwei (25%) und drei (35%) Zimmern. 7% der Wohnungen sind Appartements bzw. Einzimmerwohnungen, 19% haben vier Wohnräume und 14% besitzen fünf und mehr Zimmer. Die Verteilung der Wohnräume im Jahr 2005 entspricht damit annähernd derjenigen vom Jahr 2000.

Als ein wichtiges Maß für den Wohnkomfort kann die Belegungsdichte herangezogen werden. Sie gibt an, wie viele Räume pro Haushaltsmitglied zur Verfügung stehen.<sup>28</sup> Aus den Daten der Bürgerinnen- und Bürgerbefragung 2005 geht hervor, dass 15% der Münchner Wohnungen unterbelegt, 10% überbelegt (pro Person steht weniger als ein Zimmer zur Verfügung) und mit 75% die meisten normal belegt sind. Die Belegungsdichten stellen sich insgesamt damit ähnlich dar wie bei der Befragung im Jahr 2000. Betrachtet man die Belegungsdichten getrennt nach Haushaltstypen, so bestätigen diese Ergebnisse den bekannten Trend am Münchner Wohnungsmarkt: Die Überbelegung der Wohnungen steigt mit zunehmender Haushaltsgröße rapide an. 44% der befragten Haushalte mit zwei Kindern und 68% der Haushalte mit drei und mehr Kindern leben in überbelegten Wohnungen (*Abbildung 2.27*). Das sind nochmals deutlich mehr als im Jahr 2000: Bei den Haushalten mit zwei Kindern ist eine Zunahme um 7 Prozentpunkte zu verzeichnen und bei den Haushalten mit drei und mehr Kindern nahm der entsprechende Anteil sogar um 16 Prozentpunkte zu.

**Abbildung 2.27: Belegungsdichte und Haushaltstyp (Angaben in Prozent)**



<sup>28</sup> Normale Belegung: Bei Einpersonenhaushalten ein bis zwei Wohnräume pro Person für alle anderen Haushalte Anzahl Personen = Anzahl Wohnräume, Überbelegung: Anzahl Personen > Anzahl Wohnräume, Unterbelegung: pro Person mehr als zwei Wohnräume. Die Kategorisierung der Belegungsdichte dieser Daten entspricht den Sozialindikatoren des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim und unterscheidet sich daher von den berechneten Belegungsdichten der Sozialstudie 1991.

Diese Ergebnisse werden im Allgemeinen bestätigt, wenn man die Versorgungslage anhand der Wohnflächen betrachtet (*Tabelle 2.7*).

**Tabelle 2.7: Versorgung mit Wohnraum: Wohnfläche pro Person und Haushaltstyp; BürgerInnenbefragung 2005 und 2000 im Vergleich (Angaben in Prozent)**

	Mittelwert Wohnfl./Kopf in qm		Wohnfläche pro Kopf in qm									
			Bis 20		21-30		31-40		41-50		Über 50	
	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005
Einpersonenhaushalte	59,4	61,0	1	2	7	6	15	14	18	18	59	60
Zweipersonenhaushalte	42,2	41,7	3	3	16	21	37	37	25	21	19	19
Drei- und Mehrpersonenhaushalte	33,3	31,1	12	16	39	40	29	32	11	6	9	6
Haushalte mit einem Kind	28,9	28,4	15	16	51	56	26	21	5	5	3	2
Haushalte mit zwei Kindern	26,4	25,1	30	37	45	43	17	13	5	5	3	2
Haushalte mit drei und mehr Kindern	22,2	21,7	50	55	38	37	9	6	3	1	0	1
Alleinerziehende	33,3	31,7	9	12	37	43	35	33	10	9	9	3
Alle Haushalte	44,3	42,6	8	10	21	25	25	25	17	15	29	26

Im Durchschnitt stehen den Haushalten knapp 43 qm **Wohnfläche pro Person** zur Verfügung (*Tabelle 2.8*). Ein Vergleich der Haushaltstypen zeigt das bereits bei der Belegungsdichte sichtbar werdende „doppelte Versorgungsgefälle“: Haushalte ohne Kinder verfügen über eine größere personenbezogene Wohnfläche als Haushalte mit Kindern und innerhalb dieser beiden Gruppen nimmt die Wohnfläche pro Person mit zunehmender Haushaltsgröße ab, wobei insbesondere Haushalte mit drei und mehr Kindern oft mit weniger als 20 qm pro Person auskommen müssen. Das Größengefälle ist dabei bei den Erwachsenenhaushalten<sup>29</sup> (Einpersonenhaushalte: rund 60 qm, Drei- und Mehrpersonenhaushalte: ca. 33 qm) allerdings ausgeprägter als bei den Haushalten mit Kindern.

Vergleicht man die durchschnittlich zur Verfügung stehende Wohnfläche der Haushalte mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 (*Tabelle 2.8*), kann man erkennen, dass die durchschnittliche Wohnfläche pro Person sowohl bei allen Haushalten insgesamt als auch bei den einzelnen Haushaltstypen in etwa gleich geblieben ist bzw. sich nur geringfügig verändert hat.

<sup>29</sup> Erwachsenenhaushalten sind alle Haushalte mit erwachsenen Personen, also Haushaltsmitgliedern, die 18 Jahre und älter sind, folglich z.B. auch Eltern mit Kindern ab 18 Jahren.

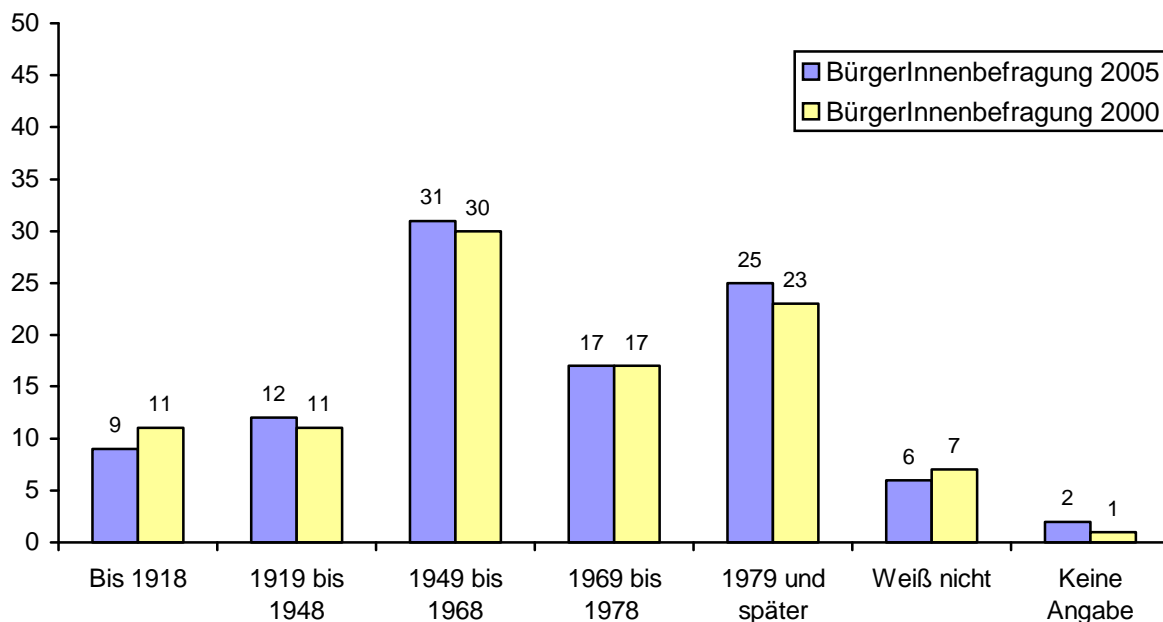
**Tabelle 2.8: Durchschnittliche Wohnfläche pro Person in qm und Haushaltstyp: Vergleich mit BürgerInnenbefragung 2000**

		BürgerInnenbefragung 2005	BürgerInnenbefragung 2000	+/- in qm	+/- in Prozent
<b>Haushalte ohne Kinder</b>	Einpersonenhaushalte	61,0	59,4	+ 1,6	+ 3%
	Zweipersonenhaushalte	41,7	42,2	- 0,5	- 1%
	Drei- und Mehrpersonenhaushalte	31,1	33,3	- 2,1	- 6%
<b>Haushalte mit Kindern</b>	Haushalte mit einem Kind	28,4	28,9	- 0,5	- 2%
	Haushalte mit zwei Kindern	25,1	26,4	- 1,3	- 5%
	Haushalte mit drei und mehr Kindern	21,7	22,2	- 0,5	- 2%
	Alleinerziehende	31,7	33,3	- 1,6	- 5%
	Alle Haushalte	42,6	44,3	- 1,7	- 4%

### 2.3.1.3 Wohnungsbestand

Um grundlegende Informationen zum Wohnungsbestand zu erhalten, wurde zunächst nach dem Baujahr des Gebäudes gefragt, wozu aber etwa 8% der Befragten keine Angaben machen konnten oder wollten. Die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2005 zeigen ein annähernd gleiches Bild der Bautätigkeit wie schon im Jahr 2000 und bilden damit nochmals sehr eindrucksvoll die Dynamik der Nachkriegszeit wie auch den olympiadebedingten Bauboom der 60er Jahre ab. Auch der danach einsetzende Rückgang der Bautätigkeit in München zeigt sich hier erneut: Seit 1979, also in den letzten 25 Jahren, sind nach Auskunft der Befragten nur 25% der Wohngebäude errichtet worden, wogegen fast jede(r) dritte Befragte angab, das Wohnhaus sei in den zwanzig Jahren zwischen 1949 und 1968 gebaut worden. Nimmt man die dreißig Jahre zwischen 1949 und 1978, so wird deutlich, dass in dieser Zeit fasst jedes zweite Münchner Wohnhaus errichtet wurde.

**Abbildung 2.28: Baujahr der Wohngebäude (Angaben in Prozent)**

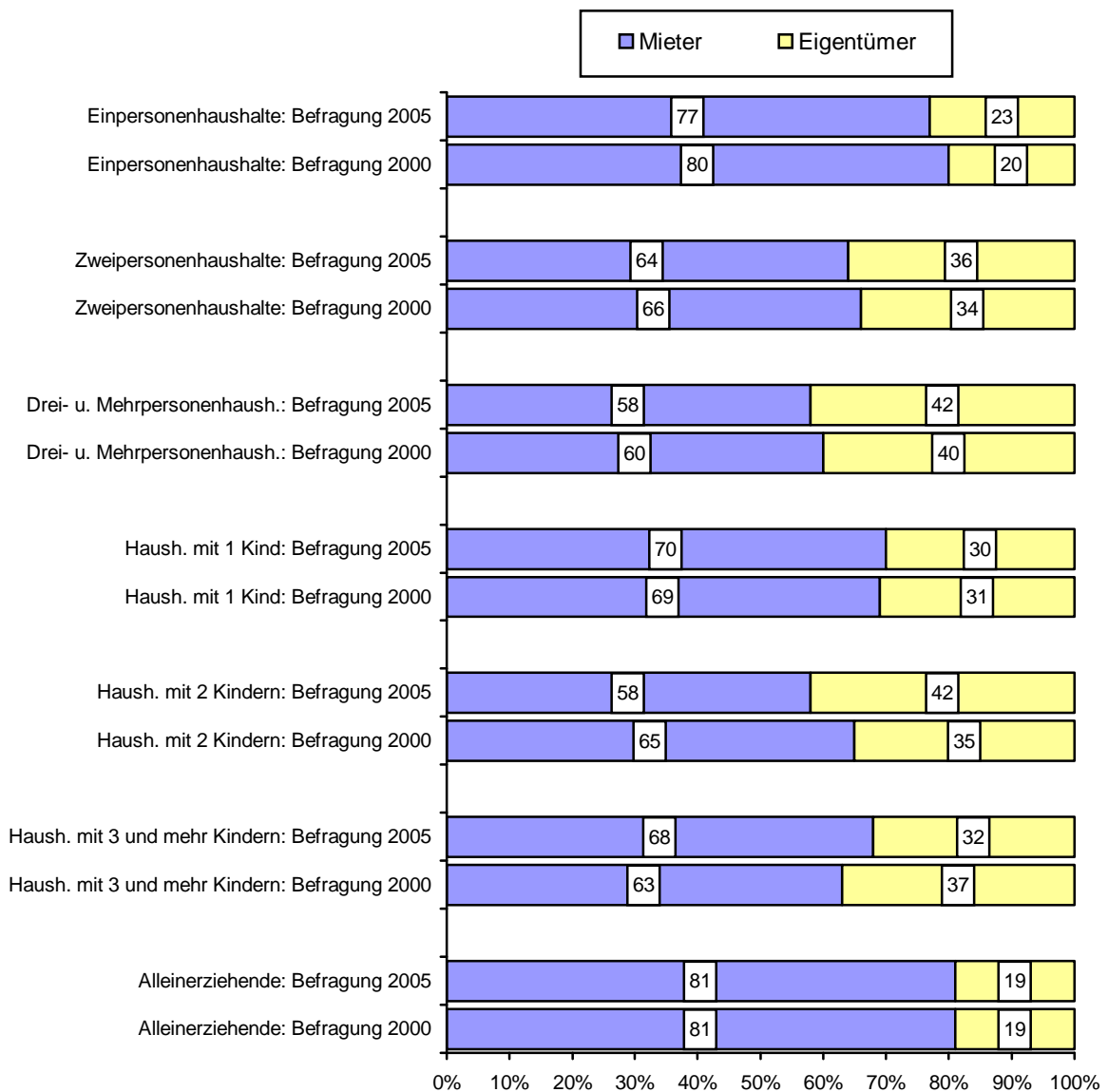


## 2.3.2. Eigentumsverhältnisse und Wohnkosten

### 2.3.2.1. Eigentum und Mietwohnungen

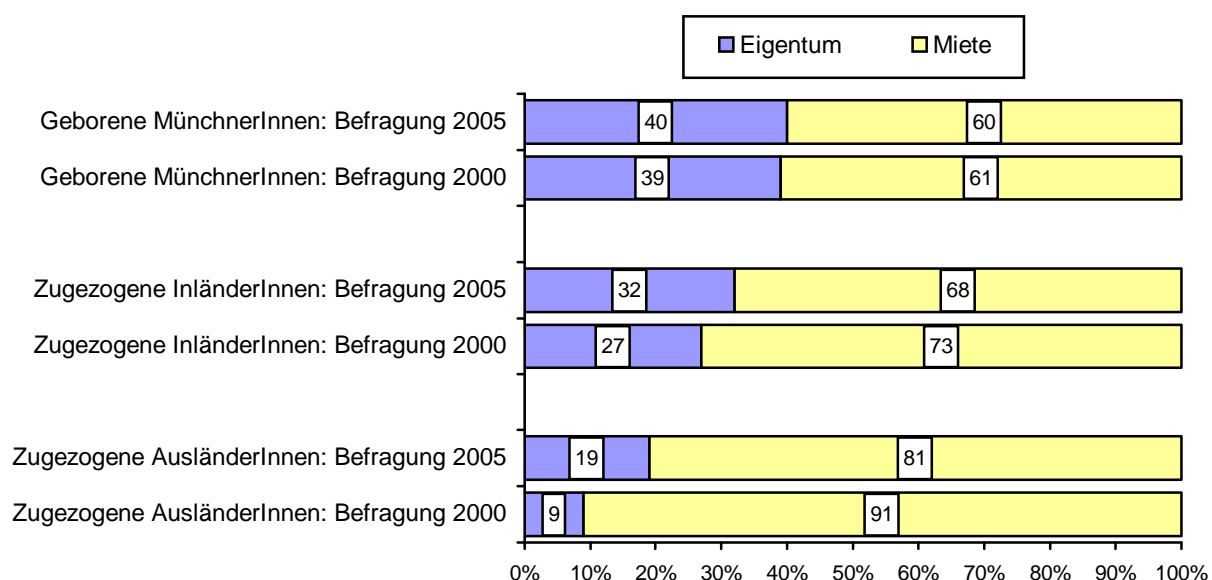
Von den befragten Haushalten wohnen 68% in einer Mietwohnung, das restliche Drittel (32%) wohnt in einer Eigentumswohnung oder im eigenen Haus. Die EigentümerInnenquote hat sich damit gegenüber 2000 leicht erhöht. Der Anteil der EigentümerInnen ist bei den Haushalten ohne Kinder (32%) und den Haushalten mit Kindern (35%) etwa gleich hoch. Schließlich wird die Schlechterstellung der Gruppe der Alleinerziehenden sichtbar; die EigentümerInnenquote beträgt hier nur 19%. Ein Vergleich mit den Daten der BürgerInnenbefragung 2000 ergibt, dass insbesondere der Anteil der EigentümerInnenquote bei den Haushalten mit zwei Kindern deutlich zugenommen hat (2005: 42%; 2000: 35%).

**Abbildung 2.29: EigentümerInnenstatus und Haushaltstyp (Vergleich mit BürgerInnenbefragung 2000)**



Weil der Erwerb von Wohneigentum in München häufig auf finanzstarke Haushalte beschränkt ist, liegt die Vermutung nahe, dass sich unter den Eigentümern ein größerer Anteil solcher Haushalte befindet, deren Wohnung oder Haus sich möglicherweise schon länger im Familienbesitz befindet. Es wurden daher diejenigen Befragten, die seit ihrer Geburt in München wohnen, mit denjenigen verglichen, die nach München zugezogen sind. **Es zeigt sich, dass die EigentümerInnenquote der geborenen MünchnerInnen wesentlich höher ist als die der Zugezogenen (Abbildung 2.30)**, was in Richtung der geäußerten Vermutung weist, wobei sich der Abstand zwischen den Einheimischen und Zugezogenen seit dem Jahr 2000 etwas verringert hat: Im Jahr 2000 waren 39% der Einheimischen EigentümerInnen und 25% aller Zugezogenen, während bei der diesjährigen Befragung der EigentümerInnenanteil der Einheimischen 40% betrug und derjenige aller Zugezogenen um 5 Prozentpunkte auf 30% zunahm.

**Abbildung 2.30: EigentümerInnenstatus und „Einheimischen“-Status (Vergleich mit BürgerInnenbefragung 2000)**



Sowohl bei den deutschen als auch bei den nicht deutschen Haushalten hat der Eigentumsanteil um jeweils etwa vier Prozentpunkte zugenommen, wie der Vergleich mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 (*Tabelle 2.9*) ausweist.

**Tabelle 2.9: Eigentums- und Mietverhältnisse und Nationalität: BürgerInnenbefragung 2005 und 2000 im Vergleich (Angaben in Prozent)**

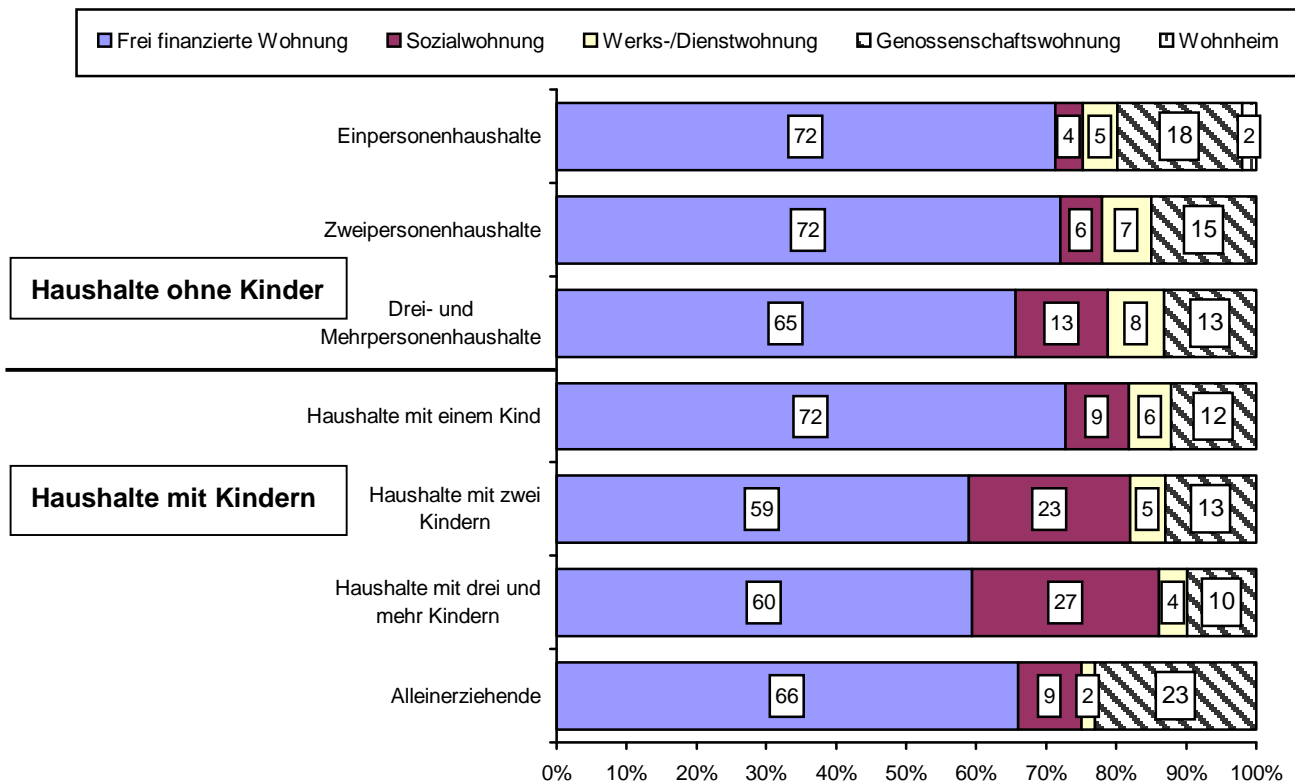
	BürgerInnenbefragung 2005			BürgerInnenbefragung 2000		
	Deutsche	Nicht Deutsche	Alle Haushalte	Deutsche	Nicht Deutsche	Alle Haushalte
Miete/Untermiete	65	87	68	69	91	71
Wohneigentum	35	13	32	31	9	29

Betrachtet man die dominierende Gruppe der Mieter hinsichtlich der Finanzierungsart der Wohnung, so ergibt sich ein dem Wohnungsmarkt entsprechendes Verteilungsmuster: 70% der befragten Mieterhaushalte wohnen in einer frei finanzierten Mietwohnung, 15% leben in einer Genossenschaftswohnung, 8% in einer Sozialwohnung, 6% in einer Werks- oder Dienstwohnung. Die restlichen Befragten lebten in einem Wohnheim. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 haben sich hier keine nennenswerten Änderungen hinsichtlich des Anteils der in privaten Mietwohnungen lebenden Haushalte ergeben. Andererseits sind signifikante Veränderungen bei den Anteilen der anderen Wohnungsformen vorzufinden: Hervorzuheben ist insbesondere der nun höhere Anteil von MieterInnen, die in Genossenschaftswohnungen leben (2005: 15%; 2000: 9%). Dieser Zuwachs geht vor allem zu Lasten der Werks- (2005: 6%; 2000: 8%) und Sozialwohnungen (2005: 8%; 2000: 12%). Haushaltstypische Unterschiede zeigen sich vor allem hinsichtlich des Sozialwohnungs-



bzw. Genossenschaftswohnungsanteils (Abbildung 2.31). Bei den großen Haushalten, insbesondere bei solchen mit Kindern, ist der Sozialwohnungsanteil überdurchschnittlich hoch. Der Genossenschaftsanteil ist vor allem bei den Alleinerziehenden deutlich höher als bei den anderen Haushalten.

**Abbildung 2.31: Status der Mietwohnung und Haushaltstyp (N = 2.014)**



### 2.3.2.2 Wohnkosten

Die Wohnungskosten, also die Miethöhe oder die monatlichen Belastungen bei Eigentümern stellen ein zentrales Thema dieses Kapitels dar. Hier zeigt sich zunächst, dass die MieterInnen und EigentümerInnen nicht vollständig geantwortet haben: 7% der MieterInnen gaben die Höhe ihrer Miete nicht an (4 Prozentpunkte mehr als noch im Jahr 2000) und 12% der Haus- und Wohnungseigentümer haben ihre Belastungen durch Zinsen, Tilgung und laufende Kosten nicht angegeben oder konnten sie nicht angeben (1 Prozentpunkt weniger als bei der Befragung 2000).

Die hohen finanziellen Belastungen, die derzeit bei Neuvermietungen zu erwarten sind, müssen nicht notwendigerweise für alle Mieterinnen und Mieter zutreffen. Nach unseren Erhebungen beträgt die durchschnittliche Miete der Haushalte einschließlich der Mietnebenkosten derzeit 10,13 Euro pro qm monatlich. Gegenüber 2000 (BürgerInnenbefragung: 17,31 DM = 8,85 Euro) ist die Miete damit nochmals um gut 14% gestiegen. Das entspricht einer jährlichen Zuwachsrate von rund 3%. Der Zu-

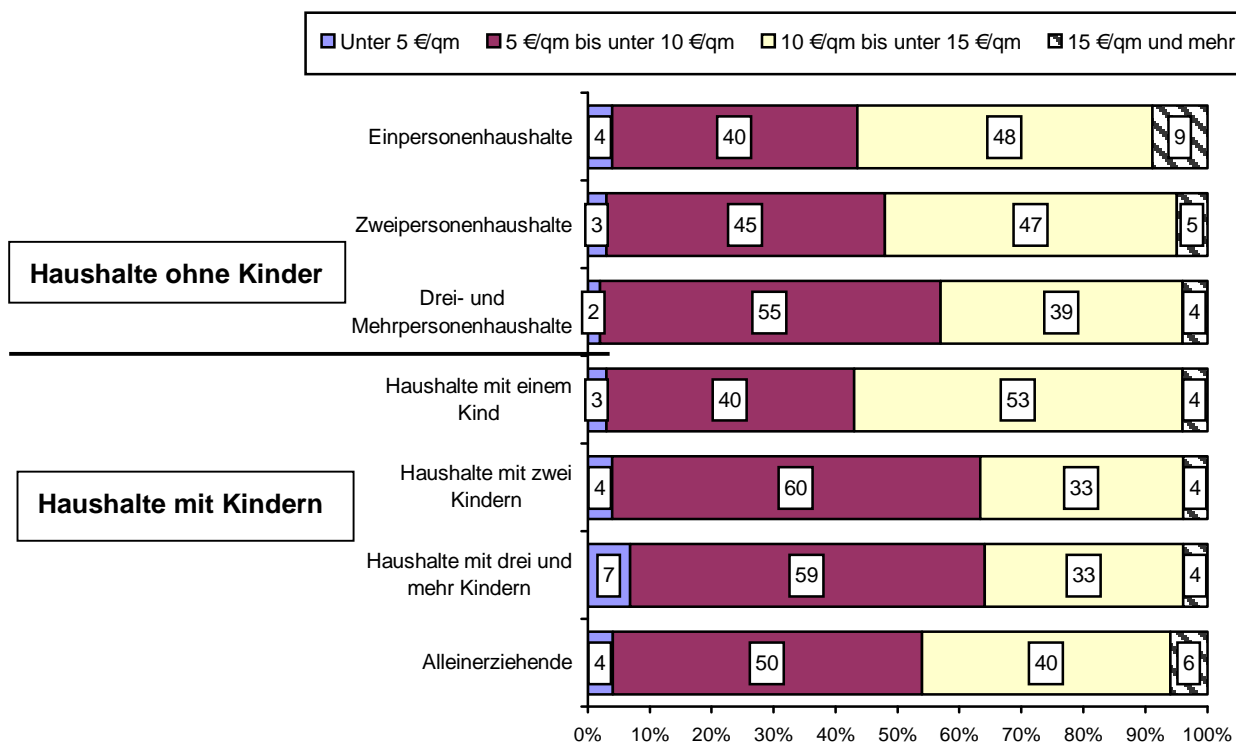
wachs der Mieten hat sich damit im Vergleich zu den 1990er Jahren etwas verlangsamt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Miethöhe bis zum Jahr 2003 signifikant negativ mit der Wohndauer in Beziehung steht: Je länger die Befragten bereits in ihrer Wohnung leben, umso niedriger ist die durchschnittliche monatliche Miete pro qm (*Tabelle 2.10*). Die Höhe der Miete steigt, wie schon die Befragung 2000 gezeigt hat, im Verlauf der 1990er Jahre deutlich mit dem Jahr des Einzugs in die gegenwärtige Wohnung an. Die Durchschnittsmiete derjenigen Mietverträge, die von 1991 bis 1994 abgeschlossen wurden, beträgt 9,14 Euro pro qm. Dieser Aufwärtstrend setzt sich proportional fort, bis zum Höhepunkt im Jahr 2003, das heißt, je später das Einzugsdatum, umso höher ist die durchschnittliche Quadratmetermiete. Nach dem Jahr 2003 gehen die Mieten in München wieder zurück auf nunmehr 10,61 Euro pro qm.

**Tabelle 2.10: Durchschnittliche Miete pro qm und Einzugszeitpunkt (Angaben in Euro pro qm)**

1991 bis 1994	1995 bis 1997	1998 bis 2000	2001 bis 2002	2003	2004	2005
9,14 Euro	9,68 Euro	10,22 Euro	11,01 Euro	12,28 Euro	11,36 Euro	10,61 Euro

Bei der Belastung durch die Mietkosten zeigen sich haushaltstypische Unterschiede (*Abbildung 2.32*). Die höchsten Mietpreise entfallen demnach auf die Einpersonenhaushalte, von denen 48% Mietpreise von 10 Euro bis unter 15 Euro pro qm und sogar 9% 15 Euro und mehr aufbringen müssen. Eine ähnliche schwierige Mietsituation weisen die Haushalte mit einem Kind auf, von denen 53% Mietpreise zwischen 10 Euro und 15 Euro pro qm und 4% sogar von mehr als 15 Euro pro qm haben. Deutlich weniger zahlen die Familien mit drei und mehr Kindern, von denen nur rund ein Drittel 10 Euro pro qm und mehr bezahlen müssen. Dieser Effekt ist mit den verhältnismäßig großen Wohnungen dieser Familien zu erklären, da mit zunehmender Wohnungsgröße die Mietpreise pro qm im Allgemeinen fallen. Im Vergleich mit der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt sich, dass sich die Belastung durch die Mietkosten für alle Haushalte nochmals verschärft hat. Vor allem die Zunahmen der Anteile der großen Haushalte sind dabei festzuhalten, die nun höhere Mietpreise von 10 Euro pro qm und mehr bezahlen.

**Abbildung 2.32: Miete pro qm und Haushaltstyp**



Die Quadratmeter-Mietpreise stehen, wie bereits die Befragung 2000 gezeigt hat, des Weiteren positiv mit dem Haushaltsnettoeinkommen in Zusammenhang: Der durchschnittlich gezahlte Mietpreis pro qm ist umso höher, je höher das Haushaltsnettoeinkommen ist.

Vergleicht man hierzu die Wohnkosten, die von Münchner Wohnungs- oder HauseigentümerInnen aufzubringen sind, so liegt deren monatliche Belastung im Durchschnitt deutlich niedriger. Hier beinhalten die Wohnkosten Tilgung, Zinsen und Wohngeld. Der Durchschnittswert dieser Kosten liegt bei 6,23 Euro pro qm im Monat. Im Vergleich zu 2000 ist zwar auch die Belastung der Haus- und WohnungseigentümerInnen angestiegen (BürgerInnenbefragung: 5,94 Euro pro qm), diese Steigerungsrate beträgt aber nur knapp 5% (jährliche Zunahme: rund 1%). Der Anstieg der Belastung der Haus- und WohnungseigentümerInnen ist damit deutlich geringer als die Steigerung der Mietkosten.

### 2.3.2.3 Mietbelastungsquoten

Die Quadratmeter-Preise geben als Mietbelastungsindikator nur einen Teil der tatsächlichen Situation der Haushalte wieder. Um die Mietbelastung der Haushalte adäquat beurteilen zu können, ist es nötig, das Haushaltsnettoeinkommen der Haushalte mit zu berücksichtigen. Bei den Mieterhaushalten ergibt sich daraus eine durchschnittliche Mietbelastungsquote aller Haushalte zum Zeitpunkt der

Befragung von 36% (*Tabelle 2.11*). Damit ist die Mietbelastung der Münchner Haushalte deutlich höher als diejenige der westdeutschen Bevölkerung insgesamt (26%). Der Vergleich mit den Ergebnissen der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt, dass die Mietbelastung der Münchner Haushalte im Verlauf der letzten Jahre noch einmal zugenommen hat (von 32% auf 36%).

Es wird deutlich, dass die Mietbelastung der Münchner Haushalte deutlich höher ist als diejenige der westdeutschen Bevölkerung insgesamt und dass seit dem Jahr 2000 in München der Anteil der Haushalte, die Belastungsquoten von 40% und mehr haben, nochmals um 6 Prozentpunkte (auf nunmehr 29% zugenommen) hat. Daraus folgt, dass inzwischen fast jeder dritte Haushalt eine Mietbelastung von 40% und mehr aufweist.

**Tabelle 2.11: Mietbelastungsquoten: BürgerInnenbefragung 2005 und 2000 sowie Bundesrepublik Deutschland<sup>30</sup> (Angaben in Prozent)**

Mietbelastungsquote	Bürgerbefragung 2005	Bürgerbefragung 2000	Bundesrepublik Deutschland
Unter 15%	6	8	12
15 bis unter 20%	11	11	16
20 bis unter 25%	14	19	18
25 bis unter 30%	16	17	16
30 bis unter 35%	13	13	11
35 bis unter 40%	10	9	8
40% und mehr	29	23	19

Die haushaltsspezifische Untersuchung der Mietbelastungsquoten lässt erkennen, dass die Alleinstehenden mit durchschnittlich 42% im Jahr 2005 die höchste Mietbelastungsquote haben (*Tabelle 2.12*). Diese kommt insbesondere dadurch zustande, dass 43% dieses Haushaltstyps mehr als 40% des Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen. Die anderen Erwachsenenhaushalte mit mehr Personen haben dagegen relativ günstige Mietbelastungsquoten (31% bzw. 36%), was daraus resultiert, dass weit über 50% dieser Haushalte Mietbelastungsquoten von weniger als 30% haben. Dies dürfte auch daran liegen, dass diese Haushalte im Durchschnitt etwas längere Wohndauern aufweisen. Schließlich liegen auch die Mietbelastungsquoten der Haushalte mit Kindern alle unter dem Durchschnitt. Die zweithöchsten Mietbelastungsquoten haben die Alleinerziehenden, die trotz relativ niedriger Quadratmeter-Preise und eines hohen Genossenschaftswohnungsanteils im Schnitt 41% ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete ausgeben, also einen ähnlich hohen Anteil wie die Alleinstehenden.

<sup>30</sup> Zum Vergleich werden lediglich die Haushalte des früheren Bundesgebietes herangezogen, da das Mietniveau in den neuen Bundesländern zu Vergleichszwecken nicht geeignet erscheint; vgl. Statistisches Bundesamt (Hg.) (2000): Datenreport 2004.

Aus dieser Gruppe müssen 36% mehr als 40% ihres Haushaltsnettoeinkommens für die Miete verwenden.

**Tabelle 2.12: Mietbelastungsquoten und Haushaltstyp**

Mietbelastungsquote	Haushalte ohne Kinder				Haushalte mit Kindern			
	Alle Haushalte %	1-Pers.-HH %	2-Pers.-HH %	3-u.-mehr-Pers.-HH %	1 Kind %	2 Kinder %	3 und mehr Kinder %	Alleinerziehende %
1 < 10 %	2	1	2	4	1	2	7	0
10 < 20 %	17	11	22	20	17	18	12	7
20 < 30 %	31	25	36	31	34	37	29	29
30 < 40 %	22	21	20	17	29	26	29	29
40 < 50 %	13	17	9	16	11	10	15	12
50 % und mehr	15	26	10	13	8	8	7	24
Summe	100	101	99	101	100	101	99	101
Mittelwert <sup>31</sup>	36% (32%)	42% (36%)	31% (29%)	36% (29%)	31% (30%)	31% (29%)	30% (33%)	41% (39%)
Basis (Haushalte)	1.485	503	511	101	172	115	41	42
Angaben über Miete oder HHNE verweigert	28%	25%	28%	44%	22%	27%	21%	39%

Abschließend zeigen die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2005, dass nicht deutsche Haushalte im Schnitt eine etwas höhere Mietbelastung haben als deutsche Haushalte (38% gegenüber 35%).

Um der großen Bedeutung der Mietbelastung für die Wohnqualität und die Lebenslage der Haushalte gerecht zu werden, wurden die Ergebnisse zusätzlich hinsichtlich zweier wichtiger Indikatoren analysiert. Es zeigt sich, wie schon bei der Befragung im Jahr 2000, dass die Mietbelastungsquote deutlich mit den Pro-Kopf-Einkommen in Beziehung steht: **Die Mietbelastungsquote ist umso geringer, je höher das Pro-Kopf-Einkommen ist** und umgekehrt. Im Einzelnen sind dabei folgende Tendenzen zu erkennen: In der Befragung 2005 haben 83% der „ärmsten“ Münchner Haushalte (mit einem Pro-Kopf-Einkommen bis 600 Euro) Mietbelastungsquoten von 40% und mehr. Das sind erheblich mehr als noch im Jahr 2000 (58%). Diese Extrembelastung findet sich nur bei knapp 4% der „Reichen“ (Äquivalenzeinkommen von mehr als 2.450 Euro). Ein Vergleich mit der durchschnittlichen Mietbelastungsquote ergibt, dass erst ab einem Pro-Kopf-Einkommen von über 1.250 Euro die Quote für die Mietbelastung deutlich unter dem Durchschnitt liegt. Auch diese Ergebnisse zeigen nochmals die doppelte Benachteiligung der unter dem Existenzmi-

<sup>31</sup> In Klammern sind die Mittelwerte der BürgerInnenbefragung 2000 angegeben.

nimum (Äquivalenzeinkommen von weniger als 600 Euro) lebenden Bürgerinnen und Bürger in aller Deutlichkeit. Zudem hat sich diese Situation im Vergleich zum Jahr 2000 nochmals deutlich verschärft: Diese Haushalte haben nicht nur geringe finanzielle Ressourcen, sondern werden durch das überhitzte Mietniveau in München zusätzlich äußerst stark belastet.

**Tabelle 2.13: Mietbelastungsquoten und Pro-Kopf-Einkommen (Angaben in Prozent)**

Pro-Kopf-Einkommen	Durchschnittliche Mietbelastungsquote		Mietbelastungsquote							
			Bis unter 20%		20 bis unter 30%		30 bis unter 40%		40% und mehr	
			2005	2000	2005	2000	2005	2000	2005	2000
Bis 500 €	71	59	1	5	1	13	10	23	87	58
501 – 750 €	48	37	5	9	13	28	23	28	60	36
751 – 1.000 €	41	31	9	18	20	33	27	26	49	23
1.001 – 1.250 €	33	30	15	18	32	36	28	22	25	23
1.251 – 1.500 €	31	28	13	19	35	43	33	23	19	15
1.501 – 1.750 €	28	25	16	24	51	50	21	19	13	8
1.751 – 2.250 €	25	25	29	31	42	42	20	21	9	6
Mehr als 2.250 €	21	21	48	45	38	41	10	11	5	3
Gesamt	36	32	18	19	31	35	22	23	28	23

### 2.3.2.4 Subjektive Bewertung des Mietniveaus

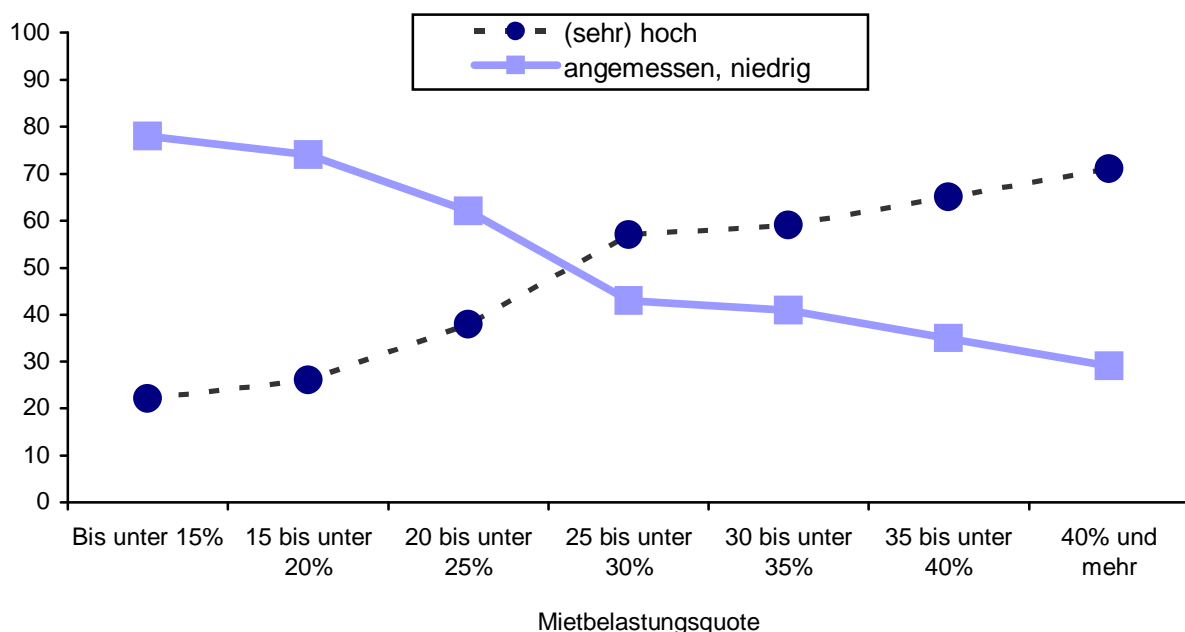
Wie nehmen die Haushalte diese objektive Belastung durch die Mieten in München wahr? Gibt es einen Zusammenhang zwischen der objektiven Belastungssituation und der subjektiven Sicht dieser Belastung? Um diese Fragen zu klären, wurde in der BürgerInnenbefragung folgende Frage gestellt: „Wenn Sie einmal Ihr Haushaltseinkommen betrachten, wie bewerten Sie dann (im Verhältnis dazu) die Höhe Ihrer Miete?“. Lässt man die 38 Personen unberücksichtigt, die sich zu dieser Frage nicht äußerten, verteilen sich die Antworten wie folgt:

Sehr hoch	17%
Hoch, aber noch erträglich	34%
Meinen Verhältnissen angemessen	39%
Niedrig	8%
Sehr niedrig	2%

Danach ergibt sich ungefähr eine Zweiteilung: Etwas mehr als die Hälfte der Befragten empfindet die Belastungen durch die Miete als „hoch“ bzw. „sehr hoch“, während 39% das Verhältnis zwischen Miete und Einkommen als angemessen und 10% sogar als „niedrig“ bzw. „sehr niedrig“ empfinden. Die subjektive Bewertung der Relation zwischen Miete und Einkommen hat sich damit gegenüber dem Jahr 2000 kaum verändert.

Stellt man nun die subjektive Bewertung der Mietbelastung den objektiven Mietbelastungsquoten gegenüber (*Abbildung 2.33*), so kann man sehen, dass Mietbelastungen bis unter 25% noch überwiegend als angemessen beurteilt werden, wogegen sich bei einer Mietbelastungsquote ab 25% ein Wechsel vollzieht. Während bei einer Belastungsquote bis unter 25% noch über 60% der Haushalte diese mindestens als angemessen empfinden, sind es bei Belastungsquoten zwischen 25% und 30% schon weit weniger als die Hälfte aller Haushalte (43%). Vor allem Mietbelastungsquoten von 35% und mehr gelten nur noch für eine kleine Gruppe von Haushalten als akzeptabel (allerdings gibt es auch Haushalte, die niedrige Mietbelastungsquoten als „hoch“ bewerten). Auch dieses Resultat bestätigt nochmals eindrücklich die vorab dargestellten Ergebnisse des Zusammenhangs zwischen dem Pro-Kopf-Einkommen und der Mietbelastung der Haushalte<sup>32</sup>. Auch in der subjektiven Bewertung der Mieten haben sich im Vergleich zu 2000 kaum Veränderungen ergeben, die Struktur dieser Bewertung ist grundlegend ähnlich.

**Abbildung 2.33: Bewertung der Miethöhe zum Haushaltsnettoeinkommen und Mietbelastungsquote (Angaben in Prozent; N = 1.998)**



<sup>32</sup> Siehe Tabelle 2.13: Mietbelastungsquoten und Pro-Kopf-Einkommen, Seite 67.

### 3. Lebensqualität und Image der Stadt und der Stadtviertel

Die subjektiv empfundene Lebensqualität hängt neben den im vorangehenden Kapitel behandelten Merkmalen der Wohnungsqualität und den Mietkosten noch von weiteren Aspekten ab. Das nachfolgende Kapitel befasst sich daher zunächst mit den nachbarschaftlichen Kontakten (*Abschnitt 3.1*). Im Anschluss stehen die unmittelbare Wohnumgebung und mögliche Quellen von Störungen und Belästigungen im Mittelpunkt (*Abschnitt 3.2*). Weiterhin werden Themen der öffentlichen Sicherheit sowie das allgemeine Image der Stadt thematisiert (*Abschnitt 3.3*), bevor dann spezifische kommunale Themen (*Abschnitt 3.4*) und abschließend bestimmte Informationsangebote der Stadtverwaltung und Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik behandelt werden (*Abschnitt 3.5*).

#### 3.1 Kontakte zwischen deutschen und nicht deutschen Nachbarn

Das Verhältnis zu den Nachbarn übt auf die Lebensqualität und die Zufriedenheit mit der Wohnsituation einen erheblichen Einfluss aus.<sup>1</sup> Dabei hängt die Bedeutung der Nachbarschaft von den sozialstrukturellen und regionalen Gegebenheiten ab. Das Verhältnis zur Nachbarschaft kann grundsätzlich als ambivalent bezeichnet werden. So bietet die Nachbarschaftsbeziehung zwar einerseits die Möglichkeit der gegenseitigen Hilfestellung, andererseits impliziert sie aber auch soziale Kontrolle, weshalb allzu intensive Kontakte oftmals nicht geschätzt und nachbarschaftliche Hilfeleistungen um so weniger in Anspruch genommen werden, je leichter auf professionelle Anbieter zurückgegriffen werden kann.

Eine Sonderstellung bei den Nachbarschaftsverhältnissen nehmen diejenigen zwischen Deutschen und nicht Deutschen ein. Dieser nachbarschaftliche Kontakt spielt insofern für die Beurteilung der eigenen Lebensqualität eine große Rolle, als hier häufig unterschiedliche Mentalitäten und Kulturen aufeinandertreffen, was dazu führt, dass diese Nachbarschaftsbeziehung häufig entweder als besonders bereichernd oder aber als eher konfliktreich oder gar bedrohlich erlebt wird.<sup>2</sup>

Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Kontakthäufigkeit zwischen Deutschen und nicht Deutschen als ein Kennzeichen der gesellschaftlichen Integration angesehen werden kann.<sup>3</sup> In diesem Sinne gilt es zu erfahren, ob nachbarschaftliche Kontakte gepflegt werden und inwieweit diese freundschaftlich verlaufen. Insgesamt, das

---

<sup>1</sup> Hamm, Bernd: Stichwort „Nachbarschaft“. In: Häußermann Hartmut (Hg.) (2000): Großstadt. Soziologische Stichworte. Opladen: Leske und Budrich, S.173-182

<sup>2</sup> So gaben in einer Befragung von 1996 (ALLBUS) etwa 30% der Befragten an, dass sie sich durch die vielen AusländerInnen im eigenen Land als Fremde fühlen. Rund 44% der Befragten sehen in der Anwesenheit von AusländerInnen das soziale Netz belastet. Vgl. Ganter, Stephan/Hartmut Esser, Hartmut: Ursachen und Formen der Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Hrsg. v. Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1998, S.41f)

<sup>3</sup> Vgl. Ganter/Esser, S.10



belegen neuere Untersuchungen, hat sich die Häufigkeit der freundschaftlichen Kontakte zwischen Deutschen und nicht Deutschen in den letzten zehn Jahren kaum verändert.<sup>4</sup> Um zu erfahren, inwieweit dieser generelle Trend zur Stagnation auch für die Stadt München gilt, wurden die Ergebnisse der Befragung von 2005 mit denjenigen der BürgerInnenbefragung 2000 verglichen.

Das Alltagsleben bietet reichlich Begegnungsmöglichkeiten für deutsche und nicht deutsche Bürgerinnen und Bürger. Hierbei spielen vor allem die Nachbarschaft und der Arbeitsplatz eine große Rolle. 35% der deutschen bzw. 69% der nicht deutschen Befragten unterhalten **persönliche Kontakte zu ihren nicht deutschen bzw. deutschen Nachbarn**. Die Kontakte am Arbeitsplatz liegen mit 36% bzw. 51% ähnlich hoch. Begegnungen zwischen Deutschen und nicht Deutschen bleiben jedoch nicht auf den sozialen Raum (Nachbarschaft und Arbeitsplatz) beschränkt, sondern finden auch im privaten Bereich statt. So hat fast die Hälfte der Befragten freundschaftliche Kontakte zu nicht Deutschen (bzw. zu Deutschen, falls es sich bei der befragten Person um eine/n nicht Deutsche(n) handelt) (*Tabelle 3.1*).

Ein Vergleich der Häufigkeiten der Kontakte, wie sie in den BürgerInnenbefragungen von 2000 und 2005 ermittelt wurden, zeigt, dass sich diese in München erhöht haben. So gab in der Untersuchung von 2005 nur ein Fünftel der deutschen Befragten an, keine Kontakte zu nicht Deutschen zu haben, wohingegen es im Jahr 2000 noch 27% waren. Bei den nicht deutschen Befragten ist der Anteil derjenigen, die keine Kontakte zu Deutschen haben, sogar noch deutlicher um 14 Prozentpunkte von 19% auf 5% zurückgegangen. Dabei nahm vor allem der nachbarschaftliche Kontakt (Deutsche: 35% gegenüber 30%, nicht Deutsche: 69% gegenüber 50%) zu. Im Gleichklang mit der bundesdeutschen Entwicklung hat sich jedoch die Kontakthäufigkeit im Freundes- und Bekanntenkreis nicht erhöht und liegt für die deutschen Befragten nach wie vor bei 49%. Die nicht deutschen Interviewten gaben sogar weniger häufig an, mit Deutschen in einem freundschaftlichen Kontakt zu stehen (46% gegenüber 55%).

Je vielfältiger die Teilhabe am sozialen Leben ist, desto häufiger werden wahrscheinlich auch Kontakte zu MitbürgerInnen gepflegt. Dementsprechend ist zu erwarten, dass Befragte mit Kindern häufiger als Befragte ohne Kinder sozialen Umgang mit anderen BewohnerInnen haben, insofern Spielplätze, Kindergärten und Schulen vor allem Begegnungsstätten für Familien sind. Diese Annahme lässt sich in der vorliegenden Untersuchung bestätigen, indem man die Häufigkeit der Kontakte zwischen Deutschen und nicht Deutschen getrennt nach verschiedenen Haushaltstypen miteinander vergleicht. So haben

- Haushalte ohne Kinder häufiger keine persönlichen Kontakte zu nicht deutschen/deutschen BürgerInnen als Haushalte mit Kindern und Alleinerziehende.

---

<sup>4</sup> Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt (Hg.) (2005): Datenreport 2004. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.582.

- Haushalte mit Kindern (einschließlich der Alleinerziehenden) haben umgekehrt mit nicht deutschen/deutschen MitbürgerInnen häufiger Kontakt
  - in der Kindertagesstätte / Schule
  - am Arbeitsplatz
  - in der Nachbarschaft.

**Tabelle 3.1: Persönliche Kontakte zu deutschen/nicht deutschen BürgerInnen und Nationalität sowie Haushaltstyp (Mehrfachnennungen möglich; Angaben in Prozent)**

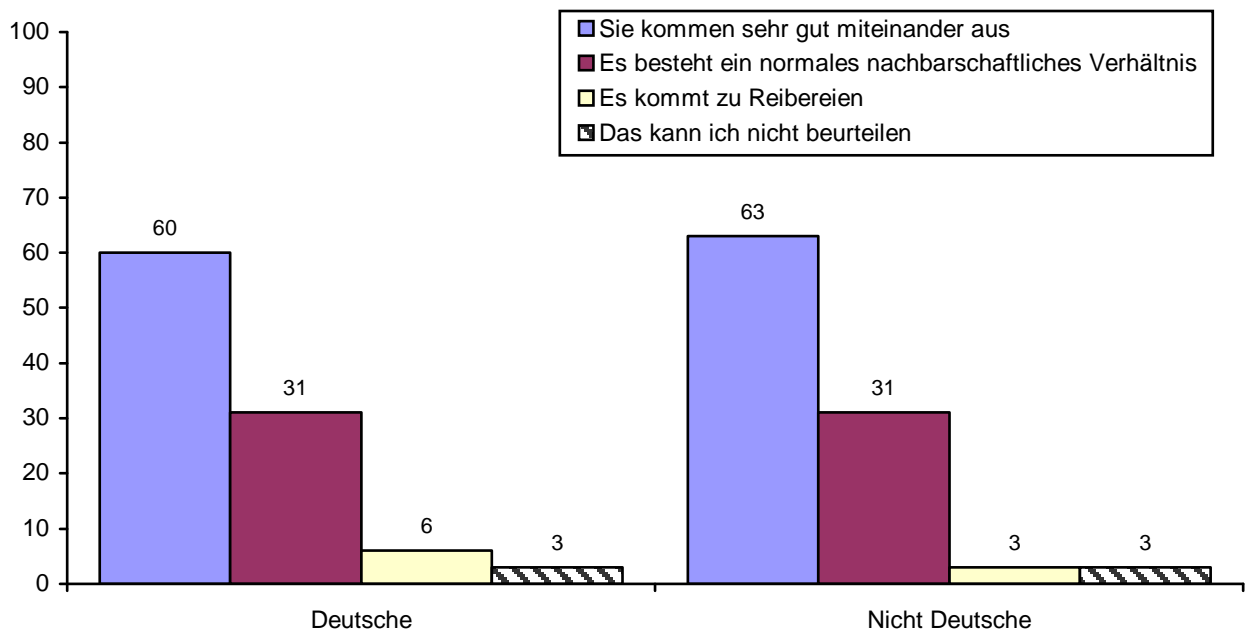
Kontakte zu nicht deutschen / deutschen Mitbürgern	Nationalität		Haushaltstyp			Alle Haushalte
	Deutsche	Nicht Deutsche	Haushalte ohne Kinder	Alleinerziehende	Haushalte mit Kindern	
Keine persönlichen Kontakte	20	5	21	5	7	18
Im Freundes- / Bekanntenkreis	49	46	48	68	52	49
In der Nachbarschaft	35	69	37	42	48	40
Am Arbeitsplatz	36	51	35	42	47	38
In der eigenen Familie / Verwandtschaft	15	17	14	24	20	16
In der Kindertagesstätte/ Schule	5	6	1	17	19	5

Der Umfang der Kontaktbereiche für die nicht Deutschen und Deutschen unterscheidet sich erwartungsgemäß **geschlechtsspezifisch** erheblich: Frauen treffen nicht deutsche (deutsche) MünchnerInnen häufiger in der Kindertagesstätte oder Schule als Männer (8% gegenüber 2%). Auch der nachbarschaftliche Kontakt wird von den Frauen etwas häufiger als von den Männern gepflegt (42% gegenüber 37%). Die Männer wiederum haben weitaus mehr Kontakte am Arbeitsplatz (44% gegenüber 33%). Hier zeigen sich nochmals die geschlechtsspezifischen Rollen mit den entsprechenden Auswirkungen auf die sozialen Netzwerke.

Generell ist davon auszugehen, dass mit höherer **Bildung** fremdenfeindliche Tendenzen abnehmen und dass höher Gebildete mehr Kontakte zu nicht Deutschen haben. Diese Vermutung wird auch durch die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2005 bestätigt. So gaben 25% der Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss an, dass sie keine Kontakte zu nicht Deutschen pflegen, wohingegen es bei den Befragten mit Mittlerer Reife bzw. (Fach-)Hochschulreife nur 19% bzw. 13% waren. Die deutlichsten Differenzen zeigen sich dabei hinsichtlich der Kontakte im Freundes- und Bekanntenkreis bzw. am Arbeitsplatz. Hier haben deutlich mehr Befragte mit (Fach-)Abitur Kontakt zu nicht Deutschen als die Befragten mit niedrigeren Abschlüssen (Arbeitsplatz: 45% gegenüber 34% bzw. 29%; Freundes-/Bekannteskreis: 59% gegenüber 45% bzw. 35%).

Zwar wird allgemein angenommen, dass die Zunahme des Kontakts zwischen Deutschen und nicht Deutschen bereits ein Indikator für ein verbessertes Zusammenleben zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen ist, dennoch sagt die Häufigkeit der Kontakte nicht direkt etwas über die Qualität derselben aus. Um besser einschätzen zu können, wie Deutsche und nicht Deutsche in München miteinander zusammenleben, wurden sowohl Deutsche als auch nicht Deutsche nach der Art des nachbarschaftlichen Kontakts gefragt. Von den Befragten, die mit nicht Deutschen (Deutschen) in einem Haus oder der näheren Umgebung leben, gaben dabei fast zwei Drittel an, dass sie sehr gut miteinander auskämen. Ein weiteres knappes Drittel sieht das nachbarschaftliche Verhältnis als normal an. Nur 5% leben mit ihren nicht deutschen (deutschen) Nachbarn im Streit. Deutsche und nicht Deutsche schätzen das nachbarschaftliche Verhältnis dabei ähnlich ein; die Unterschiede in der Beurteilung des nachbarschaftlichen Kontakts zwischen Deutschen und nicht Deutschen sind nur sehr gering.

**Abbildung 3.1: Einschätzung des Verhältnisses zwischen Deutschen und nicht Deutschen und Nationalität (Nur Befragte mit nicht deutschen Nachbarn; Angaben in Prozent; N = 2.795)**



Ein Begriff, der häufig zur Beschreibung des **Zusammenlebens** von Bürgerinnen und Bürgern in Großstädten verwendet wird, ist „**Weltoffenheit**“. Auch München präsentiert sich selbst gerne als weltoffene Stadt. Um ein Bild davon zu erhalten, wie die BürgerInnen ihre Stadt diesbezüglich bewerten, wurde ein additiver Index aus verschiedenen Variablen gebildet. Mittels einer Faktorenanalyse<sup>5</sup> wurde überprüft, ob die Variablen diese Eigenschaft auch hinreichend messen. In die Berechnung des Indexes gingen die folgenden fünf Einschätzungen ein, zu welchen die Befragten angeben konnten, inwieweit sie diese für München für zutreffend halten: ausländerfreundlich, tolerant, offen, modern und international.

Insgesamt fällt die Bewertung des Faktors „Weltoffenheit“ positiv aus. So sagten 65% der Befragten, dass München ihrer Meinung nach eine „weltoffene“ Stadt sei. Nur 2% halten München nicht für weltoffen und ein Drittel der Befragten war nur teilweise dieser Meinung. Im Vergleich dazu waren in der BürgerInnenbefragung 2000 nur 39% der Überzeugung, dass München weltoffen sei, wohingegen sich 4% dagegen aussprachen. Der größte Teil der Befragten zeigte sich in der damaligen Befragung allerdings unentschieden. 58% der Befragten gaben die Bewertung „teils/teils“ an.

Vergleicht man die Einschätzung der Stadt München als weltoffen mit den soziodemographischen Merkmalen der Befragten, so zeigt sich, dass Männer München häufiger für weltoffen halten als Frauen (68% gegenüber 63%), nicht Deutsche im Unterschied zu Deutschen München häufiger als weltoffen einschätzen (76% gegenüber 63%) und Haushalte ohne Kinder (67%) ebenfalls mit München eher Weltoffenheit verbinden als die Haushalte mit Kindern (61%) und die Alleinerziehenden (51%). Außerdem nimmt die Einschätzung der Stadt München als weltoffen mit zunehmendem Alter zu (86% bei den 70-Jährigen und Älteren gegenüber nur 52% bei den Befragten, die zwischen 30 und 39 Jahre alt sind).

---

<sup>5</sup> Die Faktorenanalyse ist ein Verfahren, das eine größere Anzahl von Variablen an Hand der gegebenen Fälle auf eine kleinere Anzahl unabhängiger Einflussgrößen, Faktoren genannt, zurückführt. Dabei werden diejenigen Variablen, die untereinander stark korrelieren, zu einem Faktor zusammengefasst. Variablen aus verschiedenen Faktoren korrelieren untereinander gering. Ziel der Faktorenanalyse ist es also, solche Faktoren zu ermitteln, welche die beobachteten Zusammenhänge zwischen den gegebenen Variablen möglichst vollständig erklären. Zum genauen mathematischen Vorgehen siehe z.B. Backhaus, K. u.a. (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung, 9. Aufl. Berlin u.a.: Springer. Zu den Rechenschritten siehe auch Bühl, A. und P. Zöfel (2000): SPSS. Einführung in die moderne Datenanalyse unter Windows. München u.a.: Addison-Wesley, S. 414ff.

## 3.2 Wohnumfeld und Störungen

### 3.2.1 Zufriedenheit mit der Wohnumgebung

In den letzten Jahren wurden Umweltbelastungen und deren Zunahme von der Bevölkerung immer weniger zur Kenntnis genommen.<sup>6</sup> Diese Entwicklung scheint sich jedoch mittlerweile umzukehren, wofür die aktuelle Diskussion um die Luftverschmutzung durch Feinstaub ein Indiz ist. Die Stadt München ist in diesem Zusammenhang mehrfach in die Schlagzeilen geraten, weil München als erste deutsche Stadt den von der EU festgelegten Grenzwert für Feinstaub überschritten hat.<sup>7</sup> Die Bedeutung der Umweltbedingungen für die Zufriedenheit mit der Wohnumgebung wird auch daran deutlich, dass der Wunsch nach besserer Luft und weniger Lärm zu den häufigsten Gründen für einen Wegzug aus München genannt werden.<sup>8</sup>

Gerade vor der aktuellen Umweltdiskussion ist es deshalb interessant zu erfahren, wie die Münchner Bevölkerung ihre Wohnumgebung derzeit einschätzt und wie sich diese Beurteilung im Vergleich zur BürgerInnenbefragung von 2000 verändert hat.

Hinsichtlich der Einschätzung der Luftbelastung ergibt sich dabei ein differenziertes Bild: So fühlen sich die MünchnerInnen einerseits durch verkehrsbedingte Luftverschmutzung weniger belastet als in der Vergleichsuntersuchung von 2000. Andererseits hat jedoch der Wunsch nach Mehrausgaben für den Bereich Luftsauberkeit im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 deutlich zugenommen. Dieses scheinbar widersprüchliche Ergebnis wird verständlich, wenn man bedenkt, dass gerade Belastungen, wie sie durch Feinstaub entstehen, nicht direkt wahrgenommen werden, sondern über Messzahlen und die sich daran anschließende Diskussion in das Bewusstsein der Bevölkerung gelangen. Dementsprechend fällt die Beurteilung der Bevölkerung bezogen auf die Verschmutzung der Luft differenziert aus. Einer eher vorhandenen Zufriedenheit mit den Luftverhältnissen in der engeren Wohnumgebung steht ein Wissen um eine generell vorhandene Luftbelastung der Stadt München entgegen, die die Bürgerinnen und Bürger beseitigt wissen wollen.

Insgesamt lassen die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung 2005 jedoch ein relativ hohes Ausmaß an Wohnqualität erkennen (*Abbildung 3.2*):<sup>9</sup> Nur 3% von 3.059 Personen, die sich zu diesem Thema geäußert haben, gaben z.B. an, dass sie mit der

---

<sup>6</sup> Vgl. hierzu Statistisches Bundesamt (2005): Datenreport 2004. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S.525.

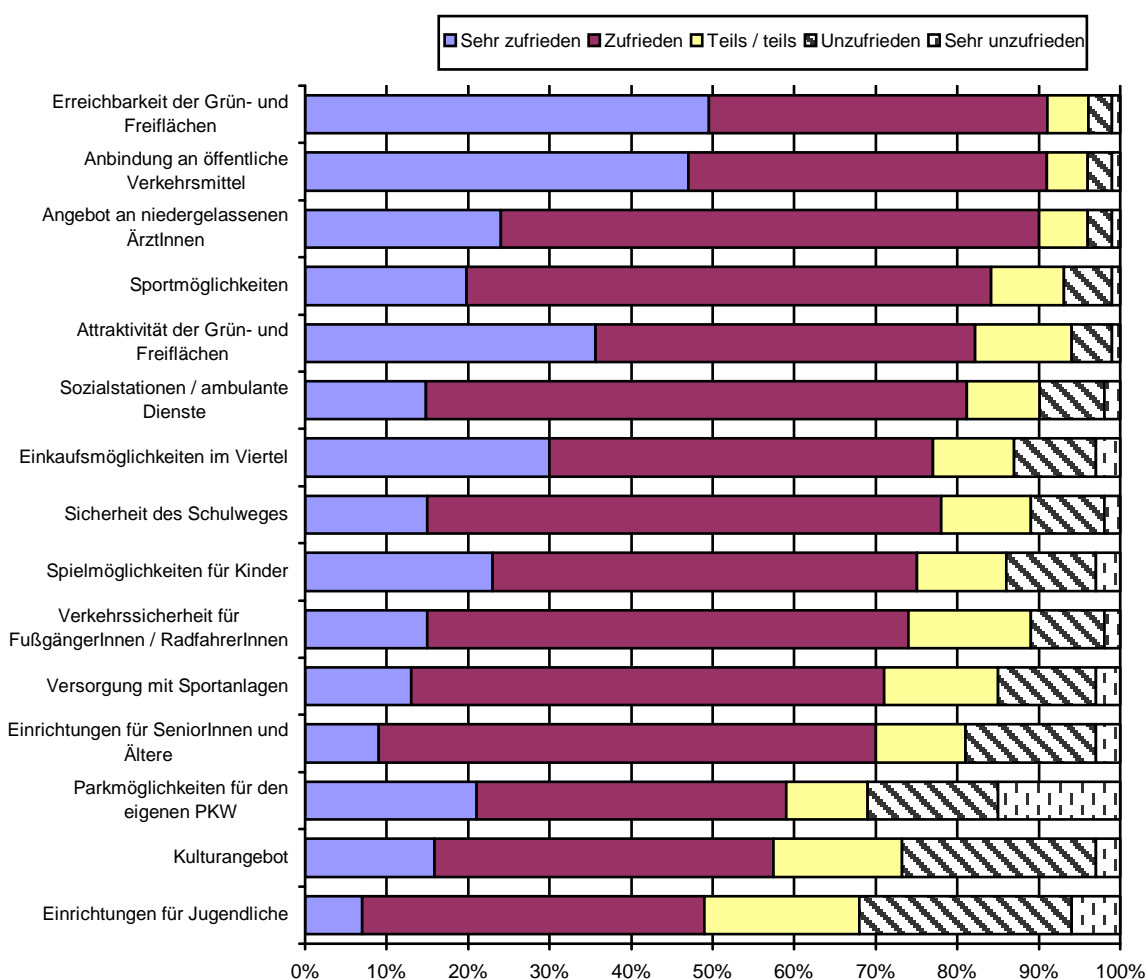
<sup>7</sup> Laut Angaben der „Deutschen Umwelthilfe“ wurde der Grenzwert für Feinstaub bis zum 25.03.05 insgesamt 35mal überschritten (Vgl. [http://de.wikinews.org/wiki/Deutsche\\_Umwelthilfe:\\_Feinstaub-Grenzwert\\_in\\_M%C3%BCnchen\\_35\\_mal\\_%C3%Bcberschritten](http://de.wikinews.org/wiki/Deutsche_Umwelthilfe:_Feinstaub-Grenzwert_in_M%C3%BCnchen_35_mal_%C3%Bcberschritten))

<sup>8</sup> Jeder zweite befragte Haushalt gibt dieses Motiv an. Vgl. Referat für Stadtplanung und Bauordnung (Hrsg.): Raus aus der Stadt? Untersuchung der Motive von Fortzügen aus München in das Umland 1998 – 2000. Kurzfassung, S.40

<sup>9</sup> Die Qualität der Wohnumgebung wurde mit folgender Frage erfasst: „Nachfolgend ist eine Reihe von Punkten aufgeführt, die Ihre Wohnumgebung betreffen. Bitte geben Sie an, wie zufrieden oder unzufrieden Sie damit sind.“

Erreichbarkeit der Grünanlagen nicht zufrieden sind. Demgegenüber waren 42% der Befragten mit deren Erreichbarkeit zufrieden und 50% sogar sehr zufrieden. Die Zufriedenheit mit der Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel (47% sehr zufrieden, 44% zufrieden), dem Angebot an niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten (24% sehr zufrieden, 66% zufrieden), den Sportmöglichkeiten (20% sehr zufrieden, 65% zufrieden) und der Attraktivität der Grünanlagen (36% sehr zufrieden, 47% zufrieden) ist ebenfalls sehr hoch. Auch mit den Sozialstationen/ambulanten Diensten, den Einkaufsmöglichkeiten und den Spielmöglichkeiten für Kinder sind relativ viele Befragte zufrieden.

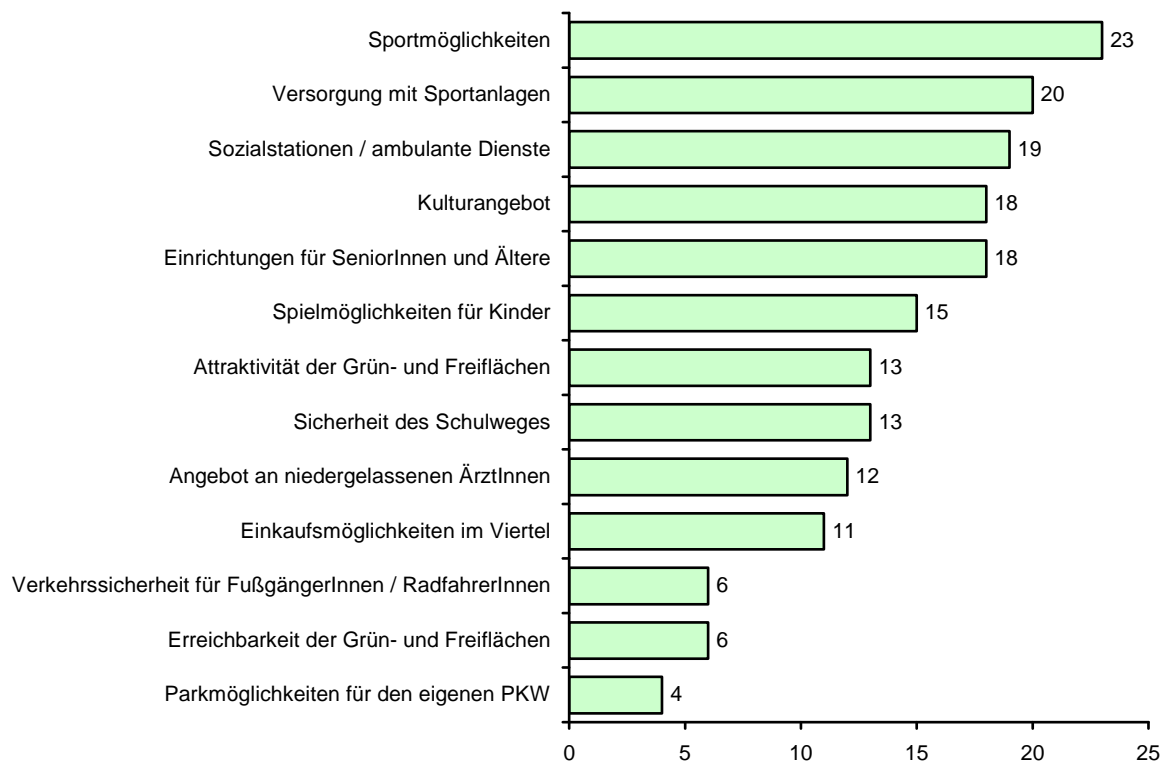
**Abbildung 3.2: Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der unmittelbaren Wohnumgebung**



Unabhängig davon, dass die Zufriedenheit mit einzelnen Aspekten bereits im Jahr 2000 zum Teil schon relativ groß war, zeigt sich, dass sich die Zufriedenheit mit allen Aspekten des Wohnumfelds seit der letzten BürgerInnenbefragung statistisch signifikant verbessert hat (*Abbildung 3.3*). Den größten Zuwachs in der Zufriedenheit verzeichneten mit einer Steigerung von 23 Prozentpunkten die Sportmöglichkeiten. Auch das Angebot an Sportanlagen (+20 Prozentpunkte) sowie die Versorgung mit Sozialstationen bzw. ambulanten Diensten (+19 Prozentpunkte) und das Kulturange-

bot bzw. die Einrichtungen für Senioren (jeweils +18 Prozentpunkte) waren im Vergleich zufrieden stellend.

**Abbildung 3.3: Zunahme der Zufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der unmittelbaren Wohnumgebung – Vergleich der Daten von 2000 und 2005 (Angaben in Prozentpunkten)<sup>10</sup>**



Fasst man die verschiedenen Aspekte der Wohnumgebung mit Hilfe einer Faktorenanalyse in allgemeinere Bereiche zusammen, ergeben sich vier Dimensionen, denen einzelne Punkte der Wohnumgebung zugerechnet werden können: Hierbei erhält man zunächst den Bereich „Einrichtungen für Soziales und Freizeit“. Die zweite Dimension umfasst die „Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Wohnumfeld“ und die dritte Dimension lässt sich als „Verkehrssicherheit“ klassifizieren. Ein vierter Komplex fasst schließlich den „Wohnquartierstandard“ zusammen. Wie *Tabelle 3.2* zeigt, waren die Befragten am häufigsten mit dem Wohnquartierstandard zufrieden (85% waren sehr zufrieden bzw. zufrieden).

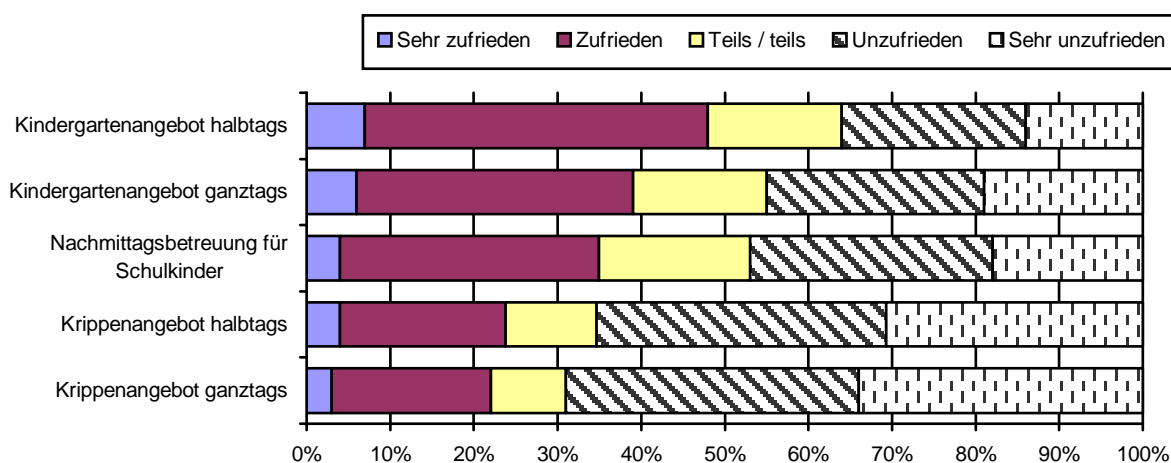
<sup>10</sup> Die Kategorien „Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel“ und „Einrichtungen für Jugendliche“ sind in dieser Grafik nicht abgebildet, da sie bei der Befragung 2000 in diesem Fragenkomplex nicht erhoben wurden und damit ein Vergleich nicht möglich war.

**Tabelle 3.2: Zufriedenheit mit verschiedenen Dimensionen der unmittelbaren Wohnumgebung (Angaben in Prozent)**

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Teils / teils	Unzufrieden	Sehr unzufrieden
Wohnquartierstandard	27	58	14	1	0
Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten im Wohnumfeld	21	60	17	2	0
Verkehrssicherheit	10	52	31	6	1
Einrichtungen für Soziales und Freizeit	5	46	37	11	1

Die Eltern mit Kindern unter 16 Jahren (677 Personen) sollten darüber hinaus die für Familien mit Kindern wichtigen Aspekte beurteilen, indem sie angaben, wie zufrieden sie mit den speziellen Betreuungseinrichtungen für Kinder in der Landeshauptstadt München sind (*Abbildung 3.4*). Im Vergleich am zufriedensten sind die befragten Eltern mit dem Kindergartenangebot: Hier gaben 6% bzw. 33% der Befragten an, dass sie mit dem Kindergartenangebot halbtags sehr zufrieden bzw. zufrieden sind. Mit dem ganztägigen Kindergartenangebot sind immerhin noch 5% bzw. 26% sehr zufrieden bzw. zufrieden. Auch mit der Nachmittagsbetreuung ist noch etwa jede/r dritte Befragte zufrieden, während das Krippenangebot generell die größte Unzufriedenheit auslöst. Insgesamt betrachtet ist das Zufriedenheitsniveau mit den Kinderbetreuungseinrichtungen jedoch nicht besonders gut.

**Abbildung 3.4: Zufriedenheit mit Kindertageseinrichtungen in der unmittelbaren Wohnumgebung (Nur Befragte mit Kindern unter 16 Jahren; N = 677)**

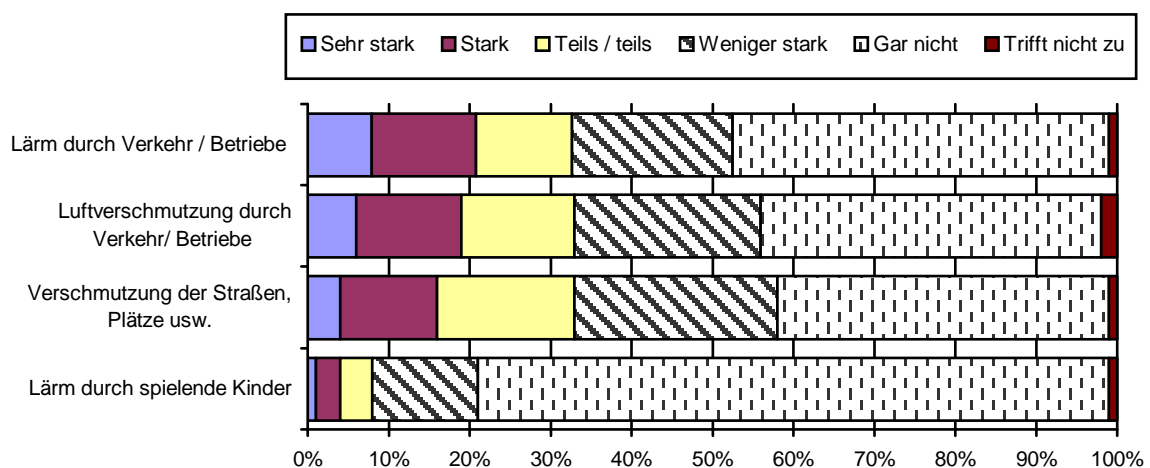




### 3.2.2 Belästigungen im Wohnungsumfeld

Faktoren, welche die Wohn- und Lebensqualität beeinträchtigen können, sind mögliche Belästigungen in der unmittelbaren Wohnumgebung. So fühlt sich jeweils rund ein Drittel aller Befragten von dem durch Verkehr und Betrieben verursachten Lärm und der Luftverschmutzung sowie von verschmutzten Straßen und Plätzen zumindest teilweise belästigt (Abbildung 3.5).

**Abbildung 3.5: Belästigungen in der unmittelbaren Wohnumgebung**



Ein Vergleich der Ergebnisse mit den entsprechenden Angaben in der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt, dass sich die BürgerInnen insgesamt etwas weniger belästigt fühlen. So ist der Anteil der Befragten, die sich vom Lärm durch Verkehr und Betriebe zumindest teilweise gestört fühlen, um 7 Prozentpunkte zurück gegangen. Bei allen anderen Aspekten beträgt der Rückgang jeweils 2 Prozentpunkte.

Untersucht man die subjektiv empfundenen Störungen durch Lärm und Schmutz nach Haushaltstypen getrennt, so ergeben sich keine empirisch relevanten Unterschiede.

Insgesamt betrachtet fallen die Beeinträchtigungen durch Lärm und Verschmutzung in München relativ gering aus. Eine zusätzliche Analyse deckt die Abhängigkeit von zumindest drei der vier erfragten möglichen Störquellen auf: Wer sich durch Lärm gestört fühlt, empfindet auch eher eine Belästigung durch schlechte Luftqualität und bemängelt eher die Sauberkeit der Straßen und öffentlichen Plätze.

### 3.3 Sicherheit und Image der Stadt

#### 3.3.1 Sicherheit in der Stadt

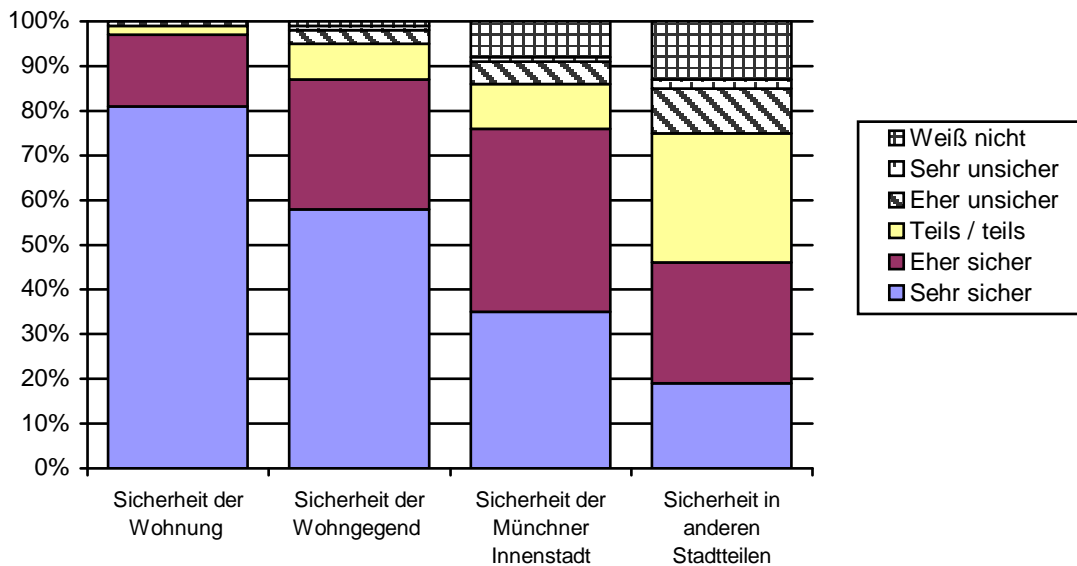
Der allgemeine Strukturwandel in deutschen Städten (verändertes Alltagshandeln, allgemeine Motorisierung, Suburbanisierung, Segregierung der Lebensbereiche, aber auch Polarisierung und Segregierung der städtischen Sozialstruktur), dessen Folgen sich auch in wachsender Gewalttätigkeit und dem Rückgang ziviler Umgangsformen in der Öffentlichkeit äußern, führt zu einem ansteigenden Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Diese Phänomene gestalten sich allerdings regional sehr unterschiedlich, denn vergleicht man die im Jahr 2004 polizeilich erfassten Straftaten von verschiedenen Städten, so zeigt München mit 9.090 registrierten Fällen pro 100.000 Einwohnern eine ähnlich geringe Kriminalität wie etwa Essen oder Stuttgart. Die meisten Fälle wurden in Frankfurt (18.100 pro 100.000 Einwohner), Berlin (15.928 pro 100.000 Einwohner) und Hamburg (15.067 pro 100.000 Einwohner) registriert.<sup>11</sup> München gilt somit als die statistisch sicherste Großstadt in Deutschland.

Inwiefern wiederholen sich die vergleichsweise positiven Sicherheitsurteile der Münchnerinnen und Münchner auch in Bezug auf einzelne Orte? Gefragt wurde nämlich, wie sicher man sich abends in der eigenen Wohnung, in der Wohngegend, in anderen Stadtteilen und in der Münchner Innenstadt fühle. Die Antworten zeigen (*Abbildung 3.6*), dass das Sicherheitsgefühl in der eigenen Wohnung bei nahezu allen befragten Personen hoch ist: Weit über 90% fühlen sich sicher bis sehr sicher. Auch die eigene Wohngegend (87%) und die Innenstadt (76%) wird von den meisten Befragten selbst bei Dunkelheit noch als sicher bzw. sehr sicher empfunden. Bei anderen Stadtteilen nimmt jedoch der Unsicherheitsfaktor zu. Hier gaben deutlich weniger Befragte an, dass sie sich dort bei Dunkelheit sicher bzw. sehr sicher fühlen (46%). Allerdings ist hier zu bedenken, dass der Anteil derjenigen recht hoch war, die keine subjektive Einschätzung der Sicherheit in anderen Wohnvierteln angeben konnten.

---

<sup>11</sup> Vgl. dazu die von Bundesinnenminister Otto Schily vorgelegte Kriminalitätsstatistik 2004; siehe hierzu ZDFheute.de: Gewalt nimmt zu. Die Kriminalitätsstatistik 2004 nennt erschreckende Zahlen. (<http://www.heute.de/ZDFheute/drucken/1,3733,2316264,00.html>)

**Abbildung 3.6: Subjektive Sicherheit abends bei Dunkelheit**



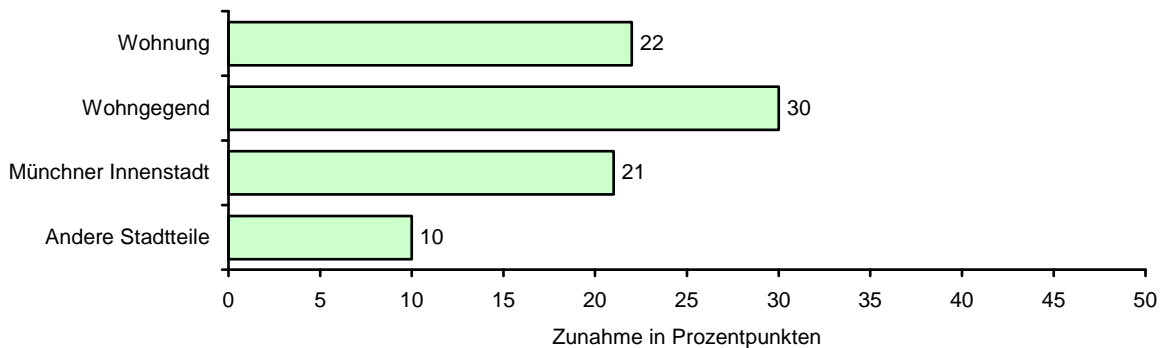
Die Sicherheit in München wird nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifisch für einzelne Teilbereiche unterschiedlich bewertet. Die unterschiedlichen Sicherheitsurteile von **deutschen und nicht deutschen** Befragten beziehen sich auf die Wohnung, die Wohngegend und die anderen Stadtteile: Dabei fühlen sich die nicht Deutschen sowohl in ihrer Wohnung (61% gegenüber 85%) als auch in ihrer Wohngegend (49% gegenüber 60%) wenig häufig „sehr sicher“. Umgekehrt fühlen sie sich jedoch in anderen Stadtteilen sicherer als die Deutschen (66% „sehr“ oder „eher sicher“ gegenüber 51%).

Ein Vergleich zwischen Frauen und Männern zeigt, dass Frauen ihre subjektive Sicherheit generell deutlich geringer empfinden als Männer. So fühlen sich Frauen in ihrer eigenen Wohnung (77% gegenüber 86%), in ihrer Wohngegend (51% gegenüber 68%), in der Münchner Innenstadt (32% gegenüber 45%) und in anderen Stadtteilen (15% gegenüber 29%) seltener sehr sicher als Männer.

Ein weiterer Zusammenhang existiert zwischen dem Alter einer Person und ihrem subjektiven Sicherheitsgefühl bezogen auf die Münchner Innenstadt und die anderen Stadtteile. So fühlen sich hier vor allem die über 60-Jährigen weniger oft sehr sicher als die Befragten aller anderen Altersgruppen.

Ein Vergleich der BürgerInnenbefragungen von 2005 und 2000 kommt zu dem Ergebnis, dass das Sicherheitsgefühl der Münchner Bevölkerung generell gewachsen ist (*Abbildung 3.7*). So haben die Befragten bezogen auf alle Bereiche deutlich häufiger angegeben, dass sie sich sehr sicher fühlen. Am deutlichsten zeigt sich diese Veränderung bezogen auf die Sicherheit in der eigenen Wohngegend (+ 30 Prozentpunkte).

**Abbildung 3.7: Zunahme der subjektiven Sicherheit abends bei Dunkelheit – Vergleich der Daten von 2000 und 2005 (Angaben in Prozentpunkten, Nur Kategorie „Sehr sicher“)**



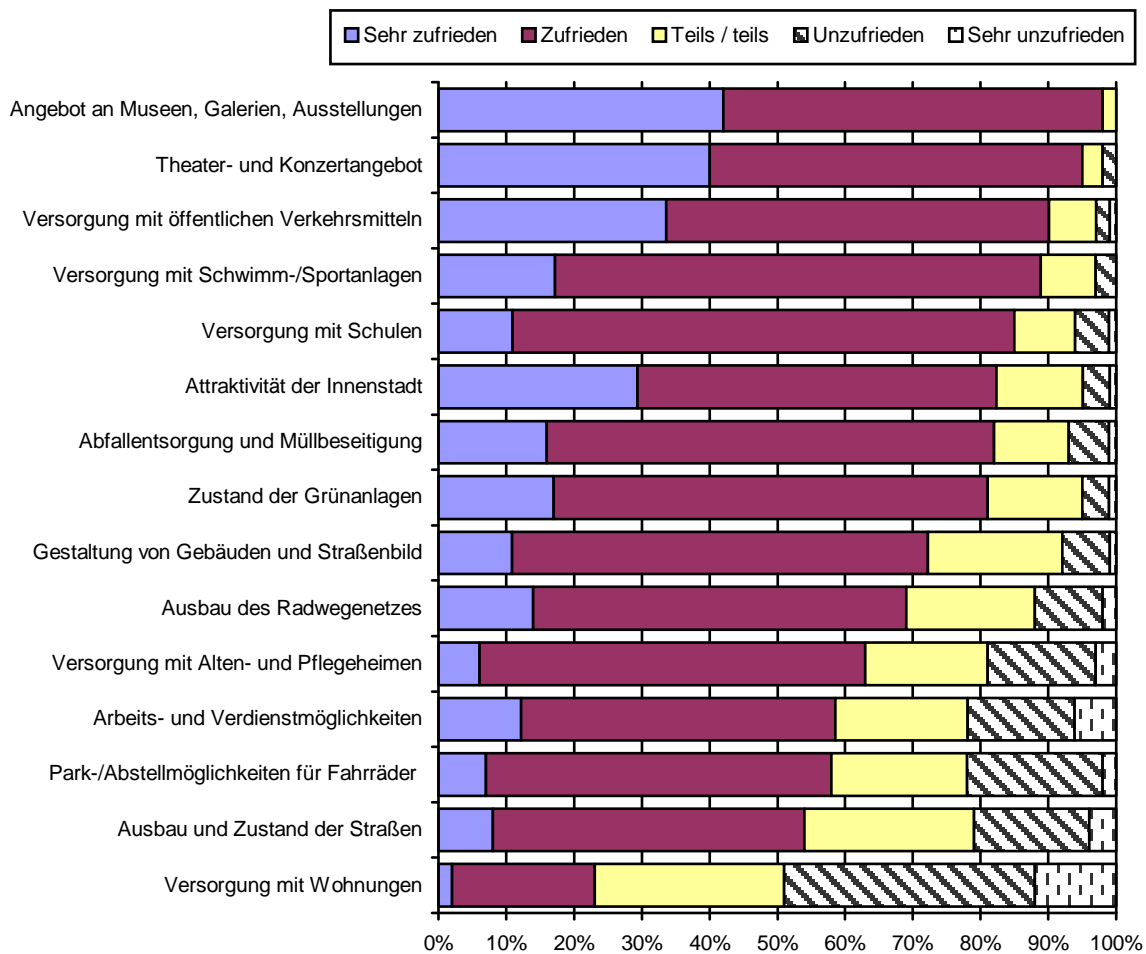
Die zusammenfassende Betrachtung zeigt, dass das recht **hohe subjektive Sicherheitsgefühl der Befragten mit der** im Vergleich zu ähnlich großen Städten (wie z.B. Hamburg) **objektiv geringeren Münchner Kriminalität korrespondiert**. Das, was die Polizeistatistik erfasst, ist auch die von den befragten Personen erlebte Realität. Als nächstes soll nun untersucht werden, welche Eigenschaften München insgesamt zugeschrieben werden.

### 3.3.2 Merkmalsprofil von München

Die Stadt München konkurriert im Standortwettbewerb mit anderen Städten. Dabei rangiert München, wie aktuelle Städtevergleiche erneut zeigen, im oberen Bereich der Rankings oder wird sogar, wie z.B. im Bellevue Städtetest von 2005, zur lebenswertesten Stadt bestimmt.<sup>12</sup> Zunehmend wichtiger für die Ansiedlung neuer Unternehmen werden dabei, neben einem ausreichenden „pool“ an qualifizierten Arbeitskräften, die sog. „weichen“ Standortfaktoren (Freizeit, Kultur, naturnahe Erholungsgebiete, Versorgungs- und Betreuungseinrichtungen usw.). Die BürgerInnenbefragung 2005 sollte deshalb die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit diesen unterschiedlichen Lebensbedingungen erfassen. Betrachtet wird zunächst die **mittlere Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbedingungen** in München (Abbildung 3.8). Mit den meisten der 18 erfragten Aspekte sind die Befragten im Durchschnitt zufrieden. Die deutliche Ausnahme ist die weniger zufrieden stellende Wohnungsver-sorgung.

<sup>12</sup> In diesem Städtetest konnte München in sieben (u.a. in den Kategorien: „Einkommen und Beschäftigung“, „Kaufkraft und 1a-Lagen“, „Medizinische Versorgung“) von zehn Kategorien den ersten Platz erreichen und war damit insgesamt Testsieger (Vgl. Bellevue Nr.9/2005 (Heft 159), S.45-51).

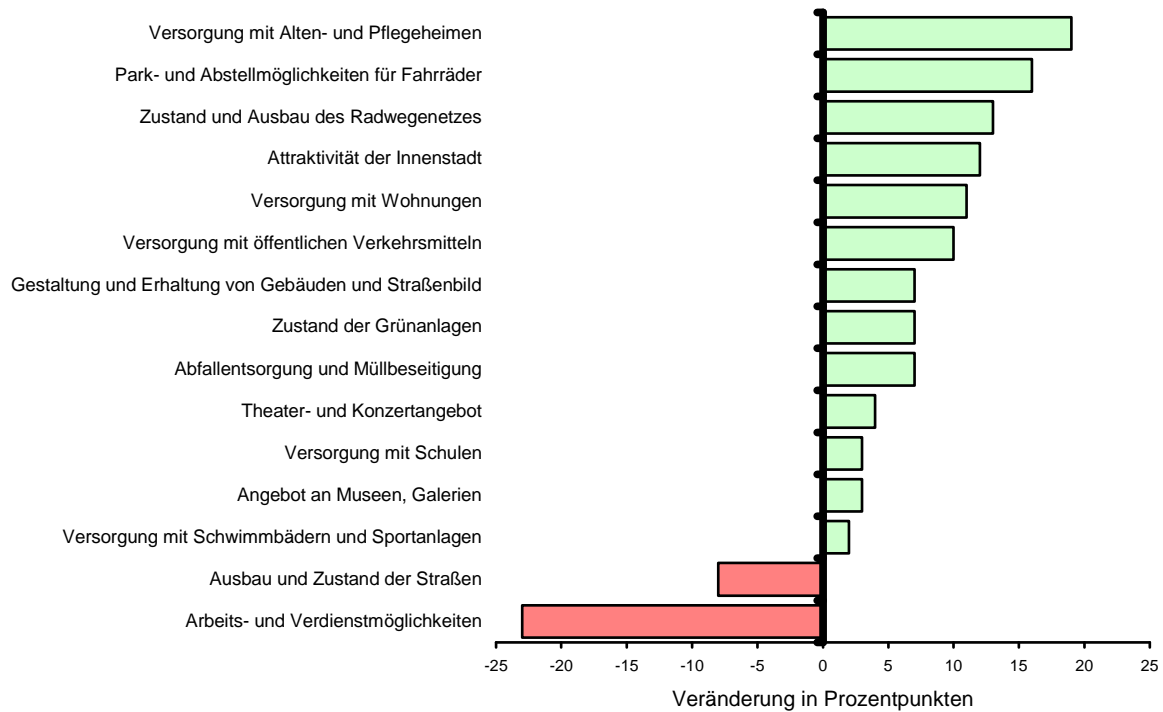
**Abbildung 3.8: Zufriedenheit mit Merkmalen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen in München insgesamt**



Vergleicht man die Angaben zur Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen von 2005 mit denjenigen von 2000 (*Abbildung 3.9*), so zeigt sich, dass sich vor allem die Zufriedenheit mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sehr deutlich verschlechtert hat (-23 Prozentpunkte). Eine leichte Verschlechterung verzeichnet ebenfalls die Zufriedenheit mit dem Ausbau und dem Zustand der Straßen (-8 Prozentpunkte). Dagegen konnte sich die Zufriedenheit mit der Versorgung mit Wohnungen und der Versorgung mit Alten- und Pflegeheimen verbessern. Eine leichte Verbesserung zeigt sich bei der Attraktivität der Innenstadt, den Park- und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder, dem Zustand und Ausbau des Radwegenetzes und der Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

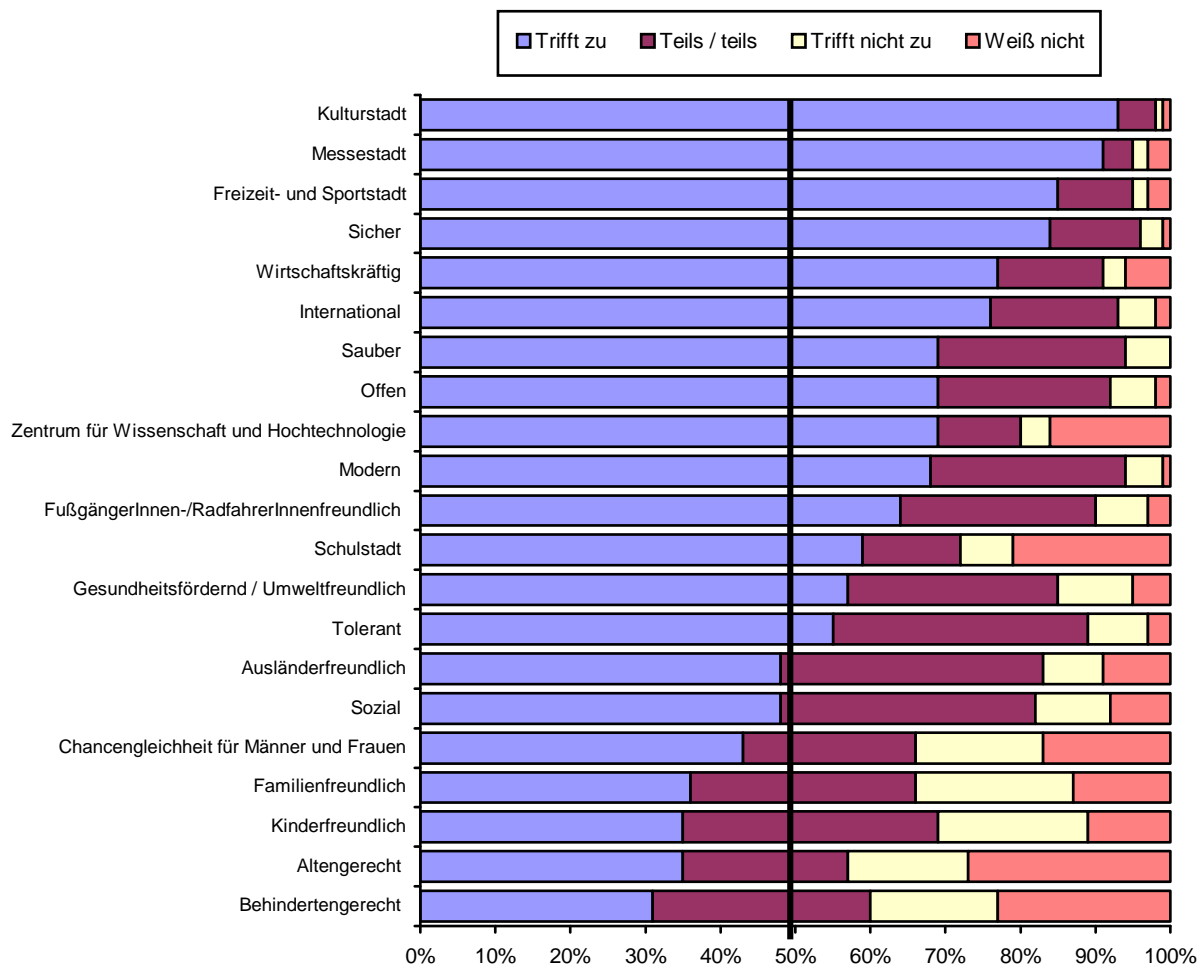
Es haben sich also in fast allen Bereichen Verbesserungen in der Einschätzung ergeben. Ausnahmen bilden der Ausbau und Zustand der Straßen sowie die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten, die bei der diesjährigen Befragung deutlich schlechter beurteilt wurden. Insbesondere die schlechtere Bewertung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten dürfte dabei in engem Zusammenhang mit der insgesamt schlechteren wirtschaftlichen und konjunkturellen Lage und Entwicklung in der Bundesrepublik (und damit auch in München) stehen.

**Abbildung 3.9: Zufriedenheit mit Merkmalen zu unterschiedlichen Lebensbedingungen im Vergleich zum Jahr 2000 (Veränderung in Prozentpunkten der Kategorien „(sehr) zufrieden“)**



Mit der zusätzlichen Frage, ob bestimmte **Merkmale und Eigenschaften** auf **München** zutreffen oder nicht, kann das Bild, das die Befragten von München haben, weiter präzisiert werden (*Abbildung 3.10*). Betrachtet man die Zustimmungswerte im einzelnen, so kann man ein Merkmalsprofil erstellen, welches zeigt, dass bei bestimmten Merkmalen die Zustimmungstendenz eindeutig positiv ist, da mehr als die Hälfte der Befragten das jeweilige Merkmal für zutreffend hält. **So ist die Stadt aus der Sicht der Mehrheit der Befragten eine tolerante, gesundheitsfördernde, umweltfreundliche, moderne, offene, saubere, internationale Wissenschafts- und Kulturmetropole mit guter Wirtschaftskraft und Sicherheit, deren Wert als Freizeit- und Sportstadt geschätzt wird.**

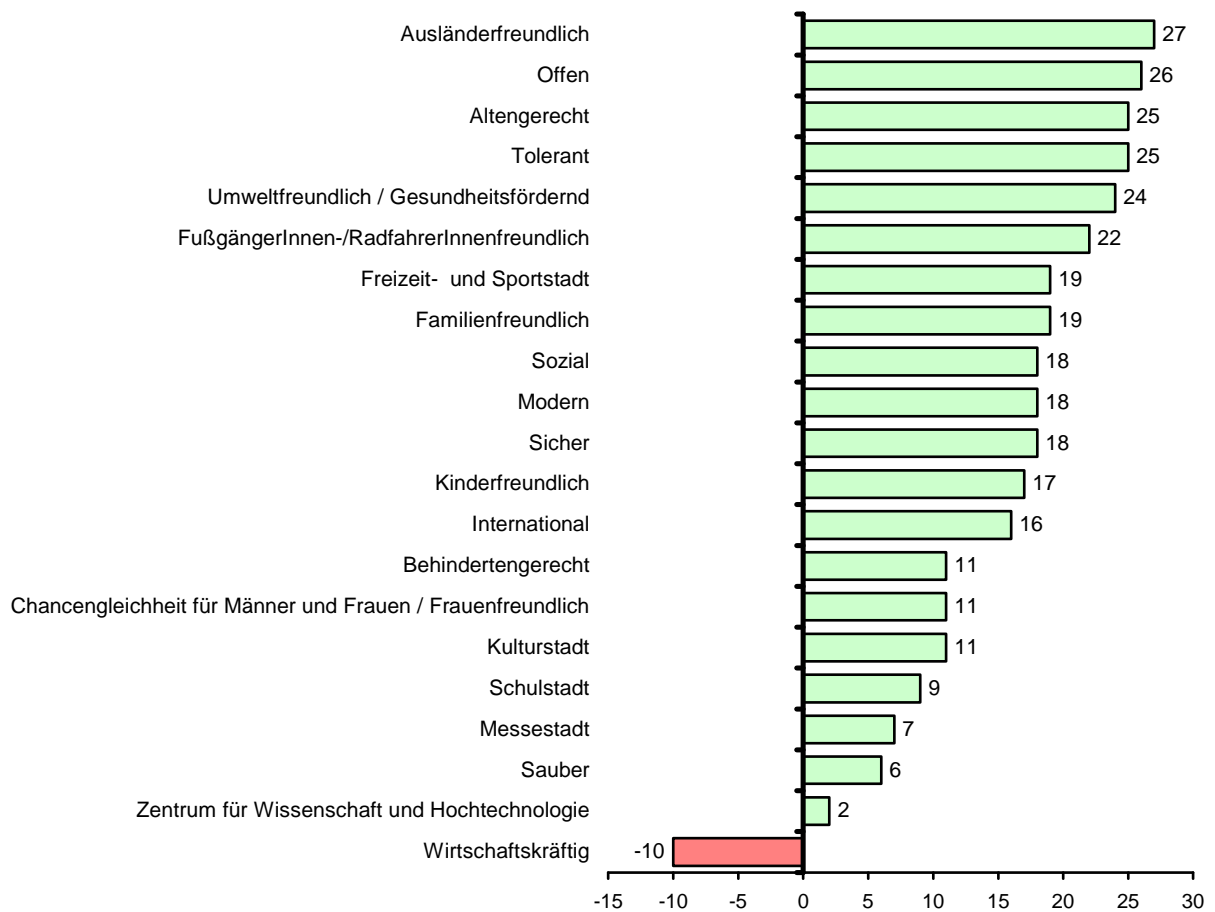
**Abbildung 3.10: Eigenschaften und Merkmale von München**



Man könnte nun behaupten, dass München aufgrund der zugeschriebenen Merkmale tendenziell eher auf integrierte und/oder voll leistungsfähige Menschen ausgerichtet sei. Denn die nur teilweise auf München zutreffenden Eigenschaften betreffen in erster Linie die Alten- und Behindertengerechtheit sowie die Kinder- und Familienfreundlichkeit.

Auch hier soll wieder zwischen der BürgerInnenbefragung 2005 und der von 2000 verglichen werden. Dabei fällt auf, dass alle Merkmale von den Befragten der BürgerInnenbefragung 2005 häufiger als auf München zutreffend genannt wurden als bei der Befragung 2000, mit Ausnahme des Merkmals „wirtschaftskräftig“ (Abbildung 3.11). Hier hat die Zustimmung um 10 Prozentpunkte abgenommen. Besonders deutlich hat sich die Zustimmung zu den Merkmalen „Ausländerfreundlich“ (+27 Prozentpunkte) und „Offenheit“ (+26 Prozentpunkte) verbessert. Auch beim Thema „Altengerechtigkeit“ ist eine deutliche Zunahme in der Zustimmung zu verzeichnen (+25 Prozentpunkte), wobei dieses Merkmal nach wie vor im Verhältnis zu den anderen Eigenschaften der Stadt München eher selten zugesprochen wird.

**Abbildung 3.11: Eigenschaften und Merkmale von München: Vergleich der BürgerInnenbefragung 2000 und 2005 (Angaben in Prozentpunkten)**



Zwischen den Lebensbedingungen bzw. Städteigenschaften und dem Geschlecht der Befragten zeigen sich für einzelne Bereiche signifikante Unterschiede in der Zuschreibung. Dort wo sich signifikante **geschlechtsspezifische Differenzen** zeigen, halten die männlichen Befragten das jeweilige Merkmal für die Stadt München eher für zutreffend. Entsprechende Befunde zeigen sich z.B. bei den Bereichen „Wirtschaftskraft“, „Toleranz“, „Sicherheit“, „Frauenfreundlichkeit“ und den sozialen Aspekten („Familienfreundlich“, „Kinderfreundlich“ usw.).

- Männer halten München eher für wirtschaftskräftig als Frauen (86% gegenüber 78%)
- Während 89% der Männer München als „sicher“ bezeichnen, sind es bei den Frauen 81%
- Als tolerant wird München auch häufiger von Männern (61%) als von Frauen (52%) eingeschätzt.
- Das Merkmal „Chancengleichheit für Männer und Frauen“ halten 57% der Männer, aber nur 47% der Frauen für zutreffend.



- „Ausländerfreundlich“ ist München für 58% der Männer, jedoch lediglich für 49% der Frauen.
- Ein ähnlicher Effekt zeigt sich bei der Eigenschaft „Kinderfreundlichkeit“, den 42% der männlichen Befragten München zuschreiben. Von den befragten Frauen sind dagegen nur 37% der Meinung, München sei „kinderfreundlich“.
- Noch deutlicher zeigt sich dieser Effekt bei der Altengerechtigkeit: 52% der Männer, aber nur 44% der Frauen sind der Meinung, München sei „altengerecht“.
- Schließlich bewerten Männer und Frauen auch die „Behindertengerechtigkeit“ Münchens unterschiedlich. Auch hier schreiben die Männer München die entsprechende Eigenschaft häufiger zu als Frauen (46% gegenüber 36%).

Auch hinsichtlich der **Nationalität** der Befragten zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Zuschreibung bestimmter Merkmalseigenschaften. Mit Ausnahme des Merkmals „wirtschaftskräftig“ werden alle Merkmale von den nicht deutschen Befragten wesentlich positiver beurteilt:

- So halten die Deutschen München für wirtschaftskräftiger als die nicht Deutschen (83% gegenüber 73%)
- „International“ ist München für 93% der nicht Deutschen, jedoch lediglich für 75% der Deutschen
- Auch als „sozial“ gilt München eher bei den nicht Deutschen als bei den Deutschen (74% gegenüber 49%)
- Für 63% der nicht Deutschen ist München eine tolerante Stadt, wobei auch hier nur 55% der Deutschen dies so sehen
- Die Sauberkeit von München wird von den nicht Deutschen mehr geschätzt. 84% der nicht Deutschen halten München für sauber, wobei es bei den Deutschen nur 67% sind
- Ein deutlicher Unterschied zeigt sich auch hinsichtlich der Familien- und Kinderfreundlichkeit. 69% der nicht Deutschen sprechen der Landeshauptstadt zu, familienfreundlich zu sein, aber nur 37% der Deutschen. Ebenso halten 63% der nicht Deutschen München für kinderfreundlich, aber wiederum nur 35% der Deutschen.
- Als modern wird München häufiger von den nicht Deutschen als von Deutschen eingeschätzt (80% gegenüber 67%).
- Hinsichtlich der Einschätzung der „Ausländerfreundlichkeit“ unterscheiden sich nicht Deutsche und Deutsche weniger deutlich voneinander (60% gegenüber 52%).
- Die Chancengleichheit für Männer und Frauen als ein Merkmal Münchens wird mit 74% gegenüber 48% ebenfalls deutlich häufiger von den nicht Deutschen wahrgenommen.
- Weiterhin wird München auch häufiger von den nicht Deutschen als „altengerecht“ eingestuft (73% gegenüber 43%).

- Während 78% der nicht Deutschen München als „umweltfreundlich“ bezeichnen, sind es bei den Deutschen nur 57%.
- Deutlich mehr nicht Deutsche als Deutsche halten München auch für behindertengerecht (75% gegenüber 34%).

Schließlich zeigen sich **altersspezifisch** folgende Tendenzen in der Zuschreibung bestimmter Merkmalseigenschaften:

- Die Befragten der **jüngeren und mittleren Altersklassen** bis 49 Jahre bezeichnen München im Vergleich zu den anderen Altersgruppen signifikant häufiger als sicher, sauber und altengerecht.
- **Ältere Befragte ab 60 Jahre und jüngere Befragte bis 29 Jahre** schreiben der Stadt München deutlich häufiger als die Befragten der anderen Altersgruppen folgende Eigenschaften zu: modern, international, offen, sozial, tolerant, Chancengleichheit für Männer und Frauen, umwelt-, familien-, ausländer- und kinderfreundlich. Zudem sehen sie München signifikant häufiger als Freizeit- und Sportstadt, als Kulturstadt, als Messestadt sowie als Zentrum für Aus- und Weiterbildung sowie Wissenschaft und Hochtechnologie.

Erwähnenswert sind darüber hinaus die Unterschiede in der Zuschreibung bestimmter Merkmalseigenschaften hinsichtlich der **Haushaltstypen**:

- Befragte aus **Haushalten ohne Kinder** bezeichnen München deutlich öfter als offen, tolerant, umwelt-, familien-, ausländer-, und kinderfreundlich als die Befragten aus Haushalten mit Kindern oder Alleinerziehende. Zudem sehen sie München im Vergleich häufiger als Schulstadt, als Freizeit- und Sportstadt sowie als Zentrum für Wissenschaft und Hochtechnologie.
- Außerdem bezeichnen die **Alleinerziehenden** in einem deutlich geringerem Ausmaß München als familienfreundlich als die Befragten aus den beiden anderen Haushaltstypen.
- Befragte aus **Haushalten mit Kindern** bezeichnen dagegen München im Vergleich mit den anderen beiden Gruppen häufiger als behindertengerecht.

Die genannten Merkmale sind auch deutlich abhängig von den berichteten Lebensbedingungen der Stadt. Dabei steht jede Eigenschaft positiv und statistisch signifikant mit den einzelnen Lebensbedingungen in Zusammenhang. In diesem Sinne schätzen z.B. die Befragten, die mit den Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in München sehr zufrieden sind, auch die Wirtschaftskraft von München eher hoch ein. Entsprechend klassifizieren Befragte, die die Versorgung mit Schulen in München positiv beurteilen, München häufiger als Schulstadt. Umgekehrt kennzeichnen die Befragten, die die Versorgung der Stadt mit Alten- und Pflegeheimen für unzulänglich halten, München seltener als alten- und behindertengerecht sowie kinderfreundlich.

Zusammenfassend kann München sowohl im Hinblick auf wahrgenommene Störungen und Belästigungen sowie die öffentliche Sicherheit als auch bezogen auf die Lebensbedingungen und die zugeschriebenen Eigenschaften als eine **Stadt mit relativ hoher Lebensqualität** bezeichnet werden, **in der sich der Durchschnitt der BewohnerInnen wohl fühlt.**

### 3.4 Kommunale Themen und Probleme

Für das Image einer Stadt ist es von Belang, für welche Bereiche sie finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellt, um das kommunale Umfeld und die Lebensbedingungen in der Stadt zu gestalten. Ein entscheidendes Kriterium zur Bewertung der Kommune ist dabei auch ihre Fähigkeit, mit den vorhandenen finanziellen Ressourcen effizient und gezielt umgehen zu können. Dabei geht es darum, einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen zu schaffen und die Gelder so einzusetzen, dass möglichst viele Bedürfnisse der BürgerInnen befriedigt werden. Es ist deshalb von großem Interesse zu erfahren, welche Bereiche für die Befragungsteilnehmer wichtig sind und wie sie die gegenwärtige Ausgabengestaltung einschätzen<sup>13</sup>. Hierzu konnten die Befragten im Interview für vorgegebene Bereiche angeben, ob sie die Ausgaben erhöhen, senken oder unverändert lassen möchten<sup>14</sup>, wodurch es möglich wurde, etwas über ihre Präferenzen zu erfahren. Insgesamt wurden 35 Einzelbereiche abgefragt, die man grob in sechs Hauptbereiche zusammenfassen kann:

- **„Wirtschaft“**  
Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung
- **„Soziales“**  
Sozialer Wohnungsbau, Einrichtungen für ältere Menschen, ambulante Pflege- und Sozialdienste, Integration von BürgerInnen nicht deutscher Herkunft, Gesundheitsförderung, soziale Beratungsstellen, Förderung bürgerschaftlichen Engagements, Bürgerbüros
- **„Kultur und Freizeit“**  
Sportmöglichkeiten, Stadtbibliotheken, Theater/Museen usw., Großveranstaltungen

---

<sup>13</sup> Hier ist zu berücksichtigen, dass alleine die Tatsache, dass jemand Mehrausgaben für einen Bereich fordert, nicht zwingend darauf schließen lässt, dass er diesen Bereich für besonders wichtig erachtet. Vielmehr kann es sich dabei auch um einen Bereich handeln, mit dem die oder der Befragte unzufrieden ist und deshalb eine Ausgabenerhöhung wünscht. Die Begriffe „Wichtigkeit“ und „Zufriedenheit“, die im folgenden jeweils verwendet werden sind deshalb immer zusammen zu denken. Eine eindimensionale Zuordnung und damit Interpretation ist für diesen Bereich nicht möglich.

<sup>14</sup> Die genaue Formulierung der Frage lautete: „Die Stadt München kann sich – wie ein Privathaushalt – nicht alles gleichzeitig leisten. Meistens muss man, wenn man für eine Sache mehr Geld ausgeben will, an anderer Stelle einsparen. Geben Sie bitte für jeden Aufgabenbereich an, ob Ihrer Meinung nach die Stadt hier Geld einsparen kann, also Leistungen beschränken soll, die Ausgaben unverändert bleiben sollen, die Leistungen verbessert werden sollten, also mehr Geld ausgegeben werden soll.“

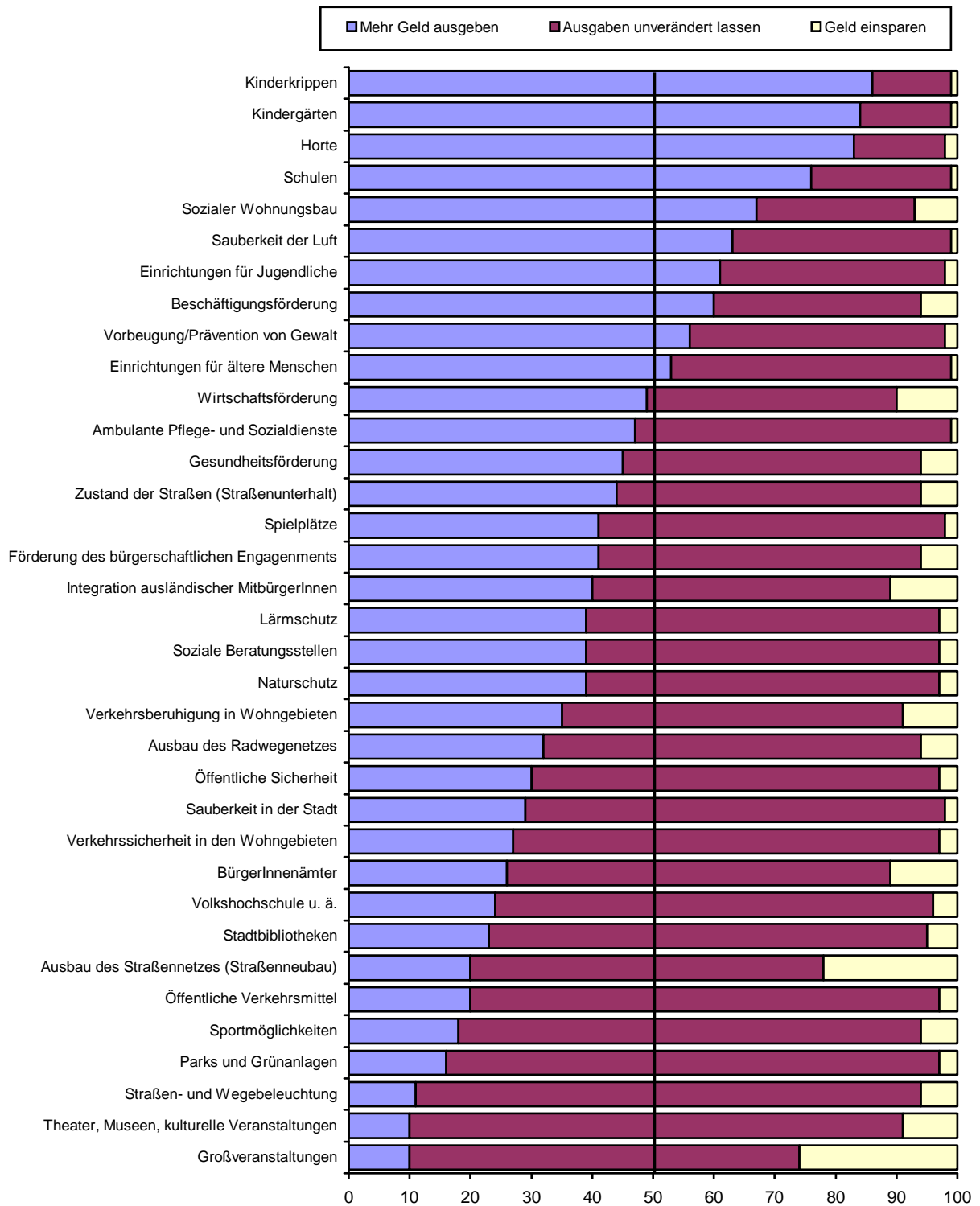
- **„Bildung und Kinderbetreuung“**  
Kinderkrippen, Kindergärten, Horte, Einrichtungen für Jugendliche, Spielplätze, Schulen, VHS u.ä.,
- **„Umwelt- und Naturschutz“**  
Sauberkeit der Luft, Naturschutz, Lärmschutz, Sauberkeit in der Stadt sowie Parks und Grünanlagen
- **„Verkehr und Sicherheit“**  
Öffentliche Verkehrsmittel, Ausbau des Radwegenetzes, Zustand der Straßen, Ausbau des Straßennetzes, Verkehrssicherheit und –beruhigung in den Wohngebieten, Straßen- und Wegebeleuchtung, Vorbeugung/Prävention von Gewalt, öffentliche Sicherheit.

Lässt man die Befragten unberücksichtigt, die sich zu den Einzelbereichen nicht äußern konnten oder wollten, so zeigen sich ganz allgemein folgende Tendenzen in der **Wichtigkeit und Zufriedenheit der Aufgabenbereiche**, gemessen an den jeweils zugemessenen Ausgabenerhöhungen oder –senkungen (*Abbildung 3.12*):

- Ein erster Komplex zeichnet sich durch eine nachdrücklich geforderte **Ausgabenerhöhung** aus: In diesen Bereichen fordern über die Hälfte bis weit über drei Viertel der Befragten eine Erhöhung der Ausgaben durch die Landeshauptstadt München (z.B. Einrichtungen für Kinder (83% bis 86%), Schulen (76%), Einrichtungen für Jugendliche (61%) und SeniorInnen (53%), sozialer Wohnungsbau (67%), Pflege- und Sozialdienste (53%)
- Neben diesen **Ausgabenerhöhungen** in den sozialen Bereichen wünschen sich auch mehr als die Hälfte der Befragten Mehrausgaben zur Verbesserung der Luftqualität (63%) und der Gewaltprävention (56%)
- Ein zweiter Aufgabenkreis ist dadurch gekennzeichnet, dass auch hier etwa ein Viertel bis ein Drittel der Befragten eine Erhöhung der Ausgaben in diesen Bereichen befürwortet. Die meisten Bürgerinnen und Bürger möchten in diesen Bereichen jedoch die **Ausgaben möglichst unverändert** lassen, z.B. öffentliche Sicherheit (67%), Sauberkeit in der Stadt (69%), Verkehrssicherheit in den Wohngebieten (70%), BürgerInnenbüros (63%), VHS u.a. (72%), Stadtbibliotheken (72%)
- Schließlich bleiben zwei Einzelbereiche, für die etwa ein Viertel der Befragten Einsparungen fordern: der Ausbau des Straßennetzes (22%) und Großveranstaltungen (26%).

Unabhängig von diesen generellen Tendenzen ist erkennbar, dass bei den Bürgerinnen und Bürgern insgesamt die Aufgabenfelder „Kinder- und Jugendbetreuungsangebote“, „Wohnungsbau“ und „soziale Einrichtungen“ in der Prioritätenliste ganz oben stehen.

**Abbildung 3.12: Gewünschte Ausgaben für verschiedene Bereiche (Angaben in Prozent)**



Neben den in den *Kapiteln 5.2.1. bis 5.2.3* ausführlich behandelten nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifischen Effekten zeigen sich ganz allgemein folgende Tendenzen für die einzelnen Aufgabenbereiche, gemessen an den jeweils zugemessenen Ausgabenerhöhungen oder –senkungen für diese Gruppen:

- Die Befragten **deutscher Haushalte** möchten häufiger als diejenigen nicht deutscher Haushalte, dass mehr Geld für die Wirtschaftsförderung, die ambulanten Pflege- und Sozialdienste, die Einrichtungen für ältere Menschen, den Naturschutz und für alle verkehrs- und sicherheitsrelevanten Bereiche ausgegeben wird (*siehe Tabellen 5.4 bis 5.9, Seiten 147 - 149*).
- **Nicht deutsche BürgerInnen** fordern im Vergleich häufiger mehr Ausgaben im Bereich Beschäftigungsförderung sowie für den sozialen Wohnungsbau, die Integration ausländischer Mitbürger, für Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen, Sportmöglichkeiten, Großveranstaltungen, große Freizeitparks, für den Bereich Schule und für Parks und Grünanlagen (*siehe Tabellen 5.4 bis 5.9, Seiten 147 - 149*).
- Die befragten **Frauen** würden es im Vergleich zu den männlichen Befragten begrüßen, wenn mehr Geld für die Beschäftigungsförderung, die ambulanten Pflege- und Sozialdienste, soziale Beratungsstellen, für fast alle bildungs- und erziehungsrelevanten Bereiche sowie für die Verkehrsberuhigung in Wohngebieten, die Straßen- und Wegebeleuchtung, die öffentliche Sicherheit und die Vorbeugung/Prävention von Gewalt ausgegeben würde (*siehe Tabellen 5.12 bis 5.17, Seiten 155 - 157*).
- Die befragten **Männer** fordern dagegen im Vergleich vor allem häufiger mehr Geld für den Straßenunterhalt und –ausbau (*siehe Tabellen 5.12 bis 5.17, Seiten 155 - 157*).
- Die **jüngeren Befragten** wünschen sich im Vergleich hauptsächlich mehr Ausgabenerhöhungen für die Integration ausländischer Mitbürger, für Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen, Großveranstaltungen, Parks und Grünanlagen, für den Naturschutz und den öffentlichen Personennahverkehr (*siehe Tabellen 5.18 bis 5.23, Seiten 162 - 168*).
- **Ältere Befragte** wünschen sich im Vergleich vor allem mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau, für die Sauberkeit der Stadt, den Lärmschutz, die öffentliche Sicherheit und die Vorbeugung/Prävention von Gewalt (*siehe Tabellen 5.18 bis 5.23, Seiten 162 - 168*).
- Erwähnenswert ist ebenfalls, dass die **mittleren Altersjahrgänge** im Vergleich häufiger mehr Ausgaben für die Einrichtungen für ältere Menschen, für Stadtteilbibliotheken und Stadtteiltreffs, für Schulen, Spielplätze, Einrichtungen für Jugendliche und den Lärmschutz fordern. (*Tabellen 5.18 bis 5.23, Seiten 162 - 168*).

### 3.4.1 Wirtschaft und Soziales

Die Bereiche "Wirtschaft" und "Soziales" stellen Kernaufgaben des kommunalen Gemeinwesens dar, da von ihrer Gestaltung sowohl der Wohlstand der Kommunen selbst und damit ihre finanzielle Handlungsfähigkeit, als auch die Lebensqualität jeder einzelnen Mitbürgerin und jedes einzelnen Mitbürgers abhängt. Es war deshalb zu erwarten, dass die Befragten für diese Bereiche generell mehr Geld zur Verfügung stellen möchten. In der Tat lässt sich feststellen (*Abbildung 3.12*), dass für alle wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der Anteil der Befragten, die eine Erhöhung der Ausgaben wünschen, stets höher ist als der Anteil derjenigen Befragten, welche die Geldmittel kürzen möchten.

Betrachtet man zunächst die Ausgabenplanung für den Bereich „Wirtschaft“, so lässt sich daraus erschließen, wie wichtig die Befragten diesen Bereich als kommunales Betätigungsfeld einschätzen bzw. wie zufrieden oder unzufrieden sie damit sind und deshalb einen Veränderungsbedarf formulieren. Neben den in den *Kapiteln 5.2.1. bis 5.2.3* behandelten nationalitäts-, geschlechts- und altersspezifischen Effekten zeichnen sich für den Aufgabenbereich der **Wirtschaftsförderung** folgende wichtige Ergebnisse ab (*Tabelle 3.3*): Dreipersonenhaushalte, Haushalte mit 3 und mehr Kindern sowie Alleinerziehende wollen am häufigsten die Ausgaben für den Bereich "Wirtschaftsförderung" erhöhen.

Im Unterschied zum Bereich "Wirtschaftsförderung" wollen im Bereich "**Beschäftigungsförderung**" insgesamt etwas weniger Befragte Einsparungen vornehmen (6% gegenüber 10%) und dementsprechend deutlich mehr Befragte mehr Geld ausgeben (60% gegenüber 49%). Der größere Wunsch nach Mehrausgaben bei der Beschäftigungsförderung hängt damit zusammen, dass die Befragten diesen Bereich viel unmittelbarer als für ihr persönliches Leben wichtig wahrnehmen. Der Bereich "Wirtschaftsförderung" wird nicht notwendigerweise mit mehr Arbeitsplätzen und besseren Arbeitsmöglichkeiten in Zusammenhang gebracht. Die Beschäftigtenförderung wird als "überschaubarer" und "direkter" erfahren. Ihr werden deshalb auch eher positive Effekte auf mehr Arbeitsplätze zugeschrieben als der "abstrakteren" Wirtschaftsförderung.

Die Befragten sind darüber hinaus um so eher bereit, für die Wirtschaftsförderung und die Beschäftigungsförderung Ausgabenerhöhungen zu tätigen, je niedriger ihr Bildungsniveau ist. So möchten 56% bzw. 68% der Befragten mit Volks-/ Hauptschulabschluss, dass für diesen Bereich mehr Geld bereit gestellt wird, wohingegen es bei den (Fach-)Abiturienten nur 41% bzw. 53% sind.

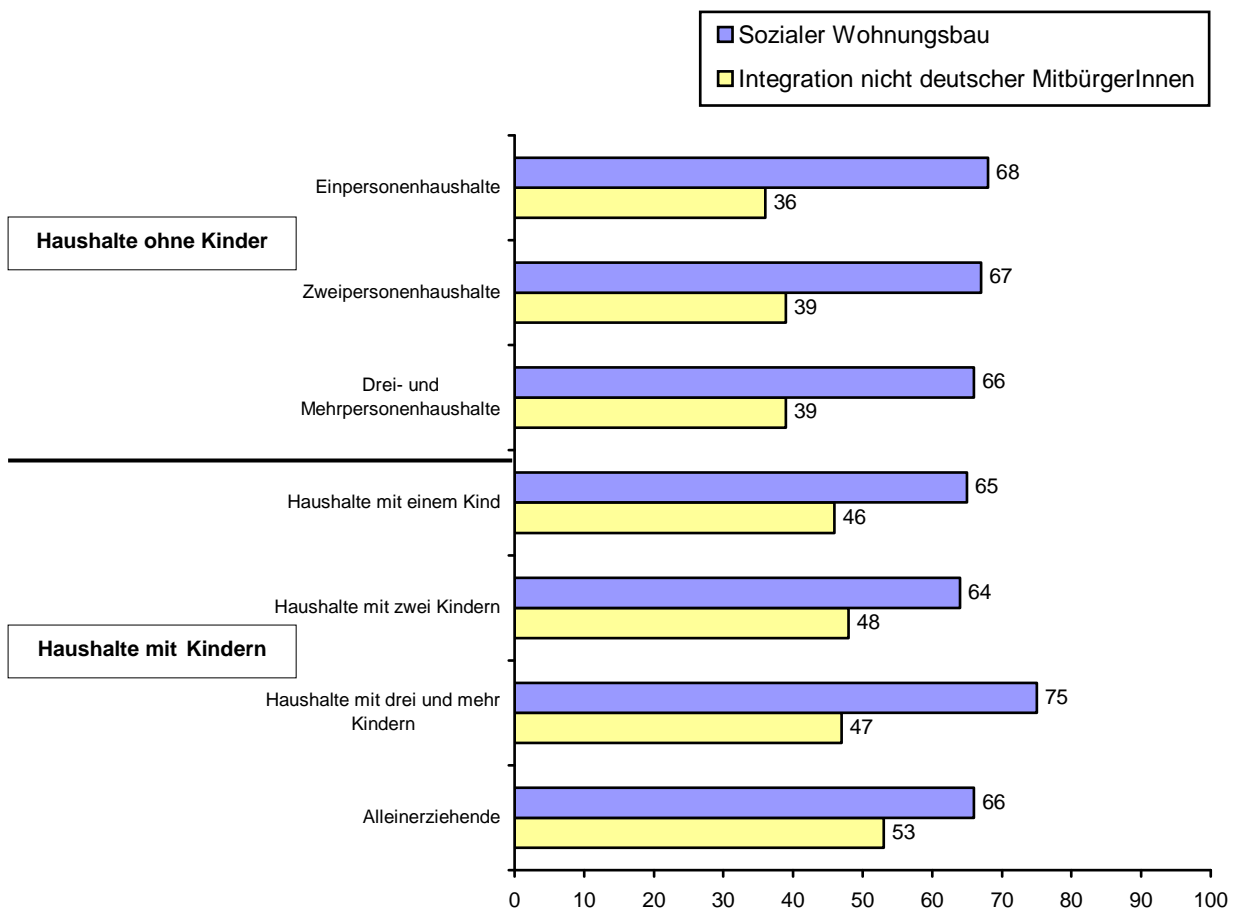
**Tabelle 3.3: Ausgaben für die Bereiche "Wirtschaftsförderung (WF) und Beschäftigungsförderung (BF)" und Geschlecht, Alter, Haushaltstyp und Nationalität (Angaben in Prozent)**

	Geld einsparen		Ausgaben unverändert lassen		Mehr Geld ausgeben	
	WF	BF	WF	BF	WF	BF
<b>Geschlecht</b>						
Männlich	13	9	42	38	44	53
Weiblich	7	3	40	30	52	67
<b>Alter</b>						
Bis 29 Jahre	9	3	39	34	52	63
30 bis 39 Jahre	15	9	39	34	45	56
40 bis 49 Jahre	10	6	46	34	44	61
50 bis 59 Jahre	10	5	37	27	53	67
60 bis 69 Jahre	8	5	42	36	49	59
70 und älter	4	4	47	40	50	56
<b>Haushaltstyp</b>						
<i>Haushalte ohne Kinder</i>						
Einpersonenhaushalte	9	6	43	34	47	60
Zweipersonenhaushalte	11	6	42	36	48	59
Drei- und Mehrpersonenhaushalte	8	4	37	34	55	63
<i>Haushalte mit Kindern</i>						
Haushalte mit einem Kind	12	7	41	32	47	62
Haushalte mit zwei Kindern	13	8	45	34	42	58
Haushalte mit drei und mehr Kindern	2	2	36	29	62	69
Alleinerziehende	11	3	31	30	58	67
<b>Nationalität</b>						
Deutsche	12	7	43	37	45	56
Nicht Deutsche	1	1	26	14	72	85
<b>Bildung</b>						
Volks-/Hauptschule	6	3	38	30	56	68
Mittlere Reife	7	4	39	31	54	65
(Fach-)Hochschulreife	14	9	45	38	41	53
Kein Abschluss	70		21	17	71	83
Noch in schulischer Ausbildung	-	-	29	29	71	71
<b>Insgesamt</b>	<b>10</b>	<b>6</b>	<b>41</b>	<b>34</b>	<b>49</b>	<b>60</b>



Für den **Bereich „Soziales“** lassen sich folgende wichtige Ergebnisse festhalten: Die Prioritäten der einzelnen Haushaltstypen unterscheiden sich zum Teil sehr deutlich.<sup>15</sup> Befragte aus Haushalten mit drei und mehr Kindern würden deutlich mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau ausgeben als alle anderen Haushalte. Zudem möchten die Haushalte mit Kindern sehr viel häufiger als die Haushalte ohne Kinder, dass die Stadt mehr Geld für die Integration von nicht deutschen MitbürgerInnen ausgibt (*Abbildung 3.13*).

**Abbildung 3.13: Ausgaben für ausgewählte Aspekte des Bereichs „Soziales“ und Haushaltstyp (Nur Kategorie „mehr Geld ausgeben“; Angaben in Prozent)**



<sup>15</sup> Die Prozentangaben beziehen sich auf die aus der ursprünglichen Variablen "Haushaltstyp" neu gebildeten Variablen "Haushalte mit/ohne Kinder(n)". Hierbei wurden die "Einpersonenhaushalte", "Zweipersonenhaushalte" und "Drei- und Mehrpersonenhaushalte" zur Kategorie "Haushalte ohne Kinder" und die "Haushalte mit einem Kind", "Haushalte mit zwei Kindern", "Haushalte mit drei und mehr Kindern" und "Alleinerziehende" zur neuen Kategorie "Haushalt mit Kindern" zusammengefasst. Zudem beinhaltet dieses Ergebnis eine altersspezifische Komponente, da die Befragten der Haushalte ohne Kinder deutlich älter (Durchschnitt: 50 Jahre) sind als die Befragten der Haushalte mit Kindern (Durchschnitt: 40 Jahre).

### 3.4.2 Kultur und Freizeit

Neben dem wirtschaftlichen und sozialen Bereich sollte auch der Bereich Kultur und Freizeit monetär bewertet werden. Im Unterschied zu den Bereichen "Wirtschaft" und "Soziales" wird der Bereich "Kultur" normalerweise als weniger wichtiges Aufgabefeld der Kommunen angesehen, da er die individuelle Lebensqualität der Bürger weniger unmittelbar bestimmt. Im Ergebnis der Untersuchung zeigt sich tatsächlich (*Abbildung 3.12, Seite 90*), dass die überwiegende Mehrheit der Befragten vor allem in den Bereichen "Theater, Museen, kulturelle Veranstaltungen" (81%), "Sportmöglichkeiten" (76%), "Stadtbibliothek" (72%) und "VHS u.a. (72%)" keine Änderungen an der Ausgabenplanung vornehmen möchte. Aus diesem Ergebnis kann umgekehrt geschlossen werden, dass der überwiegende Teil mit dem kulturellen und Freizeitangebot der Stadt München zufrieden ist und hier kaum Defizite erkennt, die über eine Ausgabenerhöhung behoben werden müssten. Die überdurchschnittliche Zufriedenheit mit den kulturellen Lebensbedingungen Münchens wird auch deutlich, wenn man berücksichtigt, dass drei Viertel der Befragten mit dem kulturellen Angebot sehr zufrieden bzw. zufrieden sind.<sup>16</sup>

Für den kulturellen Bereich differenzieren sich die Ergebnisse hinsichtlich der einzelnen Haushaltstypen nur geringfügig. Lediglich bei den Ausgaben für den Sportbereich zeigt sich, dass die Alleinerziehenden hier mehr Geld als die Befragten der beiden anderen Haushaltstypen ausgeben möchten.

### 3.4.3 Bildung und Kinderbetreuung

Weitere Punkte beziehen sich auf den Bereich "Bildung und Kinderbetreuung" (*Abbildung 3.12, Seite 90*). Es war davon auszugehen, dass die Befragten gerade hier Ausgaben erhöhen würden, da dieser Bereich die Lebenschancen der Befragten zum Teil direkt betrifft. Die Ergebnisse der BürgerInnenbefragung bestätigen dies auch: So geben 76% der Befragten an, dass sie die Schulen für einen wichtigen Lebensbereich halten bzw. mit seiner Ausstattung bisher unzufrieden sind und dementsprechend für diesen Bereich eine Ausgabenerhöhung wünschen. Mit Ausnahme des Bereichs "VHS, u.a." würden die Befragten die Ausgaben für alle bildungs- und kinderbetreuungsrelevanten Bereiche deutlich erhöhen. So wünschen sich 86% der Befragten mehr Geld für Kinderkrippen, 84% für Kindergärten, 83% für Horte und 61% würden die Ausgaben für Jugendeinrichtungen erhöhen. Die Bedeutung des Bildungs- und Kinderbetreuungsbereichs wird nochmals deutlich, wenn man sich die Tatsache vor Augen führt, dass nur sehr wenige Befragte die Ausgaben der Stadt für diesen Bereich kürzen würden (1% bis 2%). Weiterhin kann man festhalten, dass Befragte aus Haushalten mit Kindern die Ausgaben für Schulen (84% gegenüber 74%)

---

<sup>16</sup> Die Variable "Kulturangebot" wurde auf der Grundlage einer Faktorenanalyse aus den ursprünglichen Variablen "Theater- und Konzertangebot" und "Angebot an/in Museen, Galerien, Ausstellungen" gebildet.

und Einrichtungen für Jugendliche (67% gegenüber 58%) deutlicher erhöhen würden als Befragte aus Haushalten ohne Kinder.<sup>17</sup>

### 3.4.4 Umwelt und Naturschutz

Auch zu dem wichtigen Bereich "Umwelt und Naturschutz", der in der Bevölkerung hohe Aufmerksamkeit genießt, sollte eine fiktive Ausgabengestaltung vorgenommen werden. Dabei sind die Befragten (*Abbildung 3.12, Seite 90*) mit den Ausgaben für die meisten abgefragten Umweltbereiche insgesamt zufrieden und würden sie dementsprechend unverändert lassen (Lärmschutz und Naturschutz jeweils 58%). Eine Ausnahme stellt allerdings der Bereich Luftsauberkeit dar, für den von der Mehrheit der Befragten eine Ausgabenerhöhung (63%) gefordert wird.<sup>18</sup>

Indem die meisten Befragten die Ausgaben im Umweltbereich unverändert lassen würden, signalisieren sie, dass sie mit der bisherigen Ausgabenpolitik der Stadt München in diesem Bereich zufrieden sind bzw. eine umfassender Förderung durch die Stadt nicht für wichtig erachten. Besonders für Parks und Grünanlagen (81%) sowie die Aufrechterhaltung der Sauberkeit in der Stadt (69%) besteht kein Änderungsbedarf.

### 3.4.5 Verkehr und Sicherheit

Ein weiterer traditionell bedeutsamer Bereich der kommunalen Planung ist der Bereich "Verkehr und Sicherheit". Insbesondere das Thema **Sicherheit** wird in den Medien ausgiebig diskutiert. Dadurch entsteht bei den Bürgerinnen und Bürgern bezogen auf dieses Thema ein hohes Problembewusstsein. Es ist also davon auszugehen, dass viele Befragte für die sicherheitsrelevanten Bereiche (Vorbeugung/Prävention von Gewalt und Öffentliche Sicherheit) Mehrausgaben fordern dürften. Die Untersuchungsergebnisse zeigen jedoch, dass für den Bereich Sicherheit deutlich weniger Befragte Mehrausgaben fordern als für die Bereiche „Soziales“ und „Bildung“ (*Abbildung 3.12, Seite 90*). Zwar wünschen sich für die Vorbeugung und Prävention von Gewalt noch über die Hälfte der Befragten mehr Geld (56%) und knapp ein Drittel für die Öffentliche Sicherheit (30%), der Anteil der Befragten, der mit den bisherigen Ausgaben in diesen beiden Bereichen zufrieden ist, ist aber ebenfalls recht hoch (42% bzw. 67%).

---

<sup>17</sup> Die Prozentangaben beziehen sich auf die aus der ursprünglichen Variablen "Haushaltstyp" neu gebildeten Variablen "Haushalte mit/ohne Kinder(n)". Hierbei wurden die "Einpersonenhaushalte", "Zweipersonenhaushalte" und "Drei- und Mehrpersonenhaushalte" zur Kategorie "Haushalte ohne Kinder" und die "Haushalte mit einem Kind", "Haushalte mit zwei Kindern", "Haushalte mit drei und mehr Kindern" und "Alleinerziehende" zur neuen Kategorie "Haushalt mit Kindern" zusammengefasst.

<sup>18</sup> Hier ist zu vermuten, dass die zum Zeitpunkt der Befragung aktuelle Feinstaubdebatte in München Ausstrahlungseffekte verursacht hat, die zu diesem Ergebnis geführt haben.

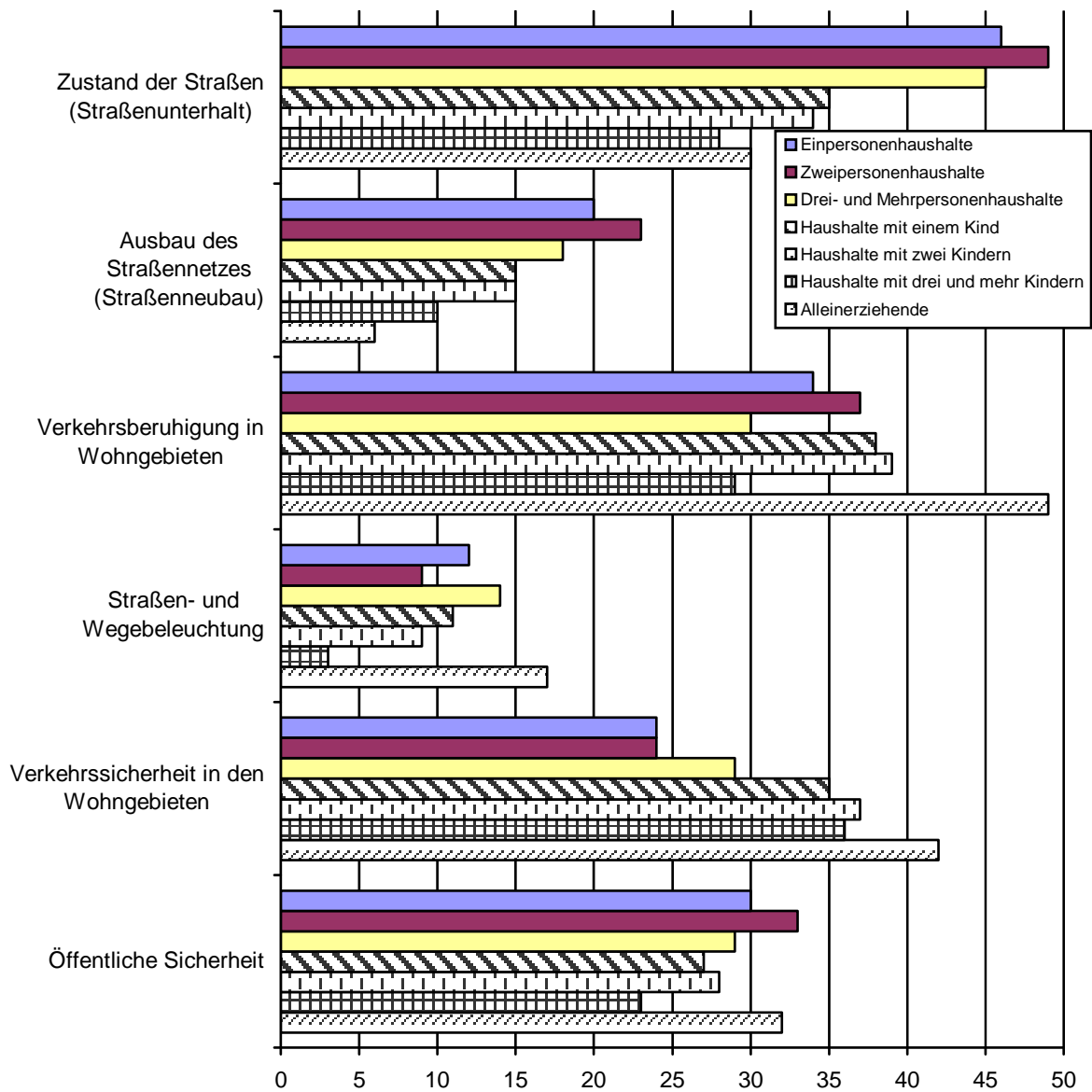
Für die **verkehrsrelevanten Bereiche** möchten die meisten Befragten die Ausgaben unverändert lassen. Am eindeutigsten erkennbar ist dies bei den städtischen Ausgaben für die „Straßen- und Wegebeleuchtung“ (83%) und die „Verkehrssicherheit in den Wohngebieten“ (70%).

Auch für den Bereich "Verkehr und Sicherheit" zeigen die Ergebnisse der Befragung 2005 **haushaltsspezifisch unterschiedliche Forderungen**: Für den Straßenneubau und Straßenunterhalt möchten Haushalte ohne Kinder generell mehr Geld zur Verfügung stellen als Haushalte mit Kindern (*Abbildung 3.14*).<sup>19</sup> Für die Verkehrssicherheit in den Wohngebieten, Verkehrsberuhigung und die Straßen- bzw. Wegebeleuchtung möchten demgegenüber die Alleinerziehenden häufiger, dass mehr Geld ausgegeben würde, als die Befragten der anderen beiden Haushaltstypen.

---

<sup>19</sup> Bezug sind hier wieder die aus der ursprünglichen Variablen "Haushaltstyp" neu gebildeten Variablen "Haushalte mit/ohne Kinder(n)". Hierbei wurden die "Einpersonenhaushalte", "Zweipersonenhaushalte" und "Drei- und Mehrpersonenhaushalte" zur Kategorie "Haushalte ohne Kinder" und die "Haushalte mit einem Kind", "Haushalte mit zwei Kindern", "Haushalte mit drei und mehr Kindern" und "Alleinerziehende" zur neuen Kategorie "Haushalt mit Kindern" zusammengefasst.

**Abbildung 3.14: Gewünschte Ausgaben für verschiedene verkehrs- und sicherheitsrelevante Bereiche und Haushaltstyp (Nur Kategorie „mehr Geld ausgeben“; Angaben in Prozent)**

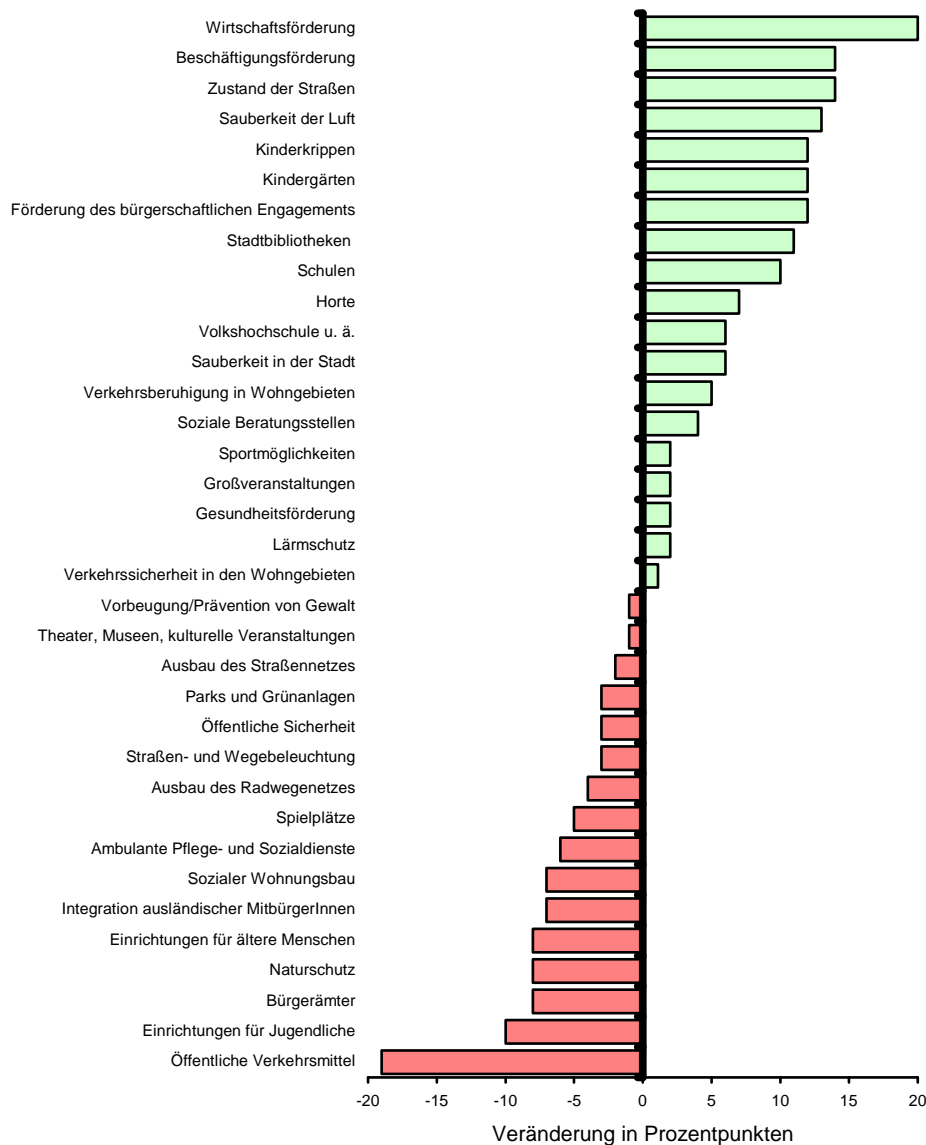


### 3.4.6 Vergleich der gewünschten Ausgaben der BürgerInnenbefragung 2005 mit der BürgerInnenbefragung 2000

Ein Vergleich der aktuellen Ergebnisse mit der BürgerInnenbefragung 2000 ergibt folgendes (Abbildung 3.15): Vor allem für die Wirtschafts- (+ 20 Prozentpunkte) und Beschäftigungsförderung (+ 14 Prozentpunkte), den Straßenunterhalt (+ 14 Prozentpunkte) und die Sauberkeit der Luft (+ 13 Prozentpunkte) möchten die Befragten 2005 mehr Geld ausgeben als noch im Jahr 2000. Deutlich weniger Geld ausgeben als noch im Jahr 2000 möchten die Befragten insbesondere für öffentli-

che Verkehrsmittel (- 19 Prozentpunkte) und für Einrichtungen für Jugendliche (- 10 Prozentpunkte), die aber immer noch für sehr wichtig erachtet werden.

**Abbildung 3.15: Gewünschte Ausgaben im Vergleich zum Jahr 2000 (Veränderung in Prozentpunkten der Kategorie „mehr Geld ausgeben“)**



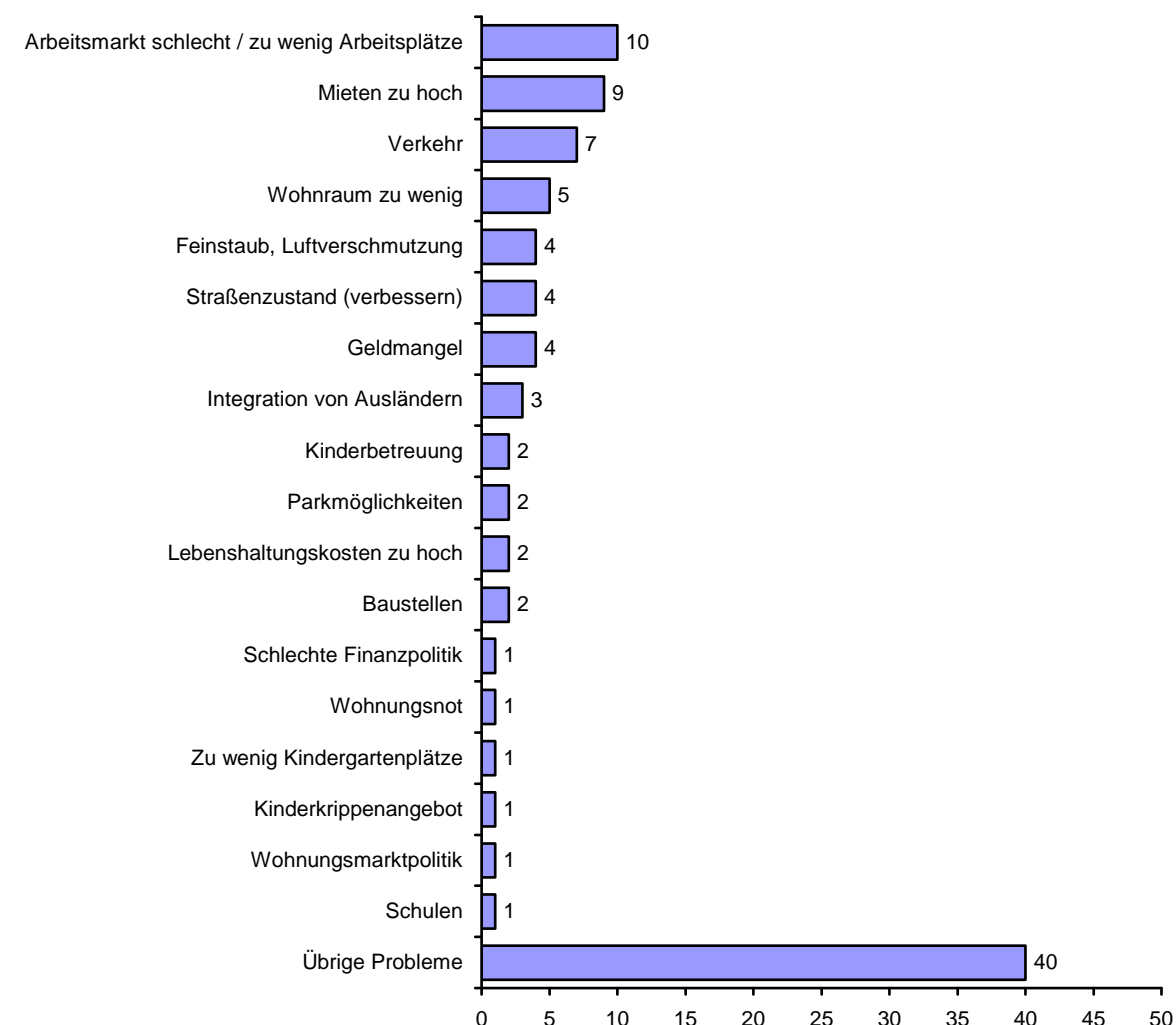
### 3.4.7 Die größten Probleme in München

Zusätzlich zu der Tatsache, dass eine Einschätzung der gegenwärtigen Ausgaben-gestaltung der Stadt, Hinweise auf bestimmte Präferenzen der Bürgerinnen und Bür-ger erlaubt, wurde in der Befragung offen nach den zurzeit größten Problemen in München gefragt<sup>20</sup>, um so Anhaltspunkte auf die aus Sicht der MünchnerInnen am dringlichsten zu lösenden Aufgaben zu erhalten.

<sup>20</sup> Die Frage lautete: „Was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die größten Probleme in München? Sagen Sie mir bitte bis zu fünf Probleme, die Ihrer Meinung nach am dringlichsten sind.“

Von den 3.059 Befragten wurden hier insgesamt 5.869 Problembereiche angegeben, wobei insgesamt 366 Personen zu dieser Frage überhaupt keine Angaben machten. Im Schnitt wurden also von den verbleibenden 2.693 Bürgerinnen und Bürgern jeweils zwei Problembereiche angegeben. Die dringlichsten Probleme sehen die Münchnerinnen und Münchner auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt (*Abbildung 3.16*)<sup>21</sup>: Zusammengenommen nennen 15% der Befragten Probleme, die mit dem Wohnungsmarkt in Zusammenhang stehen („Mieten zu hoch“, „Wohnraum zu wenig“ und „Wohnungspolitik“) und 10% der Befragten mahnen einen zu schlechten Arbeitsmarkt oder zu wenig Arbeitsplätze an. Ein großer Teil der Befragten hat sehr detailliert einzelne Problembereiche angeführt. Insgesamt 40% der Münchnerinnen gaben solche „übrige Problembereiche an, die von „zu viele Büroneubauten“ über „ÖPNV – schlechte Verbindung“ bis hin zu „mehr Hundekotentsorgungskästen“ reichen.

**Abbildung 3.16: Dringlichste Probleme in München (Mehrfachantworten möglich Angaben in Prozent; N = 5.869)**



<sup>21</sup> Einzelnen aufgeführt sind hier nur Bereiche, für die 50 und mehr Nennungen vorliegen.

### 3.4.8 Fazit

Zusammenfassend kann man festhalten, dass die von den Befragten vorgeschlagenen Ausgaben auf der einen Seite sehr gut die eigenen Wünsche widerspiegeln, dass sie aber auf der anderen Seite auch eine Reflexion der Zufriedenheit mit diesen Bereichen und damit der gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemlagen darstellen:

- So steht wie schon im Jahr 2000 das Thema „**Kinderbetreuung**“ nach wie vor **an erster Stelle** der von den Münchner BürgerInnen erkannten Problemfelder. Die Nachfrage nach Kindertageseinrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten und Horte) scheint nach wie vor sehr groß zu sein. Hier geben die Befragten deutlich zu erkennen, dass sie in dieser Hinsicht ein noch stärkeres Engagement der Stadt einfordern. Es ist dabei hervorzuheben, dass auch die Haushalte ohne Kinder hier ein stärkeres Engagement der Stadt einfordern, wobei hier ein ähnlich hoher Anteil Mehrausgaben fordert wie bei den Haushalten mit Kindern. (zwischen 83% und 85%).
- An **zweiter Stelle** steht der Bereich „**Schule**“. Im Vergleich zur BürgerInnenbefragung 2000 ist der Anteil derjenigen, die hier einen größeren Einsatz der Stadt wünschen, deutlich gewachsen. Hier scheinen sich die Effekte der Pisa-Diskussion und der allgemeinen bildungspolitischen Debatten der letzten Jahre auszuwirken. So wurde einer breiten Öffentlichkeit der Stellenwert von Bildung für die berufliche Entwicklung und die allgemeine Lebenszufriedenheit deutlich. Viele BürgerInnen sind daher der Meinung, dass in die Bildung der nachwachsenden Generation mehr investiert werden muss und sehen hier auch die Stadt in der Verantwortung.
- Ein **drittes Thema** mit nach wie vor hoher Priorität ist der „**bezahlbare Wohnraum**“. Deutlich wird dies durch den sehr hohen Anteil von Befragten, der sich Mehrausgaben für den sozialen Wohnungsbau in München wünscht.
- Ein **viertes Thema** sind die **Einrichtungen für Jugendliche**. Hier sind zwei Drittel aller Befragten mit dem Angebot unzufrieden oder erachten es als wichtig und fordern daher Mehrausgaben, wobei hier auch 58% der Haushalte ohne Kinder eine Ausgabenerhöhung als geboten ansehen.
- An **fünfter Stelle** steht der **Beschäftigungsbereich**, für den Mehrausgaben im Bereich der Beschäftigungsförderung gewünscht werden. Hier zeigen sich erste Effekte der arbeitsmarktpolitischen Situation der vergangenen Jahre, die sich mit Einführung des Hartz-IV-Gesetzes Anfang des Jahres noch verschärft haben dürften. Immer prekärer werdende Formen von Erwerbstätigkeit und eine große Unsicherheit hinsichtlich der eigenen Beschäftigungssituation lenken die Aufmerksamkeit der Bürgerinnen und Bürger auf diesen Bereich. Die Bedeutung des arbeitsmarktpolitischen Bereiches wird auch klar, wenn man berücksichtigt, dass im Vergleich zu 2000 der Wunsch, für die Bereiche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung mehr Geld auszugeben, zugenommen hat.



- Ein **sechstes Thema**, das die BürgerInnen bewegt, ist auch weiterhin die Frage nach der zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft. So werden Ausgabenerhöhungen für die **Vorbeugung und Prävention von Gewalt** ebenfalls noch von einem überwiegenden Teil der Befragten gefordert. Dass die BürgerInnen die Lösung dieses Problembereichs nicht allein in einer "größeren Polizeipräsenz" gesichert sehen, zeigt die gegenüber der Gewaltprävention deutlich geringere Forderung nach Mehrausgaben für die öffentliche Sicherheit.
- Schließlich stellen wohl auch auf Grund der demografischen Entwicklung die **Einrichtungen für ältere Menschen** ein Thema dar, welches die Münchner BürgerInnen beschäftigt. So möchte ein größerer Teil der Befragten für entsprechende Einrichtungen die Ausgaben erhöhen.

Insgesamt zeigt sich damit, dass auch bei den Münchner BürgerInnen die Bereiche im Vordergrund stehen, die in der Öffentlichkeit derzeit am umfassendsten diskutiert werden: Kinderbetreuung, Bildung, Wohnungs- und Arbeitsmarkt, Sicherheit und Alter.

### 3.5 Informationsangebote der Stadtverwaltung und Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik

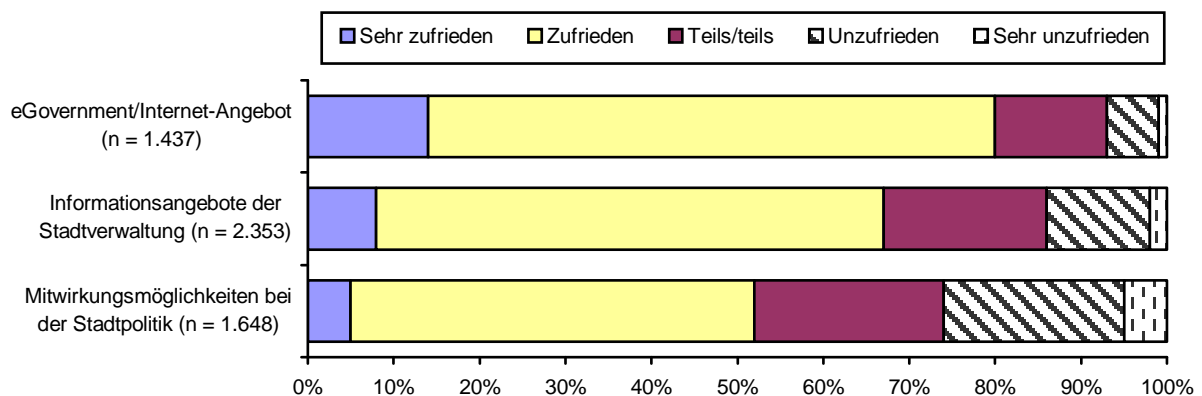
Die seit einigen Jahren betriebene Verwaltungsmodernisierung der Stadt München legt es nahe zu fragen, wie bestimmte kundinnen- und kundenorientierte Angebote der Stadtverwaltung beurteilt werden. Im Vordergrund standen bei der diesjährigen Befragung die Informationsangebote der Stadt allgemein sowie das im Rahmen des Verwaltungsmodernisierungsprozesses besonders wichtige eGovernment. In der BürgerInnenbefragung 2005 konnten die Befragten anhand einer Skala von 1 = "sehr zufrieden" bis 5 = "sehr unzufrieden" und der Kategorie "Weiß nicht/Trifft nicht zu" ihre **Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung, dem eGovernment/Internet-Angebot und den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik** zum Ausdruck bringen.<sup>22</sup> Hier ist zunächst hervorzuheben, dass jeweils ein nicht geringer Teil der Befragten diese drei Bereiche nicht beurteilen konnte, weil sie nicht bekannt waren oder noch nicht zur Kenntnis genommen wurden. Zu den Informationsangeboten der Stadtverwaltung konnten sich 23% der Befragten nicht äußern, Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik waren für 46% der Interviewten nicht einzuschätzen und das eGovernment/Internet-Angebot der Stadt hatten 53% noch nicht genutzt oder es war ihnen unbekannt, so dass eine Beurteilung nicht vorgenommen werden konnte. Dieses Ergebnis zeigt des Weiteren, dass etwa ein Viertel bis über die Hälfte der Befragten anscheinend nicht über die entsprechenden Angebote der Stadt informiert sind oder zu ihnen bisher keinen Zugang hatten. Hier er-

<sup>22</sup> Die dazu gestellte Frage lautete: „Wir möchten Sie bitten, uns anzugeben, wie stark Ihre Zufriedenheit mit den nachfolgend genannten Lebensbedingungen in der Gesamtstadt München ist.“

geben sich erste Hinweise für notwendige Aktivitäten der Stadt München im Bereich der Information und des Marketing, um auf diese Angebote entsprechend hinzuweisen, damit ein größerer Kreis der Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam wird und diese Angebote dann entsprechend nutzen kann.

Betrachtet man im Folgenden nur die Angaben derjenigen Personen, die sich zu diesen Aspekten äußern konnten, so zeigt sich, dass die Zufriedenheit sowohl mit dem Internet-Angebot der Stadt bzw. dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadt München allgemein relativ hoch ist: 80% der Befragten sind mit dem eGovernment/ Internet-Angebot der Stadt „(sehr) zufrieden“ und zwei von drei Befragten zeigen sich mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ebenfalls „(sehr) zufrieden“ (Abbildung 3.17). Auf dem Weg, den Bürgerinnen und Bürgern attraktive Dienstleistungen (online) anzubieten, scheint die Stadt München also bereits ein gutes Stück vorangekommen zu sein. Etwas schlechter schneiden hier die Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik ab, mit denen im Vergleich zu den anderen beiden Bereichen lediglich gut die Hälfte (52%) der befragten Personen „(sehr) zufrieden“ ist. Hier ist im Vergleich auch der Anteil der Unzufriedenen am höchsten. Während mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik jeder Vierte (26%) „(sehr) unzufrieden“ ist, sind die Anteile der Unzufriedenen bei den beiden anderen Bereichen deutlich niedriger (eGovernment/Internet-Angebot: 7%; Informationsangebote der Stadtverwaltung: 14%).

**Abbildung 3.17: Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung und den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik (Nur Befragte, die eine Beurteilung abgeben konnten)**



Beim eGovernment, bei dem es um das Verwalten und Regieren mit Hilfe modernster Kommunikationstechnologien geht, zeigen sich **keine altersspezifischen Unterschiede** in der Zufriedenheit. Mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung allgemein sind dagegen die älteren Befragten deutlich zufriedener als die jungen UntersuchungsteilnehmerInnen.

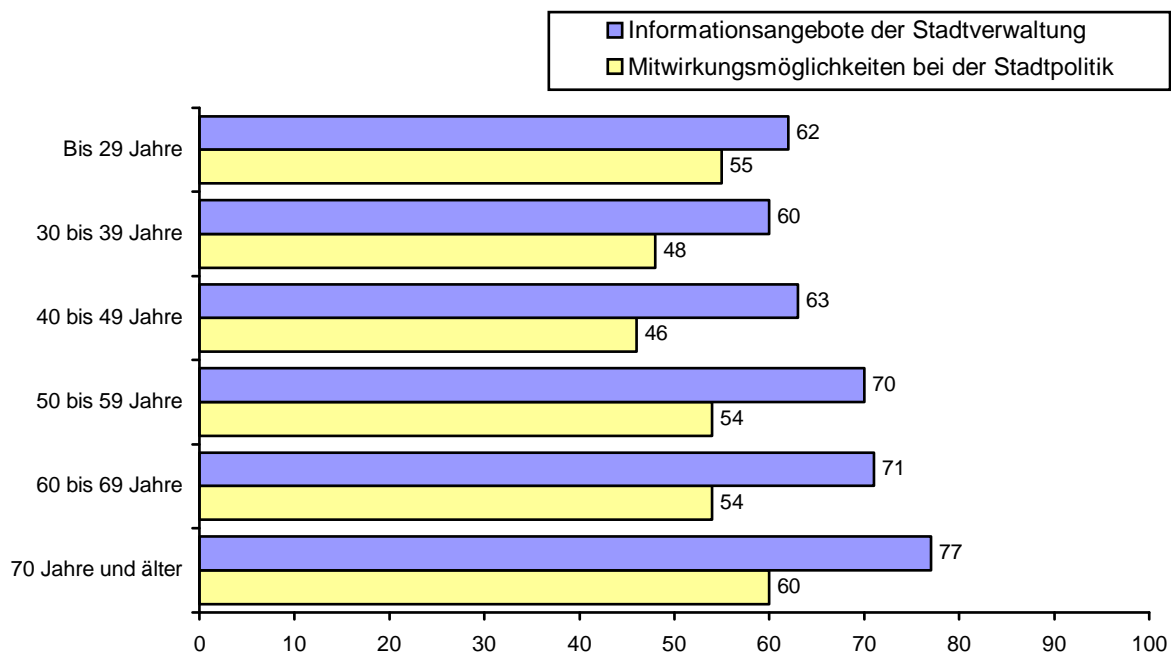
Auch **deutsche und nicht deutsche Befragte** unterscheiden sich lediglich in der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung: Nicht Deutsche sind damit eindeutig zufriedener als Deutsche (71% gegenüber 66%).

Das gleiche Bild zeigt sich bei der **haushaltsspezifischen Betrachtung** der beiden Aspekte. Das eGovernment bzw. die Internet-Angebote der Stadt beurteilen Haushalte mit und ohne Kinder sowie Alleinerziehende ähnlich. In der Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung unterscheiden sie sich dagegen wieder signifikant: Alleinerziehende sind damit bei weitem nicht so zufrieden wie alle anderen Haushalte (Alleinerziehende: 53%; andere Haushalte: 63% bis 68%).

Zwischen der Zufriedenheit und dem **Geschlecht** der Befragten zeigen sich dagegen für beide Aspekte keine erwähnenswerten Unterschiede: Frauen und Männer sind sowohl mit dem eGovernment als auch mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung ähnlich zufrieden.

Die Frage, inwieweit die BürgerInnen in die Entscheidungen des politisch-administrativen Systems eingebunden werden wollen, sollen und können, gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. In diesem Sinne setzt die Verwirklichung einer "Bürgergesellschaft" ein ausreichendes und übersichtliches Angebot von Partizipationsmöglichkeiten voraus, das neben dem politisch-administrativen Bereich im engeren Sinne auch den sozialen und kulturellen Bereich umfasst. Andererseits genügt es nicht, allein Mitbestimmungsforen bereitzustellen, sondern es bedarf der „aktiven“ Bürgerinnen und Bürger, die diese Angebote positiv aufgreifen und bereit sind, sich in einem bestimmten zeitlichen Rahmen gesellschaftlich zu engagieren. In diesem Spannungsfeld zwischen angebotenen Mitwirkungsmöglichkeiten und dem genügend entwickelten Interesse der Bürgerinnen und Bürger am sozialen Geschehen ist die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements zu lokalisieren. Nur gut jede/r zweite MünchnerIn ist mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik „(sehr) zufrieden“ (*Abbildung 3.17*). Unterschiede in der Zufriedenheit ergeben sich hier vor allem bezüglich der Nationalität und des Alters der Befragten. Zum einen sind die nicht deutschen Befragten mit den Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Stadtpolitik etwas zufriedener als die deutschen (55% gegenüber 52%). Zum anderen ist die Zufriedenheit mit den Möglichkeiten der stadtpolitischen Mitwirkung bei den mittleren Altersgruppen zwischen 30 und 49 Jahren spürbar geringer als bei den anderen Befragten (*Abbildung 3.18*).

**Abbildung 3.18: Zufriedenheit mit den Informationsangeboten der Stadtverwaltung (Angaben in Prozent)<sup>23</sup>**



<sup>23</sup> Für die Berechnungen wurden die Kategorien „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ zusammengefasst.

## 4. Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement

Untersucht man das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement der Münchnerinnen und Münchner, so gilt es zunächst zu erfahren, **wer** sich ehrenamtlich und bürgerschaftlich engagiert bzw. wer grundsätzlich dazu bereit wäre. Daraus ergeben sich dann Rückschlüsse auf diejenigen, die sich nicht oder noch nicht engagieren.

### 4.1 Sozialprofil der ehrenamtlich Tätigen

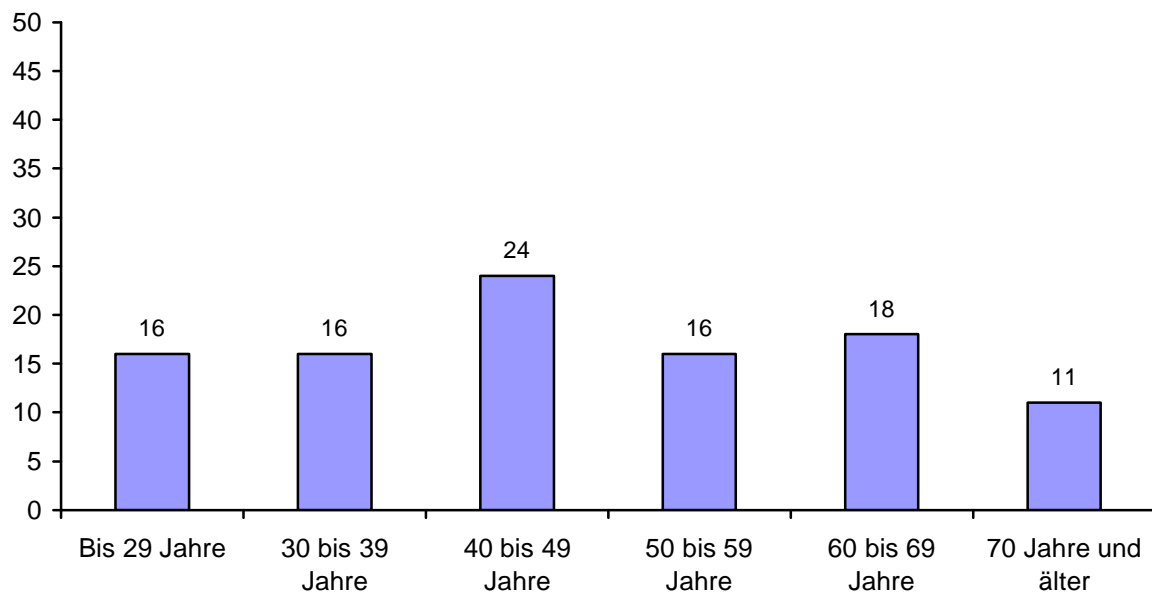
Von den 3.059 Befragten gaben 17% (521 Befragte) an, dass sie ehrenamtlich bzw. bürgerschaftlich engagiert sind. Dementsprechend übten 83% (2.534 Befragte) zum Zeitpunkt der Befragung keine ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Tätigkeit aus, die restlichen Befragten machten hierzu keine Angaben. Im Verhältnis zur BürgerInnenbefragung 2000 hat sich damit die Zahl der Engagierten um 4 Prozentpunkte erhöht.

Vergleicht man, ob **Deutsche oder nicht Deutsche** ehrenamtlich aktiver sind, so zeigt sich, dass die deutschen Befragten doppelt so häufig bürgerschaftlich engagiert sind (18% gegenüber 9%).

**Frauen und Männer** sind dagegen mit jeweils 17% gleichermaßen ehrenamtlich tätig.

Deutliche Ergebnisse zeigen sich dagegen bei der **altersspezifischen Betrachtung** des gesellschaftlichen Engagements (*Abbildung 4.1*). So sind vor allem die Befragten, die zwischen 40 und 49 Jahre alt sind, häufiger ehrenamtlich tätig als die jeweils jüngeren oder älteren Befragten.

**Abbildung 4.1: Ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Tätigkeit und Altersstruktur (Nur Kategorie "Ja"; Angaben in Prozent)**

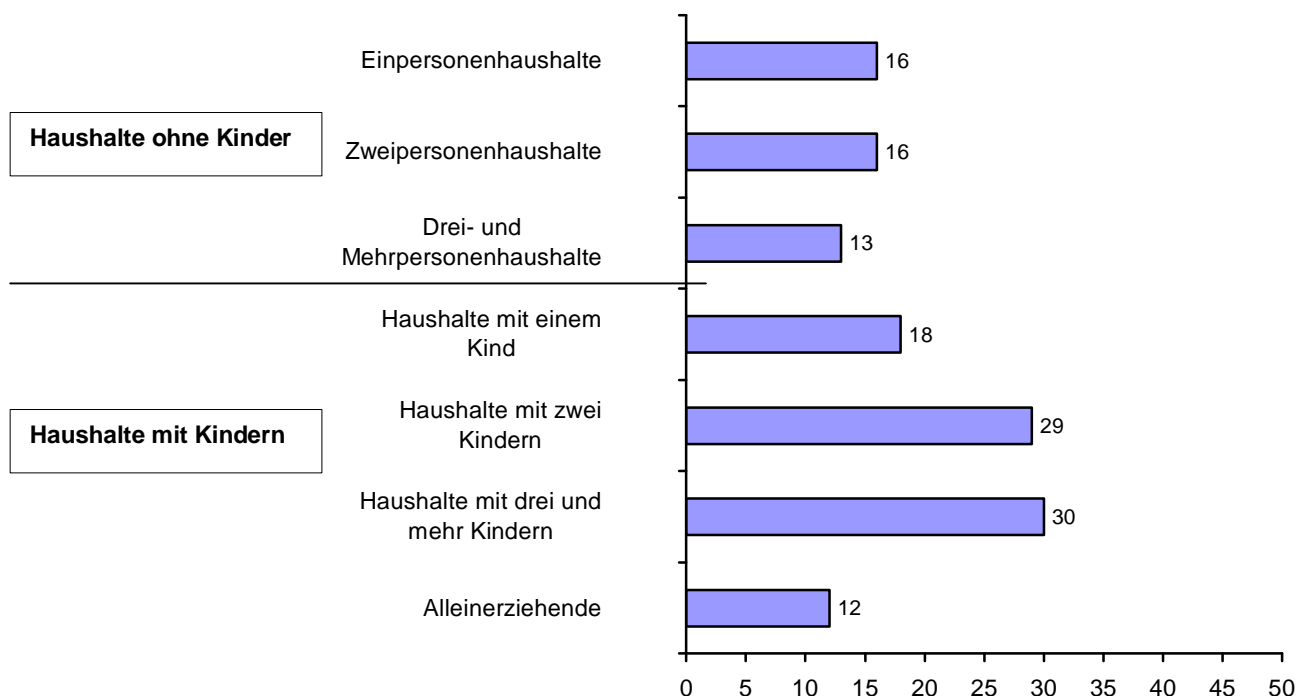


Im Unterschied zur BürgerInnenbefragung 2000 zeigt sich bei der Befragung 2005 erneut ein deutlicher Einfluss der **Bildung** auf die Ausübung einer bürgerschaftlichen Tätigkeit. So gaben 21% der (Fach)Abiturienten an, dass sie bürgerschaftlich tätig sind, wohingegen es bei den Befragten mit Mittlerer Reife und Hauptschulabschluss lediglich 18% bzw. 10% waren. Die Bereitschaft zu einem Ehrenamt nimmt also mit der Höhe der formalen Bildung zu.

Für die bürgerschaftliche oder ehrenamtliche Beteiligung stellt der **Haushaltstyp** ein interessantes Merkmal dar, da insbesondere die Formen des gesellschaftlichen und familiären Zusammenlebens gegenwärtig starken Veränderungen unterliegen (Zunahme der Alleinerziehenden, neue nicht traditionell geprägte Lebensgemeinschaften). Generell zeigt sich (*Abbildung 4.2*), dass Befragte aus Familien mit Kindern öfter ehrenamtlich tätig sind als Alleinerziehende und Befragte aus Familien ohne Kinder. Am häufigsten engagieren sich die Befragten aus Haushalten mit drei oder mehr Kindern, wohingegen die Alleinerziehenden das Schlusslicht bilden. Dies könnte unter anderem damit zusammenhängen, dass sich die Problemlagen (Kinder, Pflege, Verkehr) in den Haushalten verschärfen, wenn sich die Zahl der Haushaltsmitglieder erhöht. Die Befragten aus Haushalten mit mehr Angehörigen haben dementsprechend mehr Motive als diejenigen mit wenigen Mitgliedern, um sich ehrenamtlich zu betätigen. Alleinerziehende würden sich, wie die Ergebnisse zeigen (*Kapitel 4.2*) sehr

gerne häufiger ehrenamtlich betätigen, verfügen dazu aber auf Grund ihrer benachteiligten Situation im Allgemeinen jedoch nicht über die dazu notwendige freie Zeit.

**Abbildung 4.2: Ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Tätigkeit und Haushaltstyp (Nur Kategorie "Ja"; Angaben in Prozent)**



Im Verhältnis zur Bürgerbefragung 2000 zeigen sich bezüglich des Vergleichs zwischen der Ausübung eines Ehrenamtes und dem Haushaltstyp leichte Verschiebungen. So hat das Engagement bei den Drei- und Mehrpersonenhaushalten um 8 Prozentpunkte abgenommen. Das bürgerschaftliche Engagement der Haushalte mit zwei bzw. mit drei und mehr Kindern hat demgegenüber um 6 bzw. 9 Prozentpunkte zugenommen.

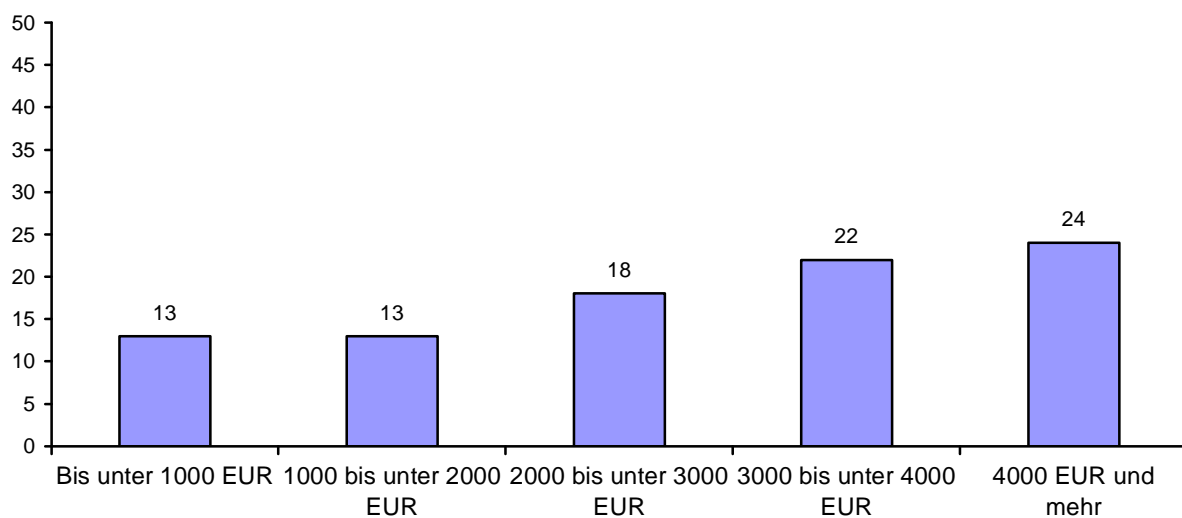
Untersucht man die ehrenamtlich Engagierten hinsichtlich ihrer **beruflichen Stellung**, so zeigt sich, dass die Selbständigen (24%) gegenüber den Angestellten und Beamten (15% bis 20%) etwas häufiger unter den Engagierten zu finden sind. MeisterInnen bzw. FacharbeiterInnen (8%) sind dagegen deutlich weniger ehrenamtlich aktiv.

Die leitenden Angestellten bzw. höheren Beamten (20%) beteiligen sich signifikant häufiger ehrenamtlich als die einfachen Angestellten bzw. Beamten des einfachen Dienstes (14%).

Betrachtet man die **Art der Erwerbstätigkeit** im Verhältnis zum ehrenamtlichen Engagement, so lassen sich ebenfalls statistisch signifikante Unterschiede feststellen: Befragte, die in der Woche zwischen 15 bis unter 20 Stunden arbeiten, gaben am häufigsten an, dass sie sich bürgerschaftlich betätigen (29%), gefolgt von den Befragten, die zwischen 20 bis 35 Stunden pro Woche arbeiten (22%) und den SchülerInnen und StudentInnen (21%). Auch der Anteil der Hausfrauen bzw. Hausmänner, die ehrenamtlich aktiv sind, ist mit einem Fünftel noch recht hoch. Dagegen engagieren sich geringfügig Beschäftigte deutlich am seltensten (8%).

Ein eindeutiger Zusammenhang lässt sich auch zwischen dem bürgerschaftlichen Engagement und dem **Einkommen** der Befragten feststellen (*Abbildung 4.3*). Personen und Haushalte, die über ein höheres Einkommen verfügen, engagieren sich also häufiger bürgerschaftlich als solche mit geringerem Haushaltseinkommen. Am häufigsten sind dementsprechend die Befragten bürgerschaftlich engagiert, deren Haushaltsnettoeinkommen über 4.000 Euro liegt (24%). Am seltensten betätigen sich die Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von bis zu 1.000 Euro ehrenamtlich. In dieser Gruppe sind nur 13% ehrenamtlich aktiv.<sup>1</sup>

**Abbildung 4.3: Ehrenamtliche bzw. bürgerschaftliche Tätigkeit und Einkommen (Nur Kategorie "Ja"; Angaben in Prozent; N = 2.272)**



<sup>1</sup> Hier liegt die Vermutung nahe, dass Einkommens- und Bildungseffekt sich überlagern, da empirische Ergebnisse belegen, dass zu realisierendes Einkommen und Bildungsjahre sehr stark positiv korrelieren. Eine Regressionsanalyse (logistische Regression) zeigt jedoch, dass beide Effekte bei Kontrolle erhalten bleiben. Sowohl Einkommen als auch Bildungsstatus haben also einen signifikanten Einfluss auf die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit und zwar in der im Text beschriebenen Richtung.

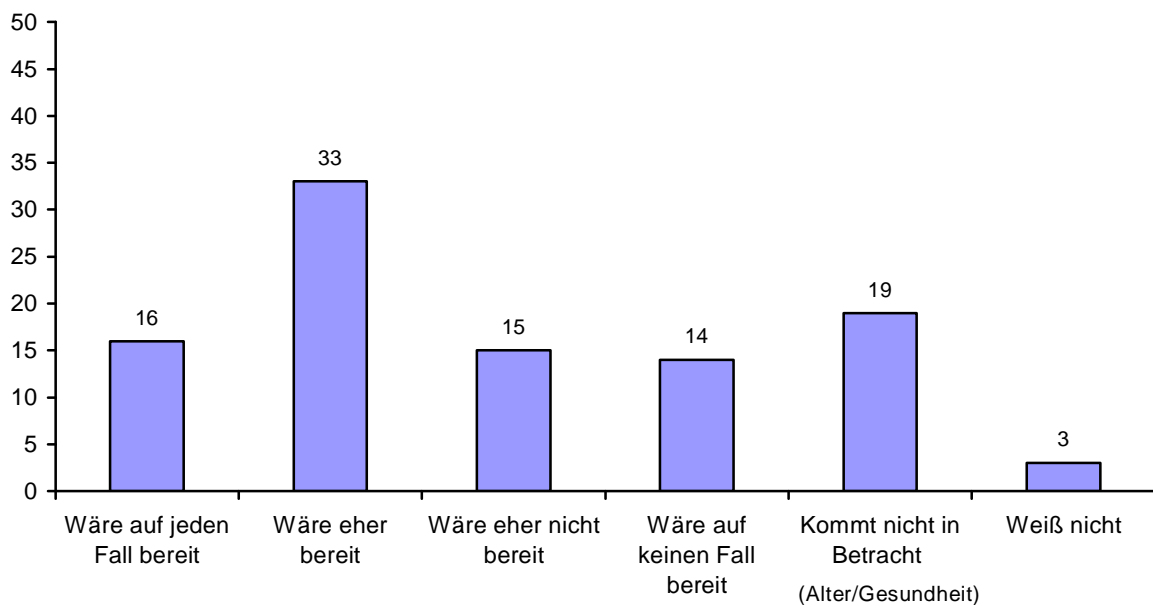


## 4.2 Generelle Bereitschaft zur Übernahme bürgerschaftlicher Aufgaben

Um das Potenzial zu ermitteln, das für ehrenamtliche Aufgaben zur Verfügung stünde, wurden jene Befragten, die zur Zeit noch **nicht bürgerschaftlich tätig** sind, danach gefragt, ob sie generell zur Übernahme einer entsprechenden Aufgabe bereit wären.

Als Ergebnis der Befragung lässt sich festhalten (*Abbildung 4.4*), dass 49% dieser Befragten grundsätzlich dazu bereit wären, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen, wobei 16% eine sichere Bereitschaft zum Ausdruck bringen, das Interesse der restlichen 33% jedoch eher als vage eingeschätzt werden muss. 29% sind demgegenüber zur Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit weniger oder gar nicht bereit. Für 19% der Befragten kommt die Übernahme einer bürgerschaftlichen Aufgabe vor allem aus gesundheitlichen oder Altersgründen nicht in Frage.<sup>2</sup>

**Abbildung 4.4: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit (Nur Befragte, die nicht ehrenamtlich tätig sind; Angaben in Prozent, N = 2538)**



<sup>2</sup> Damit liegt das Potenzial in München unter demjenigen anderer bayerischer Städte, wie z.B. Augsburg. Sowohl der Anteil der Bürgerinnen und Bürger, die sich auf jeden Fall bereit erklären, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen, als auch der Anteil derer, die noch unentschlossen sind (Kategorien „wäre eher bereit“ und „wäre eher nicht bereit“ zusammengefasst) liegt in München jeweils rund 10 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Anteil, der in der Augsburger Bürgerbefragung 2003 für Augsburg ermittelt wurde; vgl. Cromm, J. und H. Giegler (2003): Bürgerumfrage Augsburg 2003. Augsburg, S. 75. Insgesamt liegt das Potenzial für ehrenamtliche Tätigkeiten damit in München mit 20 Prozentpunkten deutlich unter dem in Augsburg gemessenen.

Der Vergleich mit der BürgerInnenbefragung 2000 zeigt, dass die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit etwas zugenommen hat (49% gegenüber 43%).

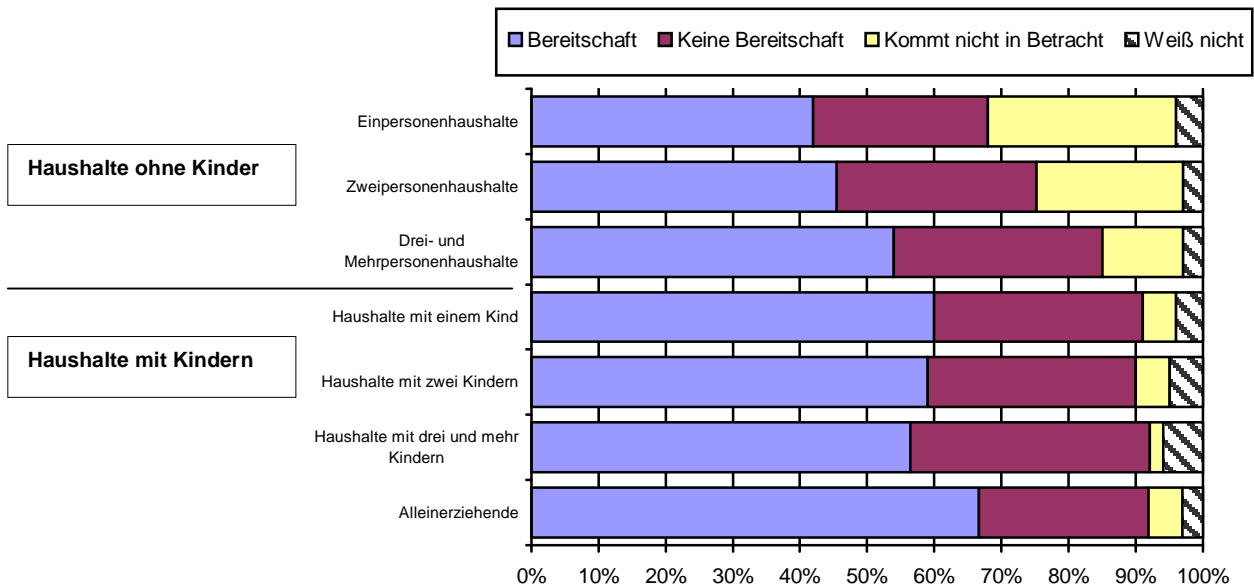
Generell ist es wichtig, die **Struktur der Personengruppe** zu kennen, die sich in der Bürgerarbeit engagieren möchte und damit für bürgerschaftliche Aufgaben zur Verfügung stünde. Auch hier zeigt sich ein Bildungseinfluss: Die Bereitschaft für ein ehrenamtliches Engagement steigt mit zunehmender Bildung (32% Hauptschulabschluss, 49% Mittlere Reife, 59% (Fach) Abitur).<sup>3</sup>

Nachdem Befragte aus Familien mit Kindern in größerem Ausmaß ehrenamtlich tätig sind als andere, war es von Interesse zu prüfen, ob auch ein Zusammenhang zwischen der Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Aufgabe und dem Haushaltstyp besteht (*Abbildung 4.5*). Hier sind nun die Alleinerziehenden mit 66% gegenüber 42% bzw. 46% der Befragten der Ein- bzw. Zweipersonenhaushalte am häufigsten zur Übernahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit bereit. Auffällig ist bei den Alleinerziehenden die Diskrepanz zwischen der großen Bereitschaft und dem eher unterdurchschnittlichen tatsächlichen Engagement (*siehe Kapitel 4.1*). Vermutlich wird hier die individuelle Problemlage, die einerseits zur Aufnahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit motivieren würde, vom Mangel an freier Zeit überlagert, der den Alltag von Alleinerziehenden oftmals prägt. Im Verhältnis zur BürgerInnenbefragung 2000 hat die grundsätzliche Bereitschaft der Alleinerziehenden sich ehrenamtlich zu betätigen noch einmal um 10% (6 Prozentpunkte) zugenommen.

---

<sup>3</sup> Für die folgenden Berechnungen wurden die Kategorien "Wäre auf jeden Fall bereit" und "Wäre eher bereit" zur Kategorie "Bereitschaft" und die Kategorien "Wäre eher nicht bereit" und "Wäre auf keinen Fall bereit" zur Kategorie "Keine Bereitschaft" zusammengefasst.

**Abbildung 4.5: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit und Haushaltstyp (Nur Befragte, die nicht bürgerschaftlich tätig sind; Angaben in Prozent; N = 2.502)<sup>4</sup>**

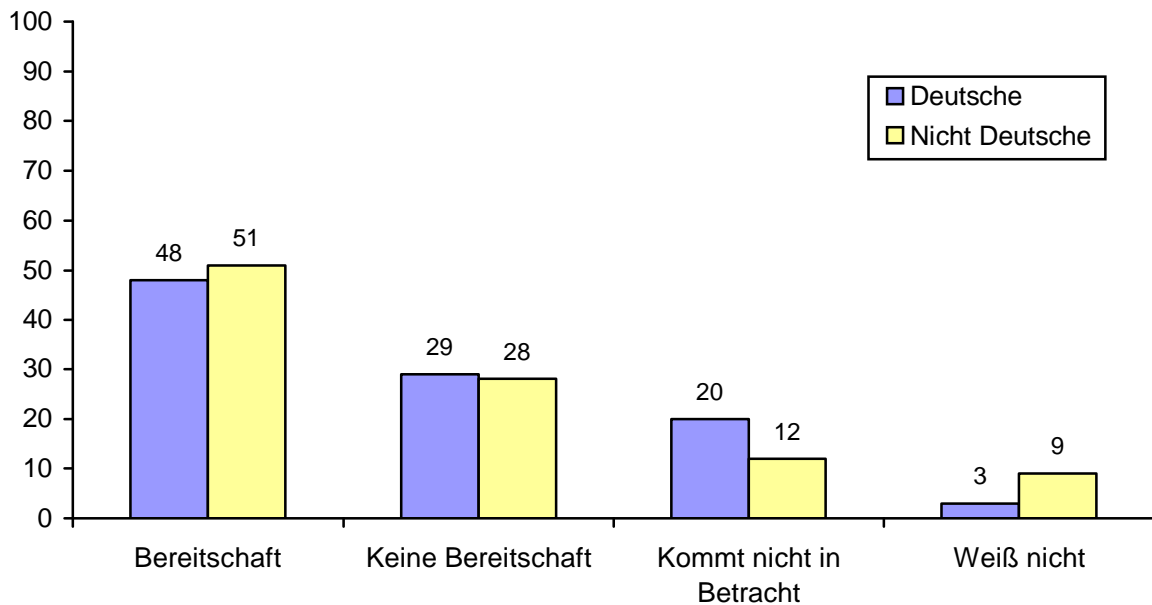


Ein Vergleich der nichtaktiven Befragten zeigt auch (*Abbildung 4.6*), dass die **nicht Deutschen** häufiger erklären, sie wären dazu bereit, eine bürgerschaftliche Aufgabe zu übernehmen als die Deutschen.<sup>5</sup> In der BürgerInnenbefragung 2000 war das Verhältnis noch umgekehrt. Hier gaben 45% der deutschen, aber nur 40% der nicht deutschen Interviewten an, dass sie sich vorstellen könnten, eine bürgerschaftliche Tätigkeit zu übernehmen.

<sup>4</sup> Vgl. Anmerkung 3, Seite 111.

<sup>5</sup> Hier ist jedoch darauf hinzuweisen, dass faktisch jedoch nur 9% der nicht Deutschen ehrenamtlich aktiv sind, also ein nur halb so hoher Anteil wie bei den Deutschen. Nichtsdestotrotz wäre hier ein Potenzial vorhanden, dass für ehrenamtliche Tätigkeiten gewonnen werden könnte, wenn es entsprechend angesprochen würde. Als Handlungsfelder von freiwilligem Engagement von Migrantinnen und Migranten haben sich in anderen Untersuchungen folgende vier Bereiche ergeben: Familie und Nachbarschaft, Vereine und Selbstorganisationen, Einrichtungen von Wohlfahrtsverbänden und Kommunen sowie Ausländerbeiräte und Bereiche der Politik. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Motivlage der MigrantInnen für freiwilliges Engagement von sehr existenziellen Grundmotiven bestimmt ist, wobei häufig festgestellt wird, dass sie für anspruchsvollere kulturelle Aktivitäten nicht zu motivieren sind; vgl. hierzu Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2002): Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten. Bonn, insbesondere S. 36ff. und 58ff.

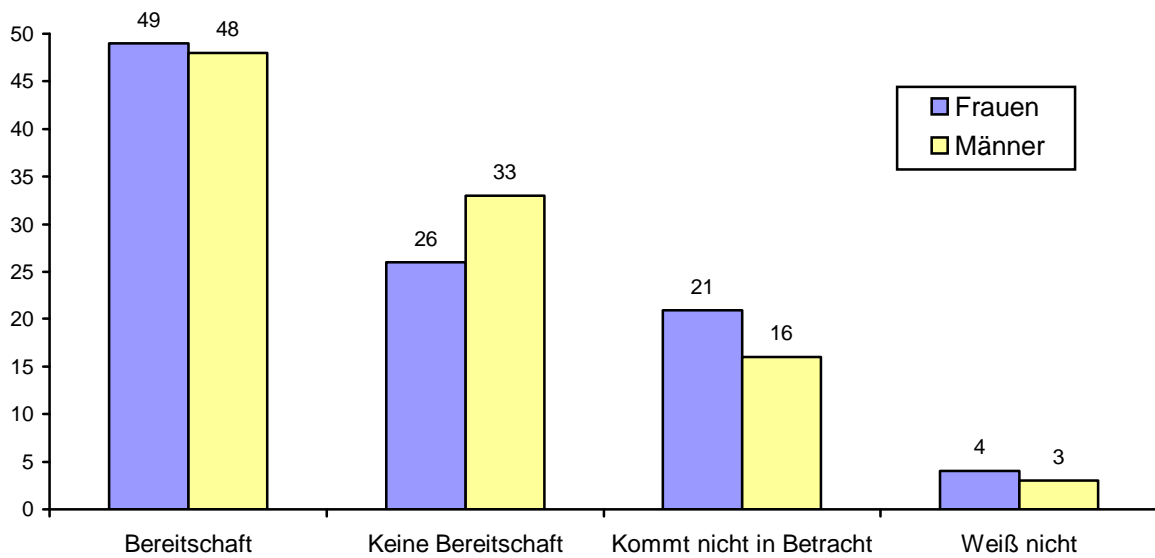
**Abbildung 4.6: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit und Nationalität (Nur Befragte, die nicht bürgerschaftlich tätig sind; Angaben in Prozent; N = 2.527)<sup>6</sup>**



Zudem ergibt sich, dass das **Geschlecht** hinsichtlich des möglichen bürgerschaftlichen Engagements kaum eine Rolle spielt (*Abbildung 4.7*): Männer und Frauen, die bisher noch nicht ehrenamtlich aktiv waren, zeigten sich grundsätzlich in gleichem Maße bereit, eine ehrenamtliche Tätigkeit zu übernehmen. Andererseits signalisieren Männer häufiger als Frauen ganz klar „keine Bereitschaft“, ein Ehrenamt zu übernehmen (33% gegenüber 26%). Für Frauen wiederum kommt öfter als für Männer ein Ehrenamt „nicht in Betracht“ (21% gegenüber 16%), wobei die Gründe, die einer ehrenamtlichen Betätigung entgegenstehen nicht erfasst wurden.

<sup>6</sup> Vgl. Anmerkung 3, Seite 111.

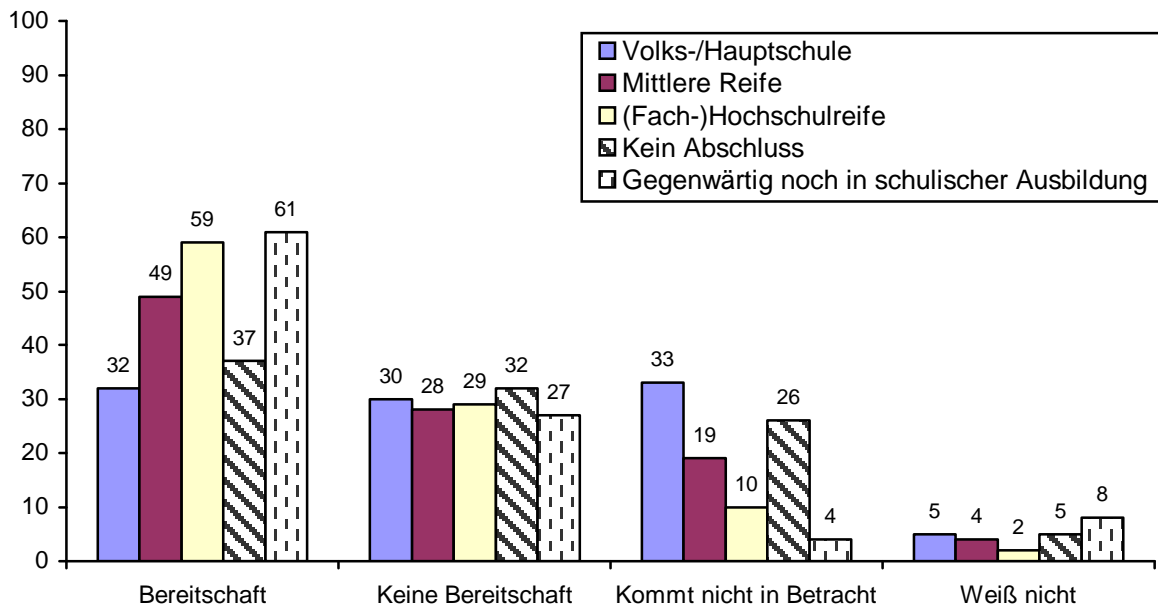
**Abbildung 4.7: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit und Geschlecht (Nur Befragte, die nicht bürger-schaftlich tätig sind; Angaben in Prozent; N = 2.527)<sup>7</sup>**



Schließlich zeigt sich ein **Bildungseffekt** (*Abbildung 4.8*): Höhergebildete äußern sig-nifikant häufiger die Absicht, sich zukünftig ehrenamtlich engagieren zu wollen als niedriger gebildete Befragte.

<sup>7</sup> Vgl. Anmerkung 3, Seite 111.

**Abbildung 4.8: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit und Bildung (Nur Befragte, die nicht bürger-schaftlich tätig sind; Angaben in Prozent; N = 2.513)<sup>8</sup>**

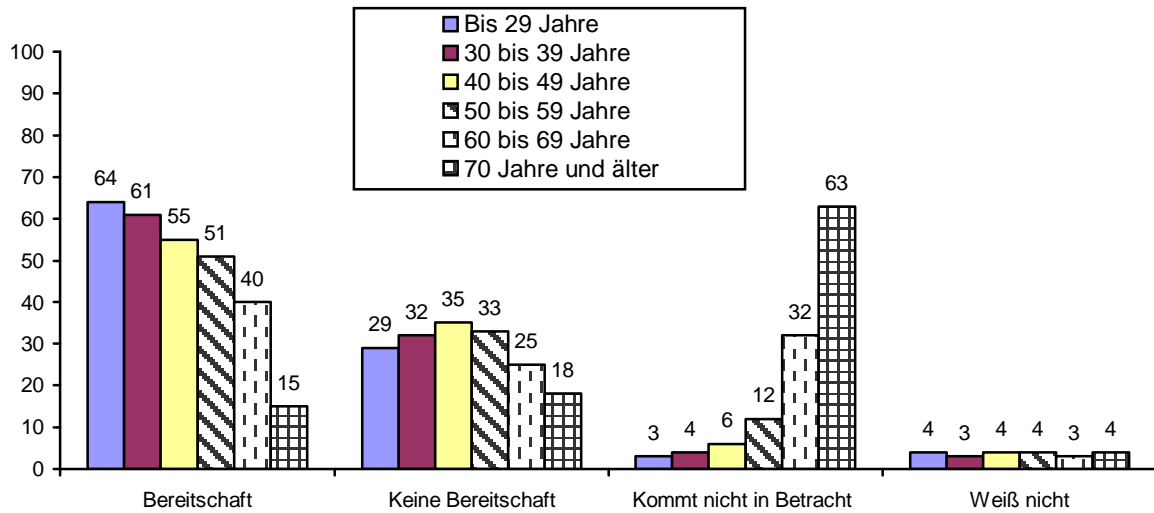


Das **Alter** hat auf die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit einen signifikanten Einfluss: Die Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Aufgabe nimmt mit zunehmendem Alter tendenziell ab (*Abbildung 4.9*), wobei auffällt, dass die jüngeren Befragten zwar eine relativ hohe Bereitschaft äußern, sich bürgerschaftlich zu betätigen, ihr tatsächliches Engagement jedoch im Verhältnis zu den anderen Altersgruppen eher gering ist (*siehe Kapitel 4.1*).<sup>9</sup> Insgesamt ist in fast allen Altersgruppen etwa ein Drittel der Befragten eher nicht oder auf gar keinen Fall zur Übernahme einer bürgerschaftlichen Tätigkeit bereit, während etwas über die Hälfte der Befragten eine grundsätzliche Bereitschaft zur Übernahme eines Ehrenamts signalisiert. Davon sind rund 16% auf jeden Fall zur Ausübung einer bürgerschaftlichen Tätigkeit bereit und könnten durch gezielte Motivationsmaßnahmen zur Übernahme eines Ehrenamts bewegt werden.

<sup>8</sup> Vgl. Anmerkung 3, Seite 111.

<sup>9</sup> Das Ergebnis deutet deshalb darauf hin, dass zumindest bei den jüngsten Befragten das Antwortverhalten eher im Hinblick auf "soziale Erwünschtheit" als den eigenen Intentionen entsprechend erfolgt ist. Möglicherweise sehen sich jüngere Befragte aber auch aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage, ein Ehrenamt zu übernehmen, obwohl sie es von ihrer Interessenlage her tun möchten.

**Abbildung 4.9: Generelle Bereitschaft zur Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit und Alter (Nur Befragte, die nicht bürgerschaftlich tätig sind; Angaben in Prozent; N = 2.526)<sup>10</sup>**



<sup>10</sup> Vgl. Anmerkung 3, Seite 111.